

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 23. Juni 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Inzertions-Gebühr
Betragt für die sechsheftige Annoncen-
zeile oder deren Raum 50 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Bezei-
chungen und Veranlassungen 80 Pfg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (Seit-
gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
Wort 10 Pfg. Stellengeluche und Schlot-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
16 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement: Paris pro numerando:
Bierjährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
Einzeln: Nummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Frankreich, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Moloch Marinismus.

II.

Wir haben in einem früheren Artikel*) nachgewiesen, daß nach der ganzen Situation mit Bestimmtheit das Kommen einer neuen Flottenvorlage zu erwarten sei. Nach den jetzigen Bauplänen sollen bis 1910 jährlich vier große Schlachtschiffe in Bau gegeben werden, 1911 und 1912 je drei Panzerschiffe und von 1913 an nur noch ein Linienschiff und ein Panzerkreuzer jährlich, abgesehen natürlich von der großen Zahl kleinerer Fahrzeuge. Wer nun unsere Marinemenschen kennt, der weiß, daß sie auf keinen Fall von der Gepflogenheit, jährlich vier schwere Schiffe vom Stapel zu lassen, abzuweichen werden, selbst dann nicht, wenn in anderen Ländern das Tempo der Flottenvermehrung nicht beschleunigt würde. Nun aber hat Frankreich, das durch Deutschlands Rüstungen auf den vierten Platz in der Reihe der Seemächte geworfen worden ist, durch sein letztes großes Flottengesetz von diesem Jahre den festen Willen bekundet, unter Nichtachtung der schwersten Opfer bis zum Jahre 1920 eine Flotte zu schaffen, die der deutschen annähernd ebenbürtig ist. Und England beantwortet die ablehnende Haltung der deutschen Admiralität in bezug auf das nachgesuchte Flottenabkommen mit neuen Dreadnought-Bauten. Sollten da die Herren des Flottenvereins, die ja die deutsche Flottenpolitik machen, nicht wieder nervös werden? Es ist eben das alte Lied, die Schraube ohne Ende, und die neue Flottenvorlage kommt!

Jeder nüchtern denkende und um das Wohl des Volkes besorgte Mensch muß da fragen: „Wohin soll das führen?“ Die Marineausgaben werden schon sehr bald die Riesensumme von einer halben Milliarde Mark erreicht haben, die Aufwendungen für das Landheer wachsen ins Maßlose und die Kolonialpolitik erfordert schwere Opfer. Den heillosen Klassen sind erst im vorigen Jahre wieder die schwersten Steuerlasten auferlegt worden, die herrschende Klasse will auch fernerst in prinzipiell von allen Lasten freibleiben, und so bleibt denn wieder nichts weiter übrig: die beschlossene Klasse muß aufs neue bluten.

Und dabei haben die, die stets die Taschen zuhalten und für die bei Ausfern und Champagner die soziale Frage gelöst ist, die Schamlosigkeit, zu behaupten, daß die Arbeiter mit Leichtigkeit noch weit schwerere Lasten tragen können.

Das deutsche Volk ist reich, und vor allen Dingen geht es den Arbeitern gut. — Beweise verlangt Ihr? — Bah! — Hat sich nicht das deutsche Nationalvermögen in den letzten 22 Jahren um 30 Milliarden Mark vermehrt, beweist nicht die Zunahme der Sparfasseinlagen, daß auch die minder bemittelte Bevölkerung stark am Nationalvermögen beteiligt ist, und werden nicht noch immer jährlich 3 Milliarden Mark für alkoholische Getränke verausgabt?

Da haben wir die Antwort der Volksbedrucker auf das Stöhnen der ausgepowerten Volksmassen. In Brutalität läßt diese Antwort, die man in jeder Flottenvereinsbrochure nachlesen kann, nichts zu wünschen übrig.

Wir stellen nicht in Abrede, daß das Nationalvermögen gewachsen ist; aber wir bestreiten ganz entschieden, daß ein auch nur nennenswerter Teil von diesen 30 Milliarden Mark in die Taschen der weniger Vermittelten geflossen ist. Nach der amtlichen Ergänzungsteuerstatistik wuchs in dem Zeitraum von 1895 bis 1905 das Vermögen aller Personen, die zur Ergänzungsteuer veranlagt waren und deren Vermögen also über 6000 Mark betrug, um 18 553 Millionen Mark. Davon entfielen aber auf die 386 846 Rentisten mit einem Jahres-einkommen von über 3000 Mark allein 16 246 Mill. Mark. Diese kleine Gruppe von Staatsbürgern schluckte in den letzten 10 Jahren allein schon mehr als die Hälfte von dem Zuwachs des Nationalvermögens, das sich nach den Angaben unserer Gegner für die letzten 22 Jahre auf 30 Milliarden Mark beziffert. Das Proletariat hat also diesen Vermögenszuwachs zwar erarbeitet, aber nicht erhalten.

Und wie verhält es sich mit den Sparfasseinlagen? Am Schluß des Jahres 1908 befanden sich in sämtlichen Sparfassen Preußens Einlagen in Höhe von 9573 Millionen Mark. Davon entfielen, wenn man alle Spareinlagen bis zu 600 Mark und die Hälfte aller Einlagen von 600 bis 3000 Mark als proletarische Spareinlagen ansieht, auf die besitzende Klasse 6033 Millionen Mark Einlagen, nichtbesitzende 3541.

„So steht es um das Vermögen der „glücklichen“ Proletarier, die überhaupt Sparpfennige zuzulegen können. Demgegenüber besaßen im Jahre 1908 144 000 preussische Rentisten ein Vermögen von 55 000 Millionen Mark, und die 300 000 Reichsten besaßen zusammen 67 000 Millionen! Weshalb wollen also nicht die, in deren Händen sich doch der gesamte sogenannte Nationalreichtum befindet, die Kosten für die herrliche Kriegsschiffe tragen, die doch lediglich in ihrem Interesse gebaut wird!

Und wenn sich die Flottentreiber auf die große Summe berufen, die jährlich im Deutschen Reich für alkoholische Getränke ausgeben wird, weshalb in aller Welt zerschellen denn die Herren nicht ihre Sektflügel, weshalb lassen sie

nicht von ihren lukullischen Gastmählern, weshalb geben sie nicht Proben glänzender Opferwilligkeit? Weshalb soll für die Flotte denn zunächst der Arbeiter sparen, der sein langes Nachtmahl oft nur durch ein paar Schlud Bier würzen kann?

Die höheren Schichten der deutschen Bourgeoisie nehmen immer mehr die Gepflogenheiten der amerikanischen Multimillionäre an. Sie vergeuden bei einem einzigen Festmahl Tausende, die aus dem lauren Schweiß ihrer Lohnsklaven gemünzt wurden, und lösen Tausende in Rheintwein und anderem edlen Raß auf, sie rollen unzählige Millionen in die Hände der Juwelenhändler, um sich und ihre Mätressen mit glänzenden Schmuckstücken behängen zu können, sie opfern an der Riviera, unter dem ewig blauen Himmel Italiens und in den Spielhöhlen von Monte Carlo ganze Vermögen, sie drohen in ihrem eigenen Fett physisch und moralisch zu verkommen. Und für diese Gesellschaft von Parasiten soll das Proletariat auf seine letzten Genüsse verzichten?

Die große Bourgeoisie ist eine parasitäre Klasse geworden. Sie kann keine Werte schaffen. Was sie jedoch wenigstens von ihrem Ueberfluß die Kosten ihrer Extrabagagen, denn eine solche ist die Schaffung einer Riesenslotte, tragen; das Proletariat kennt nur eine Lösung: Nieder mit dem Moloch!

Eine Schulordnung gegen die Jugendorganisation.

Im Schreden darüber, daß in dem entlegenen Industriedorfe die sozialdemokratische Jugendorganisation eingedrungen war und auch eine Anzahl Fortbildungsschüler Mitglieder geworden waren, hat der Schulvorstand in Schwepnitz bei Königsbrück (Sachsen) einen Nachtrag zur Volksschulordnung erlassen, der den Fortbildungsschülern den Beitritt zu unserer Jugendvereinigung unmöglich machen soll. Dieser Nachtrag dürfte wohl so ziemlich das Ungeheuerlichste sein, was bisher auf diesem Gebiete geleistet worden ist. Die Fortbildungsschüler sollen dadurch in noch dazu ungesetzlicher Weise förmlich geknebelt werden. Aus dem sehr langen Nachtrag heben wir nur die ärgsten Bestimmungen hervor:

§ 1. Den Fortbildungsschülern ist gestattet (1), sich bis 10 Uhr abends im Freien aufhalten zu dürfen. Ein Verweilen über diese Stunden ist verboten.

§ 2. Jeder Fortbildungsschüler ist verpflichtet, nicht nur dem Lehrer, sondern auch den Schulvorstandsmitgliedern auf Verlangen beim Verortwerden zu einer späteren Stunde Rechenschaft über den Grund des längeren Verweilens im Freien zu geben und deren Weisungen nachzukommen.

§ 3. Den Fortbildungsschülern ist der Aufenthalt in den Schenkwirtshäusern, Gasthäusern und Cafés nur in Begleitung erwachsener Anverwandter oder des Lehrers bis 10 Uhr abends erlaubt. Kommt ein Lehrer in dasselbe Lokal, so haben sie denselben durch Auffrischen zu beglücken.

§ 4. Der Eintritt in Vereine und Gesellschaften aller Art sowie der Besuch von Vereinen, Vereinigungen oder Gesellschaften — einschließlich von Übungsstunden oder dergleichen — oder sonstigen Veranstaltungen, Zusammenkünften und Sitzungen sind den Fortbildungsschülern nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Schulvorstandes gestattet.

§ 5. Die Zehntelbeschränkung im § 1 wird aufgehoben: a) für Teilnehmer an Veranstaltungen von Vereinen usw., für den Besuch guter, bildender, lehrreicher Konzerte, Theateraufführungen, soweit der Schulvorstand Genehmigung hierzu erteilt hat; b) für den Besuch der von der Schule veranstalteten Unterhaltungs- oder Spielabende für Fortbildungsschüler, falls die Veranstaltungen länger als bis 10 Uhr abends dauern. Der Besuch solcher Veranstaltungen ist den Schülern auch ohne Begleitung erwachsener Anverwandter oder der Lehrer gestattet.

Für Zuwiderhandlungen werden Geldstrafen bis zu 30 Mark angeordnet. Man sieht deutlich, daß die ganze ungeheuerliche Verordnung darauf zugeschnitten ist, den Fortbildungsschülern die Beteiligung an den Veranstaltungen der freien Jugendvereinigung unmöglich zu machen und die jungen Leute den Erbauungsabenden der Schule zuzuführen, wo sie zu frommen Schöpfungen erzogen werden sollen. Auf diese Rechnung werden die Schwepnitzer Schulgewaltigen ja nicht kommen. Die Hauptsache aber ist, daß die ganze unglückliche Volksschulordnung völlig ungesetzlich ist. Auch in Sachsen genießen die Fortbildungsschüler die persönliche Freiheit Erwachsener, soweit nicht durch Gesetz eine Einschränkung vorgesehen ist. Nach den gesetzlichen Bestimmungen über die Fortbildungsschulen darf aber Fortbildungsschülern nur der Besuch von Tanzbelustigungen, öffentlichen Versammlungen, die sich mit politischen Angelegenheiten befassen, und Vernügungen, die die sittliche Reinheit gefährden, verboten werden.

Nicht eine gesetzliche Handhabe findet sich für eine Beschränkung der Abendspaziergänge auf die Zeit vor 10 Uhr nirgends findet sich eine Bestimmung, die die anderen einschneidenden Anordnungen zuzuliebe. Und doch hat diese „Ordnung“ die Genehmigung der Bezirkschulinspektion gefunden, bei der sich offenbar aus Freude über den staatsverhaltenden Zweck der Maß für die Prüfung auf Zulässigkeit hin getraut hat.

Die Schwepnitzer Volksschulordnung ist ein weiterer Beitrag für den blindwütigen Eifer, mit der unsere Jugendbewegung bekämpft wird. Sie wächst aber trotz alledem. So wenig der Sozialdemokrat in Sachsen die Rabelschulpolitik geschadet hat, so wenig werden kleinliche Schikanen, seien sie auch in der Form noch so ungeheuerlich, der Jugendbewegung Abbruch tun.

Schulreform in Baden.

Der badische Landtag hat ein neues Schulgesetz angenommen.

Die Annahme hing von den Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion ab. Sie hat zugestimmt, da das Gesetz, so manche Forderung unserer Partei es auch unerfüllt läßt, doch einen Fortschritt gegen den bisherigen Zustand bedeutet. So steht das neue Gesetz die achtjährige Schulpflicht für alle Kinder fest — bisher bestand sie nur für Knaben.

Der Forderung auf Unentgeltlichkeit der Lernmittel ist ein bedeutendes Zugeständnis gemacht worden. Die Gemeinden sind künftig verpflichtet, den Kindern unbemittelter Eltern die erforderlichen Lehrmittel einschließlich der Rohstoffe für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten zu beschaffen. Ausdrücklich ist festgelegt, daß die Uebernahme dieser Kosten nicht als Armenunterstützung gilt.

Auch die Forderung nach Schulärzten ist wenigstens teilweise erfüllt. In Volksschulen mit zehn oder mehr Lehrstellen muß ein Schularzt bestellt werden. Die kleineren Gemeinden können einen Schularzt bestellen; machen sie von diesem Rechte keinen Gebrauch, so wird die ärztliche Kontrolle auf Kosten der betreffenden Gemeinden von dem Bezirksarzt ausgeübt. Den Ortsschulbehörden, die in Gemeinden mit mehr als 6000 Einwohnern zu bilden sind, sollen auch Frauen angehören.

Der Uebelstand, wonach einem Lehrer auf unbestimmte Zeit auch über siebzig bis hundert Kinder zum Unterricht zugewiesen werden können, ist leider nicht beseitigt worden.

Auch bleibt auf dem Lande die Halbtagschule bestehen. Die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden soll aber in den unteren Klassen mindestens 16 und von vierten Schuljahre ab mindestens 20 und höchstens 32 betragen.

Für schwachbegabte Kinder können besondere Hilfsklassen eingerichtet werden; wenn in einer Gemeinde mindestens 20 solcher Kinder vorhanden sind, muß diese Einrichtung getroffen werden.

Da Baden allgemein die Simultanschule hat, der Religionsunterricht aber von den Lehrern der einzelnen Konfessionen erteilt wird, ist nach dem neuen Gesetz darauf Rücksicht zu nehmen, daß bei Schülern mit mehr als einer Lehrkraft eine Stelle mit einem Lehrer zu besetzen ist, der dem Bekenntnisse der Kinderheit angehört, wenn die Zahl der Schüler dieses Bekenntnisses mindestens 40 beträgt.

Die Bestimmung, daß der Religionsunterricht obligatorisch ist, aufrecht erhalten. Die Gewissensfreiheit ist aber wenigstens einigermaßen durch die folgende neue Bestimmung gewahrt:

„Kinder, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, oder einer solchen, für die Religionsunterricht an der Volksschule, die sie besuchen, nicht erteilt wird, können gegen den Willen des Vaters oder anderer Erziehungsberechtigter zum Besuch des Religionsunterrichts nicht angehalten werden.“

Die sozialdemokratische Fraktion hätte natürlich den weitergehenden Antrag gestellt, daß kein Kind entgegen dem Willen der Eltern zur Teilnahme am Religionsunterricht gezwungen werden könne, einerlei wie das Bekenntnis der Eltern sei. Dieser wurde indes von Nationalliberalen und Zentrum abgelehnt.

Zu scharfen Auseinandersetzungen kam es in beiden Kammern beim § 114, der besagt, daß kirchliche Korporationen und Stiftungen die Errichtung von Lehranstalten nur auf Grund eines besonderen Gesetzes gestattet werden darf und daß Mitglieder religiöser Orden nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Staatsbehörde an Lehranstalten unterrichten dürfen. Das Zentrum hatte die Streichung dieser Bestimmung beantragt. Die Sozialdemokraten lehnten den Zentrumsantrag ab, um zu verhindern, daß die simultane Volksschule in vielen Orten durch private Konfessionsschulen ersetzt werde. Der Zentrumsantrag kam dadurch zu Fall und das Zentrum stimmte deshalb gegen das ganze Gesetz. Es setzte seine Hoffnung auf die Erste Kammer, aber auch hier wurde der strittige Paragraph und später auch die ganze Vorlage angenommen.

Die Lehrer haben eine geringe Gehaltsaufbesserung erhalten. Das Anfangsgehalt eines Hauptlehrers (ohne Wohnungsgeldzuschuß) ist von 1500 auf 1600 M. und das Höchstgehalt von 2800 auf 3200 M. erhöht worden. Die etatsmäßig angestellten Lehrerinnen sind den Lehrern im Beamtenverhältnis gleichgestellt. Entsprechend dem für alle weiblichen Beamten geltenden Grundsatz beträgt indes ihr Höchstgehalt nur 75 Proz. desjenigen ihrer männlichen Kollegen. Danach hören bei der Lehrera die Zulagen auf, wenn ihr Gehalt 2400 M. erreicht hat. Das Anfangsgehalt und die Zulagen sind für beide Geschlechter gleich.

Die Uebersicht zeigt, daß das neue Gesetz noch starke Mängel bestehen läßt. Im Vergleich mit den Schulzuständen in Preußen aber bedeutet es einen ganz erheblichen Fortschritt — insbesondere die Bestimmungen über den Religionsunterricht der Dissidentenkinder und die Vernimmittelieferung lassen die kulturelle Rückständigkeit Preußens auf dem Gebiete des Schulwesens in bengalischem

*) „Vorwärts“ Nr. 186.

Sichte erscheinen. Solange Junker und Zentrum im preussischen Dreiklassenhaus die Mehrheit haben, wird diese Minderständigkeit stetig größer werden. Nur das gleiche Wahlrecht kann eine Reform für Preußens Schule bringen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 22. Juni 1910.

Der Fortschritt zur Stichwahl in Friedberg-Üdingen.
Der Wahlanruf, den der Wahlausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei im 2. hessischen Wahlkreis hat ergehen lassen, sagt unter anderem:

„Seit dem Abgange des hochverdienten Fürsten Billow senkt Deutschland unter dem schweren Druck einer rückwärtslosenden, reaktionären Mehrheit, die mit der Reichsfinanzreform ein nationales Unglück über unser Vaterland gebracht hat. Wir sind uns darüber klar, daß diese Mehrheit gestürzt werden muß, wenn sie nicht noch größeres Unglück anrichten soll. Für jeden liberalen Mann ist es deshalb unmöglich, einen Anhänger des Bundes der Landwirte zu wählen. Andererseits wird es vielen von uns schwer werden, für einen Sozialdemokraten einzutreten. Trennt uns doch eine Weltanschauung. So lange die Sozialdemokratie an ihren feitherrigen Lehren festhält, müssen wir sie nach wie vor bekämpfen. Trotz alledem dürfen wir aber nicht vergessen, daß es ohne die Sozialdemokratie ausgefallen ist, den schwarz-blauen Block zu werfen. Dieses Ziel ist bei weitem wichtiger, als die Bedenken gegen die Wahl eines Sozialdemokraten. Wir müssen die Politik als Machtkampf betrachten. Es gilt, den in der Hauptwahl begonnenen Kampf gegen rechts fortzusetzen. Das schon alle Parteien, wenn auch zum Teil versteckt, getan haben, das wollen wir als ehrliche Männer frei und offen tun: Wir wollen aus tatsächlichen Gründen den Sozialdemokraten unterstützen. Nach erster, reiflicher Ueberlegung fordern wir deshalb alle liberalen Männer auf, einstimmig für den Kandidaten der Sozialdemokratie Herrn Busold-Friedberg einzutreten.“

Zur Vorbereitung.

Das Spiel zur allmählichen Gewöhnung der öffentlichen Meinung an die kommenden Militärveränderungen beginnt bereits. Ein Berliner Mitarbeiter der „Hartung'schen Zeitung“ will „an wohlunterrichteter Stelle“ gehört haben, daß die neue Militärvorlage, die mit dem Quinquennatgesetz kommen soll, an jählichen Mehrausgaben 40–50 Millionen erfordert. — Man beachte, daß hier von den jährlichen Mehrausgaben die Rede ist. Wahrscheinlich sind damit die fortwährenden Mehrausgaben gemeint. Die größeren einmaligen Ausgaben bleiben anscheinend vorerst noch im Hintergrunde.

Uebrigens hat Oberst Gödde im „Berl. Tagebl.“ dieser Tage festgestellt, daß die Angabe, wonach Frankreich über 24 Bataillone Infanterie mehr als Deutschland verfügt, absolut nichts für eine militärische Ueberlegenheit Frankreichs beweist. Die französische Armee kann dieses Mehr an Bataillonen nur dadurch erreichen, daß sie die Kompagnien auf bedeutend schwächeren Fuß hält als sie in der deutschen Armee sind. Deutschland hat die stärkeren Kompagnien, weil sie für die Ausbildung und für den Uebergang auf Kriegsfuß bedeutende Vorteile bieten. In Frankreich nimmt die Effektivstärke des Heeres, die jetzt schon um 500 000 Mann mehr als die des deutschen ist, von Jahr zu Jahr mehr ab. Nach einer Berechnung der Rekruteneinstellungen hat Deutschland für die Heeresarmee wenigstens 250 000 ausgebildete Mannschaften mehr als Frankreich zur Verfügung. Es fehlt also selbst vom bürgerlichen Standpunkt aus an jedem vernünftigen Grunde für eine neue Heeresvermehrung.

Was er dementieren läßt.

Die „Post“ hatte gestern erzählt, daß der Landwirtschaftsminister v. Arnim bei der Durchführung der Polenpolitik nicht immer die Unterstützung des Ministerpräsidenten gefunden habe. Dieser soll zu Herrn v. Arnim in bezug auf die Polenpolitik gesagt haben, daß er ein entschiedener Gegner jeder Ausnahme-gesetzgebung sei. Herr v. Weismann scheint das Bedürfnis gefühlt zu haben, sich gegen solche Verdächtigungen zu wehren. Die „Magdeb. Ztg.“ meldet, sie habe an unterrichteter Stelle erfahren, daß der Ministerpräsident eine solche Äußerung nicht getan habe.

Die russische Regierung gegen deutsche Kolonisten.

Wie der „R. Zeitg.“ aus Petersburg telegraphiert wird, bringt die russische Regierung eine Vorlage über Beschränkung des Landbesitzes von Ausländern im Südwestgebiete ein. Die Vorlage richtet sich gegen die deutschen Kolonisten, die in diesem Gebiete seit 200 Jahren ansässig und russische Untertanen sind. Die Kolonisten haben sich durch große Landwerbungen, die sie ihrem Fleiße verdanken, mittelreich gemacht. Das Memorandum zur Vorlage erklärt, die deutschen Kolonisten seien in ihrem Herzen Panzermannen (!) und nichts verbände sie mit Rußland; sie verdrängten die russische Bevölkerung und bedeuteten für den Kriegsfall eine große Gefahr. — Die „Kowoje Wremja“ erklärt, die deutsche Regierung und deutsche Banken unterstützten die Kolonisten aus strategischen Rücksichten. Die deutschen Konsuln bemühten sich, unter den Kolonisten den alldeutschen Geist zu erhalten. Die Regierungsvorlage, die von solchen Gesichtspunkten ausgeht, sieht ein vollständiges Verbot des Landverkehrs oder der Pachtung durch deutsche Kolonisten im russischen Untertanenverband vor. Die Vorlage bezieht sich auf die Gouvernements Kiew, Podolien und Wolhynien.

Diese infame Ausnahme-gesetzgebung ist nach dem Muster der preussischen Polengesetzgebung gearbeitet. Und wenn die deutsche Regierung gegen diese nationale Drohung Protest erheben würde, die geistesverwundte russische Regierung wäre um die Antwort nicht verlegen. Um so schärfer muß das deutsche Volk gegen die infamen nationalen Ausnahme-gesetze im eigenen wie im fremden Lande protestieren.

Gegen die Mißhandlung des Vereinsrechts.

Das preussische Oberverwaltungsgericht mußte am 17. Juni schon wieder einmal die Verfassung der Genehmigung zu einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel und zu einem öffentlichen Aufzuge für unbeschädigt erklären. Die Gewerkschaften von Leske (Regierungsbezirk Hannover) wollten anlässlich ihres Gewerkschaftsfestes am 15. August 1909 einen Festzug und eine Versammlung unter freiem Himmel veranstalten. Ihrer Kommission wurde die Genehmigung dazu vom Landrat zu Enke verweigert. Der Landrat gab zur Begründung folgendes an: „Wie die Erfahrungen bei den Gewerkschaftsfesten in der der Gemeinde Leske benachbarten Gemeinde Brinkum gelehrt haben, und wie gelegentlich auch in der sozialdemokratischen Presse zum Ausdruck gekommen ist, haben die gelegentlich der Gewerkschaftsfeste unter Zugziehung zahlreicher ortsfremder Personen und sozialdemokratischer Vereine veranstalteten öffentlichen Aufzüge und Festreden unter freiem Himmel die Bedeutung öffentlicher Agitationen zugunsten der von der sozialdemokratischen Partei verfolgten Bestrebungen. Die ländliche Bevölkerung von Leske und Umgegend stellt diesen Bestrebungen fremd und zum Teil geradezu feindlich

gegenüber, namentlich seit dem durch das rückwärtslose, lediglich in sozialdemokratischen Parteinteresse erfolgte Vorgehen mit Vorpostenklärungen gegen einzelne Gewerkschaften ein Teil der letzteren in ihrer wirtschaftlichen Existenz schwer geschädigt und gefährdet worden sind. Unter diesen Umständen muß ich aus der beabsichtigten Veranstaltung eines Aufzuges und einer Versammlung unter freiem Himmel Gefahren für die öffentliche Sicherheit befürchten und vermag die polizeiliche Genehmigung dazu nicht zu erteilen.“

Der Zimmerer Bode als Vertreter der Kommission erhob gegen dieses eigenartige Dokument geschwinder Denkwürdige Befürchtungen beim Regierungspräsidenten in Hannover. Dieser befragte jedoch das Verbot mit folgender Begründung: „Den vom Landrat angeführten Gründen kann ich nach eingehender Prüfung der örtlichen Verhältnisse nur beitreten. Die ländliche Bevölkerung in Leske identifiziert die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Parteibestrebungen vollkommen. Die Veranstaltung eines Aufzuges und einer Festrede in einer Versammlung unter freiem Himmel bei dem geplanten Fest würde als eine sozialdemokratische Demonstration angesehen werden und bei der erfolgte des dortigen Vorgehens der sozialdemokratischen Partei erregten Stimmung der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu Ausbreitungen Veranlassung geben, durch die die öffentliche Sicherheit gefährdet werden könnte.“

Auch der Oberpräsident schloß sich diesem parteipolitischen Schema an und verwarf die weitere Beschwerde. Darauf klagte Bode beim Oberverwaltungsgericht, vor dem ihn am 17. Juni Rechtsanwalt Wolfgang Grine vertrat.

Das Oberverwaltungsgericht gab der Klage statt und erklärte das Verbot der Versammlung unter freiem Himmel und des öffentlichen Aufzuges für unbeschädigt. Es ging davon aus, daß die Behauptung einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit mit konkreten Tatsachen lokaler Natur belegt sein müsse, aus denen sich nach vernünftigem Ermessen eine nahe Möglichkeit der Verwirklichung der Gefahr ergebe. Auch im vorliegenden Falle, so wurde in der Begründung wörtlich gesagt, seien die tatsächlichen Voraussetzungen, welche geeignet wären, eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit anzunehmen, nicht festzustellen gewesen. Die Verfügun g müsse daher außer Kraft gesetzt werden.

Damit ist abermals festgestellt, daß in Preußen Behörden vom Landrat bis zum Oberpräsidenten das Geschwätzungen von Arbeitern verleben. Der Minister des Innern wäre dringend zu empfehlen, zur Vermeidung ähnlicher Terrorisierungen des Gesetzes, den ihm nachgeordneten Beamten die Vergünstigung zu erwirken, an einer von Sozialdemokraten geleiteten Rechtsschule teilzunehmen.

Herrn v. Seydebrand's Handlanger.

Ueber den neuen preussischen Minister des Innern weiß eine Korrespondenz zu berichten:

„Wäre das Königreich Preußen ein parlamentarisches regierter Staat, so hätte das Portefeuille des (nach dem der auswärtigen Angelegenheiten) wichtigsten Ministeriums dem Führer der ausschlaggebenden Mehrheit, nämlich Herrn Dr. Ernst v. Seydebrand schon vor einem Jahre angeboten werden müssen. Aber der Ehrgeiz dieses Mannes richtet sich nicht nach einer Dienstwohnung in einem der Berliner Ministerien. Er würde sich schwer in ein Abhängigkeitsverhältnis fügen. Und er würde die Macht, die er der Regierung gegenüber in Händen hat, verringern, wenn er selbst ein Glied des Regierungsapparates würde. Dagegen sprechen viele Anzeichen dafür, daß Herr Hans v. Dollwiz auf Rat und Empfehlung des Herrn v. Seydebrand zur Nachfolge des Herrn v. Wolke berufen worden ist. Herr v. Dollwiz ist der Betier des Herrn von Seydebrand, genauer, der Frau v. Seydebrand, die als Mädchen Fräulein Marie v. Dollwiz hieß.“

Verbrauchte Handlanger.

Gelegentlich der Abhaltung Wolkes und Arnims macht die „Berl. Volksztg.“ eine Aufstellung über die während der Regierungsjahre Wilhelms II. in die Wüste Geschickten. Die Gesamtzahl der während der 22jährigen Regierungszeit verbrauchten und neuernannten Minister beträgt, die zurzeit noch amtierenden eingerechnet, 86.

Im Reich hat es während dieser Zeit gegeben: 6 Reichskanzler, 6 Staatssekretäre des Auswärtigen, 4 Staatssekretäre des Innern, 7 Staatssekretäre des Reichsschatzamt, 4 Staatssekretäre des Reichsjustizamt, 3 Staatssekretäre des Reichspostamt, 4 Staatssekretäre des Reichsmarineamt und 2 Staatssekretäre des Reichscolonialamt.

In Preußen gab es während dieser Zeit: 6 Ministerpräsidenten, 3 Finanzminister, 9 Minister des Innern, 7 Kriegsminister, 4 Justizminister, 6 Kultusminister, 6 Minister der Landwirtschaft, 6 Handelsminister und 4 Minister der öffentlichen Arbeiten. Von den gesamten entlassenen Ministern sind nur sechs im Amte gestorben.

Da der Konsum an Ministern in der letzten Zeit erheblich gestiegen ist, sieht zu erwarten, daß mit dem 25. Regierungsjahre Wilhelm II. der 100. Minister verdrängt ist.

Der Achtstundentag für die bayerischen Bergarbeiter.

München, 22. Juni.

Die Kammer berät über ein neues Vergesetz. Es bringt eine Reihe von Verbesserungen namentlich in sozialer Hinsicht. Doch hatte die Reichsratskammer den besten Punkt gestrichen, nämlich den Achtstundentag.

In der Kammer der Abgeordneten dreht sich die Diskussion um diesen Punkt. Die Regierung spricht sich entschieden gegen den Achtstundentag für die Bergarbeiter aus, ganz im Sinne der Reichsratskammer. In der Abgeordneten-kammer sind die Meinungen geteilt.

Von großem Interesse waren die Ausführungen des Regierungsvortragenden. Er behauptete, daß der Achtstundentag bei unseren Bergbetrieben eigentlich schon eingeführt wäre. Er behauptete weiter, daß durch die Reichsfinanzreform die Industrie so stark belastet wurde, daß auch unsere Bergwerke die Kosten weiterer sozialer Reformen nicht mehr tragen könnten.

Unter Genosse Segitz trat diesem Herrn Regierungsvortragenden sehr scharf entgegen. Er wies aus den Akten der Regierung selbst nach, daß nicht der Achtstundentag, sondern der neun- und zehn-stundentag in unseren Bergwerken eingeführt ist. Er fragt auch den Herrn Regierungsvortragenden, ob also jetzt geplant sei, die schlimmen Folgen der Reichsfinanzreform auf die Arbeiter abzuwälzen.

Ein Redner des Zentrums spricht sich gegen den Achtstundentag aus. Mit Knapper Mehrheit wird hierauf der Achtstundentag (wie wir bereits gestern gemeldet) von der Kammer beschlossen gegen viele Stimmen des Zentrums und des Bauernbundes.

Zur Nachwahl in Frankfurt a. O. Lebus.

In einer Sitzung des Vorstandes der nationalliberalen Partei und der fortschrittlichen Volkspartei des Wahlkreises Frankfurt-Lebus wurde beschlossen, für die bevorstehende Reichstagsersatzwahl den Archidirektor Dr. Winter-

Magdeburg als Kandidaten aufzustellen. Dr. Winter soll zum linken Flügel der nationalliberalen Partei gehören.

Die verratenen Tabakarbeiter.

Die Firma Engelhardt u. Viermann in Bremen läßt ihre Filiale in Braze (Lippe) eingehen. 80 Arbeiter und Arbeiterinnen werden dadurch brotlos. Wie es heißt, sollen von der Firma noch mehr Filialen eingezogen werden.

So wächst die Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie immer noch. Die geringen Unterstützungen aber werden beschnitten und sollen in einigen Monaten ganz aufhören. Und die ganze bürgerliche Presse, einschließlich der „Arbeiterfreundlichen“ Zentrumspreise, schweigt zu diesem Skandal, wie wir in unserem Artikel „Das Gegenstück zur Erhöhung der Zivilliste“ in Nr. 135 richtig vorausgesagt haben.

Wer übt Terrorismus?

Das Jwizauer Amtsblatt benutzte seinen Inseratenteil, um aufs eifrigste zum Terrorismus gegen die ihm verhaßte Sozialdemokratie anzustacheln. Es heißt dort:

Von Berlin, Leipzig, Dresden und den großen und kleinen Provinzialstädten gehen in nächster Zeit Scharen in die Sächsischen Schweiz zur Erholung auf kürzere oder längere Zeit. Wer sind denn die, die in der Lage sind, sich den Luxus einer längeren Erholung zu gönnen? Die Unbemittelten sind es — leider — gewiß nicht. Es sind die Bemittelten, die Geld sitzen lassen, und was sind diese zum größten Teile? Jedenfalls keine Anhänger der Sozialdemokratie. Die Sächsische Schweiz und ihre Umgebung wird jährlich von Tausenden und Abertausenden besucht, aber wie wenige denken daran, daß gerade dort in dieser herrlichen Gotteswelt die Sozialdemokratie frech und lästernd ihr Haupt erhebt, daß sie alles daran setzt, daß über Berg und Tal die rote Fahne wehen wird. Der sozialdemokratische Anhang muß endlich spüren, daß die Bürgerlichen müde sind, ihn weiter wirtschaftlich zu unterstützen. Es gilt jetzt, einen Kampf zu führen gegen jene Elemente, deren Endzweck der Umsturz ist. Es sei daher an alle Sommerfräule die dringende Bitte gerichtet: Nur dort zu wohnen, wo sie sicher sind, daß weder beim Hauswirt noch beim Untermieter die sozialdemokratische Volkszeitung zu finden ist. Geschäfte, in denen diese oder eine andere sozialdemokratische Zeitung aufgelegt, kann und darf ein Nationalgeleitener nicht unterstützen. Der Genosse mag zum Genossen gehen, aber nicht darauf Anspruch erheben, daß er von Bürgerlichen unterstützt wird. Die Zeiten sind nicht danach, den Annahmen der Genossen irgendwelche Konzeptionen zu machen. Das Bürgertum muß sich aufrufen und sich bestimmen und sein Nationalgefühl praktisch betätigen in der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Ein Mittel ist oben erwähnt: kein Sommerfräuleler unterstütze einen Abonnenten der sozialdemokratischen Presse, d. h. im Bezirke der Sächsischen Schweiz einen Abonnenten der „Volkszeitung“.

Und diese Gesellschaft kann sich nicht genug entrüsten über den Terrorismus, den angeblich die Sozialdemokratie gegen Andersdenkende ausübt.

König Junker.

Auf dem ganz in der Nähe von Breslau gelegenen Rittergut Schönborn, das dem hochfeudalen Junker und Sozialistenfeind v. Gossow gehört, wurde die dortige Dorfschule auf acht Tage geschlossen, weil der Junker v. Gossow billige Arbeitskräfte zum Häbenziehen gebraucht. Dabei ist von einer Leutenot im Dorfe und dessen weiterer Umgegend keine Rede.

Oesterreich.

Kritische Situation.

Wien, 22. Juni. Die Parlamentskommission des Polenklubs beharrt auf der sofortigen Durchführung des Donau-Ober-Weichsel-Kanals und will die Entscheidung dem Plenum des Polenklubs überlassen, der noch heute abend zusammenzutreten soll. Da die Regierung den Aufschub bis Herbst verlangt, gilt die Situation als kritisch. — Der heutigen Audienz des Barons Wienerth wird außerordentliche Bedeutung beigegeben, da auch die Frage der Schließung der Session erörtert wird.

Frankreich.

Mandatsschacher.

Paris, 22. Juni. Das hiesige Zivilgericht beschäftigte sich gestern mit einem durch die letzten Kammerwahlen veranlaßten, sehr charakteristischen Prozeß. Der sozialistisch-radikale Kandidat des dritten Pariser Bezirkes Chebanz hatte sich durch schriftlichen Kontrakt verpflichtet, bei der Stichwahl zugunsten des gleichfalls der sozialistisch-radikalen Partei angehörigen Kandidaten Jacquelin gegen eine Entschädigung von 30 000 Fr. zurückzutreten. Jacquelin fiel jedoch durch (gewählt wurde unser Genosse Lauche) und weigerte sich nun, die versprochene Summe zu zahlen. Chebanz wollte dem Vertrage nunmehr auf dem Klagewege Geltung verschaffen, wurde aber abgewiesen.

Belgien.

Ein Auslieferungsantrag der russischen Regierung.

Brüssel, 20. Juni. (Eig. Ber.) Die russische Regierung verlangt wieder nach einem ihrer Opfer, das sich ihrer „Gerichtsbarkeit“ durch die Flucht ins Ausland entzogen hat. Es handelt sich um einen Arbeiter, den Eisenbrecher Calras, der von der russischen Regierung des Verbrechens des gemeinen Diebstahls beschuldigt wird und dessen Auslieferung an Rußland nun bei der belgischen Regierung durchsetzen will. Wie aber auch bei Bericht festgestellt wurde, ist der Beschuldigte kein „gemeiner Verbrecher“, sondern einer von den Revolutionären, die an den Expropriationen von 1907 während der Revolutionstage teilgenommen haben. Das belgische Gericht hat die Tat Calras, dem u. a. von einem ehemaligen belgischen Arbeiter wie auch von der hiesigen russischen Kolonie das Zeugnis eines rechtschaffenen Arbeiters ausgestellt wurde, dem ein gemeines Delikt nicht zugutrauen ist, als ein im Zusammenhang mit politischen Ereignissen stehendes Vergehen bezeichnet und sich gegen die Auslieferung ausgesprochen. Das endgültige Urteil in der Sache ist jedoch noch nicht gefällt, aber es sieht zu hoffen, daß Belgien, das in analogen Fällen das Ansehen der russischen Regierung, politische Flüchtlinge auszuliefern, abgelehnt hat, auch diesmal eine das Recht anerkennende Antwort geben wird.

Spanien.

Eine Amnestie.

Madrid, 21. Juni. Beim Empfang einer Abordnung der republikanischen Mitglieder des Parlaments erklärte Ministerpräsident Canalejas, daß alle Vertriebenen, insbesondere auch die nach den Juliereignissen in Barcelona Vertriebenen, von der schon bekanntgegebenen teilweisen Amnestie Vorteil hätten und frei nach Spanien zurückkehren könnten. Trotzdem bestand die Abordnung darauf, daß die Regierung den Cortes einen neuen Amnestieentwurf unterbreite.

Amerikale Agitation.

Madrid, 22. Juni. Aus Oviedo wird berichtet, daß der Gouverneur eine Klage gegen die Ordensbrüder von Pared eingeleitet hat, weil diese gegen das Genossenschaftsgesetz verstoßen hätten. Es heißt, daß die Ordensbrüder Spanien verlassen werden. Die andererseits berichtet wird, nehmen die Protestkundgebungen gegen die antiklerikale Politik der Regierung in ganz Spanien immer mehr zu. Es finden fortgesetzt Verhandlungen statt, von denen energische Proteste an die Regierung gerichtet werden, während andererseits wiederum auch die antiklerikalen Versammlungen veranstaltet, um die Regierung aufzufordern, in ihrer antiklerikalen Politik zu verharren und diese durchzuführen. In Sevilla mußte der Bürgermeister den Blättern zufolge gegen die Predigt eines Pfarrers beim Gouverneur Einspruch erheben.

England.

Das Frauenwahlrecht.

London, 21. Juni. Premierminister Asquith hob beim Empfang der Abordnung von Anhängerinnen des Frauenwahlrechts hervor, daß bei den maßgebenden Persönlichkeiten beider Parteien die Meinungen über das Frauenwahlrecht weit auseinander gingen, erscheine es nicht als wahrscheinlich, daß irgend eine Regierung dem Parlament einen Gesetzentwurf über das Frauenwahlrecht vorlegen könnte. Die Aussichten für die Annahme eines solchen Gesetzentwurfs würden außerordentlich schwach sein. Er sei indessen der Ansicht, daß dem Unterhause Gelegenheit geboten werden müßte, seine Meinung darüber zu äußern. Er werde dem Kabinett die Wünsche der Deputation unterbreiten und im Unterhause eine Erklärung darüber abgeben.

Rußland.

Das Martyrium der politischen Verbannten.

Ein großes Licht auf die Lage der politischen Verbannten wirft folgender Vorfall im äußersten Norden des Gouvernements Archangelsk. Am 24. Mai wurden in Ust-Sylma ohne irgend einen Anlaß 14 Verbannte verhaftet, um von den Landpolizisten nach dem Dorfe Bugajewo transportiert zu werden. Unter ihnen befand sich auch ein Künstler, namens Sergei Sacharow. In der Kaserne wurden die Gefangenen von den Landpolizisten fürchterlich mißhandelt. Namentlich Sacharow wurde von einem Kosaken so fürchterlich geschlagen, daß er besinnungslos fortgetragen werden mußte. Nach zwei Tagen kehrten die Polizisten mit der Leiche Sacharows zurück, der sich nach ihren Worten unterwegs vergiftet hatte. Wenn das auch zutrifft, so war das die indirekte Folge der erlittenen Mißhandlungen. Die gerichtliche-medicinische Obduktion, die erst am dritten Tage vorgenommen wurde, stellte die Spuren schwerer Mißhandlungen fest.

Die sozialdemokratische Dumafraktion brachte aus diesem Anlaß eine Interpellation in der Duma ein. Die Dringlichkeit wurde aber von den Dumakosaken Stolypin verworfen und die Interpellation an die Kommission verwiesen, wo sie voraussichtlich zwei Jahre lagern wird.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung vom Mittwoch, den 22. Juni.

Wiederum wurde lang und breit über die Betriebskrankenkassen gesprochen, da das Zentrum gestern im letzten Augenblick einen sehr wichtigen Antrag gestellt hat, der damals noch nicht gedruckt vorlag und deshalb nicht gewürdigt werden konnte.

Der Antrag will für die landwirtschaftlichen Betriebe ein Ausnahmerecht schaffen. Denn hier sollte zur Errichtung einer Betriebskrankenkasse bereits die Zahl von — 20 dauernd beschäftigten Versicherungspflichtigen genügen. Die Zustimmung des ständigen Arbeiterschusses, oder, wo ein solcher nicht besteht, der Mehrheit der Versicherungspflichtigen sollte dazu, wie es die Sozialdemokraten bereits allgemein beantragt hatten, erforderlich sein. Die Zustimmung sollte geheim sein.

Die Sozialdemokraten stellten fest, daß das Zentrum mit diesem Antrage auf einem Umwege in das Gesetz ein Ausnahmerecht für die Landwirtschaft hineinbringen will, das in ähnlicher Form die Kommission schon bei einer früheren Gelegenheit abgelehnt hat. Ebenso kämen die Anträge der Konserverativen und Nationalliberalen, nach denen sogenannte Betriebskrankenkassen für gleichartige Betriebe mehrerer Arbeitgeber errichtet werden dürfen, in wesentlichen daraus hinaus, die in der vorigen Sitzung ausgeschlossenen neuen besonderen Ortskrankenkassen wieder zuzulassen. Der Antrag des Zentrums sei auch schließlich ganz unannehmbar, weil bei 20 Mitgliedern von einer Versicherung gar nicht die Rede sein könne.

Um den Schaden zu vermeiden, der aus der Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers bei einer kleinen Betriebskrankenkasse entstehen könnte, beantragten die Sozialdemokraten, daß die Arbeitgeber zu einer Sicherheitsleistung verpflichtet werden. Der Antrag wurde aber mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten, Fortschrittler und des Polen abgelehnt.

Im übrigen war für das Ergebnis der Abstimmung die Bestimmung über die geheime Abstimmung der Arbeiter entscheidend. Das Zentrum erklärte, daß es sich nur dann, wenn diese Bestimmung angenommen wird, für die kleinen Betriebskrankenkassen erklären könne. Die Konserverativen antworteten, daß sie unter keinen Umständen eine geheime Abstimmung der Landarbeiter zulassen würden. Bei der Abstimmung wurde zunächst gegen die Stimmen der Konserverativen und Nationalliberalen die Bestimmung über die geheime Abstimmung der Arbeiter angenommen und darauf der ganze Paragraph gegen die Stimmen des Zentrums abgelehnt. Damit waren auch alle anderen Anträge erledigt.

Hiernach hätte die Beratung aller weiteren Bestimmungen über die Betriebskrankenkassen unterbleiben müssen. Die Kommission beschloß aber, diese Bestimmungen zu beraten, da in der zweiten Lesung die Betriebskrankenkassen sicher angenommen würden.

Versäglich: In Baubherr zeitweilig eine größere Zahl von Arbeitern in einem vorübergehenden Baubetriebe, so hat er auf Anordnung des Oberverwaltungsamtes eine Betriebskrankenkasse zu errichten. Der Baubherr soll aber nach der Vorlage diese Pflicht auf einen oder mehrere Arbeitgeber übertragen können, die den Bau ganz oder teilweise für eigene Rechnung übernommen haben. Als einzige Voraussetzung hierfür ist in der Vorlage vorgeschrieben worden, daß ausreichende Sicherheit vorliegen und das Oberverwaltungsamt die Übertragung der Pflicht genehmigen muß.

Die Sozialdemokraten wollten unter allen Umständen verhindern, daß ein Baubherr sich eines zahlungsunfähigen Strohmannes bedient, um das Gesetz zu umgehen. Sie beantragten, daß in diesen Fällen der Baubherr immer haftbar bleibt. Der Antrag wurde abgelehnt.

Eine sehr bedenkliche Bestimmung ist in der Vorlage die, daß das Oberverwaltungsamt das Recht der Leistungen für die hier in Betracht kommenden Bauarbeiter bestimmen soll. Danach können die Arbeiter auch mit sehr geringen Leistungen abgefunden werden. Demgemäß beantragten die Sozialdemokraten, daß die Leistungen den jagungsmäßigen Leistungen der maßgebenden

Krankenkasse mindestens gleichwertig sein müssen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Eine Innungsstrankenkasse soll nach der Vorlage von einer Innung gegründet werden können, ohne daß wie bei den anderen Klassen eine gewisse Mindestzahl der Mitglieder vorgeschrieben worden ist. Die Sozialdemokraten beantragten, daß eine Innungsstrankenkasse nur dann errichtet werden könne, wenn in den Betrieben, deren Inhaber der in Betracht kommenden Innung angehören, mindestens 1000 Versicherungspflichtige beschäftigt sind. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Bezeichnend für die Haltung des Zentrums ist die Abstimmung bei einem der nächsten Paragraphen, der die Voraussetzungen für das weitere Bestehen einer beim Inkrafttreten des neuen Gesetzes schon errichteten Betriebskrankenkasse bestimmt. Hier hatten die Sozialdemokraten beantragt, daß die Kasse nur dann weiter bestehen dürfe, wenn die Mehrheit der Pflichtmitglieder dem zustimmt. Jetzt erklärte Abg. Dr. Fleischer, daß dasselbe Zentrum, das kurz vorher so großen Wert auf die Zustimmung der Arbeiter bei Errichtung der Betriebskrankenkassen gelegt hatte, gegen den Antrag stimmen werde. Demgemäß wurde auch dieser Antrag mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten, Fortschrittler und des Polen abgelehnt.

Um so eifriger trat das Zentrum unmittelbar darauf dafür ein, daß die Innungsstrankenkassen selbst dann erhalten bleiben, wenn ihr Fortbestehen die allgemeinen Ortskrankenkassen und die Landkrankenkassen gefährden. Für einen solchen Fall hatte nämlich die Vorlage vorgeschlagen, daß die Innungsstrankenkassen, die bereits vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes errichtet worden sind, aufgelöst werden müssen. Diese Bestimmung wurde auf Antrag des Zentrums gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittler und des Polen gestrichen.

Die Betriebskrankenkassen für Betriebe des Reichs oder der Bundesstaaten sollen nach der Vorlage überhaupt keinen Beschränkungen unterworfen sein. Hiergegen wendeten sich die Sozialdemokraten und Fortschrittler, da für eine solche Ausnahmegestaltung zum Schaden der Arbeiter gar kein Grund vorliege. Es wurde denn auch trotz des Widerspruches der Regierungsvertreter die Ausnahmegestaltung gestrichen.

Wichtige Bestimmungen sind die über die Gleichwertigkeit der Leistungen. Sie kommen bei der Zulassung von Betriebs- und Innungsstrankenkassen usw. in Betracht. Die Entscheidung darüber, ob die Leistungen dieser Klassen den Leistungen der allgemeinen Orts- oder Landkrankenkassen gleichwertig sind, steht dem Versicherungsamt zu. Dabei sollen nach der Vorlage u. a. die Mehrleistungen der Orts- oder Landkrankenkassen nicht mitgerechnet werden, die nur auf Kosten der Rücklage oder durch eine Erhöhung der Beiträge über 4 1/2 Proz. des Grundlohnes hinaus ermöglicht werden.

Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung dieser Beschränkung, da unter allen Umständen die Arbeiter der besonderen Klassen in bezug auf die Leistungen der Rentenversicherung nicht geschädigt werden dürfen. Dem schloß sich Abg. Dr. Mugdan an. Trotzdem wurde auch dieser Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittler und des Polen abgelehnt.

Aus der Justizkommission.

Ohne Änderungen wurden in der Dienstagssitzung die §§ 187 und 188 angenommen. Zum § 189 lag ein Antrag der Nationalliberalen vor, nach dem die Voruntersuchung auch die Durchführung der Hauptverhandlung vorbereiten soll, und ein Antrag Gröber bezog, daß die Voruntersuchung auch feststellen soll, welche Tatsachen für die Strafzumessung wesentlich sind. Diese Anträge wurden angenommen.

Nach dem § 191, Abs. 2, kann die Staatsanwaltschaft jederzeit von dem Stand der Voruntersuchung Kenntnis nehmen und Anträge stellen. Ein Antrag Gröber wünschte, den Prozeßbeteiligten das gleiche Recht wie dem Staatsanwalt zu geben. Auch unsere Genossen verlangten, den Verteidiger mit dem Staatsanwalt gleichzustellen, ebenso soll der Staatsanwalt nur insoweit Einsicht in den Gang der Voruntersuchung nehmen dürfen, als dadurch der Zweck der Voruntersuchung nicht gefährdet wird. — Beide Anträge wurden mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Der § 192, Abs. 2, verpflichtet den Untersuchungsrichter, vor dem Abschluß der Voruntersuchung dem Angeklagten in mündlich die Verdachtsgründe, die gegen ihn vorliegen, mitzuteilen. Dazu beantragten unsere Genossen, daß diese Mitteilung dem Angeklagten schriftlich zu machen ist. Nach einem Antrag Mayer-Kaufmann soll zu diesem Mitteilungstermin der Verteidiger geladen werden, und ferner soll bei dieser Mitteilung der Angeklagte zugleich darauf hingewiesen werden, daß er innerhalb drei Tagen weitere Ermittlungen oder Beweiserhebungen beantragen kann; diesem Antrag ist dann, wenn die angegebenen Beweismittel von Bedeutung sind, vom Untersuchungsrichter stattzugeben. Ein ähnlicher Antrag lag vom Abg. Gröber vor. — Die Regierungsvertreter wendeten sich gegen diese größeren Garantien der Voruntersuchung; sie hielten alle diese Bestimmungen für selbstverständlich, und insbesondere auch, daß der Verteidiger an dem Mitteilungstermin teilnehmen kann. Gegen die Anträge sprach ebenfalls der freisinnige Abgeordnete Müller-Herloh. In der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, von dem Zentrumsanträgen wurden die Bestimmungen angenommen, daß der Verteidiger zu dem Termin zu laden ist, doch bedarf es seiner Anwesenheit nicht. Im übrigen ist der Angeklagte aufzufordern, weiteres Entlastungsmaterial zu beibringen. Der Angeklagte ist in der Voruntersuchung zu vernehmen.

Zum § 194, nach dem im 2. Absatz die Staatsanwaltschaft das Recht haben soll, nach Abschluß der Voruntersuchung weitere Ermittlungen oder Beweiserhebungen zu beantragen, beantragten unsere Genossen, diesen Absatz zu streichen. Ferner beabsichtigte ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten, eine Vereinfachung der Eröffnung des Hauptverfahrens herbeizuführen. Beide Anträge wurden abgelehnt. § 194 wurde mit einer unwesentlichen Veränderung in der Regierungsfassung angenommen.

Der 4. Abschnitt des 2. Buches behandelt die Eröffnung des Hauptverfahrens. Dazu liegen zum § 196, der im 2. Absatz von dem erforderlichen Inhalt der Anklageschrift handelt, Anträge von unseren Genossen und dem Abg. Gröber vor, die forderten, daß in der Anklageschrift auch die Beweismittel für die Anklagebehauptungen näher bezeichnet werden müssen. Ferner verlangt der sozialdemokratische Antrag, daß die Anklageschrift auch die Entlastungsmomente anführen soll. Die Regierungsvertreter sehen auch in der Erfüllung dieser ungemüßlichen Forderung nur eine unnütze Vermehrung des Schreibwerks und eine Erschwerung des Verfahrens. Es wurde beschlossen, daß die Anklageschrift die Bezeichnung der Beweismittel, welche gegen den Angeklagten angeführt werden, erkennen lassen soll. Alles Weitergehende wurde abgelehnt.

Angenommen wird ein Antrag Gröber, wonach in den Fällen, in denen eine Voruntersuchung geführt wird oder zulässig ist, der Angeklagte darauf hingewiesen werden muß, daß er in der Regel innerhalb einer Woche eine Ergänzung der Eröffnung der Voruntersuchung beantragen kann. Diese Bestimmungen sollen auch für die vor dem Amtsgericht zu führenden Strafjahren gelten.

Der § 201 Abs. 1 gibt der Staatsanwaltschaft das Recht, Beschwerden zu erheben, wenn das Hauptverfahren nicht eröffnet oder dasselbe einem unteren Gericht zugewiesen wird. Dagegen hat der Angeklagte kein Beschwerderecht dagegen, wenn das Hauptverfahren gegen ihn eröffnet werden soll. Ein Antrag Gröber forderte nun dieses Recht für den Angeklagten. Unsere Genossen, die einen ähnlichen Antrag gestellt hatten, zogen denselben zugunsten des Antrages Gröber zurück. Die Regierungsvertreter wie Konserverative und Nationalliberale sprachen sich gegen den Antrag aus, während die Polen sich dafür erklärten. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß in diesem Antrag eine der be-

deutendsten Verbesserungen des Regierungsentwurfes liege und mit der Annahme dieser Änderung würde ein prinzipiell äußerst wichtiger Fortschritt in unserer Rechtspflege gemacht.

In der Fortsetzung der Debatte am Mittwoch wies Genosse Stadthagen u. a. darauf hin, daß der Haupteffekt der Annahme dieses Antrages der sein würde, daß dann künftig das Hauptverfahren sorgfältiger vorbereitet und die Frage, ob das Hauptverfahren überhaupt eröffnet werden soll, viel sorgfältiger geprüft werden würde. — Gegen den Antrag Gröber wandten sich Müller-Herloh, Heinge, Wagner, Spahn. Nach mehrstündiger Dauer wurde der Antrag Gröber mit 11 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten außer den Nationalliberalen, Konserverativen, einigen Zentrumsabgeordneten von den Freisinnigen auch Kopsch und Müller-Herloh.

Eine Änderung bringt der § 208, nach dem der Angeklagte auf Antrag der Staatsanwaltschaft außer Verfolgung gesetzt werden kann, wenn sich nach der Eröffnung des Hauptverfahrens herausstellt, daß die Tat nicht strafbar oder nicht verfolgbar ist. Unsere Genossen beantragten, die Worte „auf Antrag der Staatsanwaltschaft“ zu streichen und zum anderen zu bestimmen, daß gegen diesen Beschluß, durch den ein Angeklagter außer Verfolgung gesetzt wird, nicht nur der Verletzte oder sonstige Verrechtlichte, sondern in den Fällen von Uebertretungen von Arbeiterbeschwerden auch die Gewerbeaufsichtsbeamten und Mitglieder der Gewerkschaft Beschwerde erheben können. Zum ersten Teil des sozialdemokratischen Antrages entsprach zum Teil ein Antrag Gröber, der die Einstellung der Verfolgung erst nach der Anhörung der Prozeßbeteiligten einzustellen lassen will. Dieser Antrag wurde angenommen, der sozialdemokratische abgelehnt. — Ohne Änderungen wurden die §§ 200 und 210 angenommen.

Der fünfte Abschnitt behandelt die „Vorbereitung der Hauptverhandlung“. Nach dem § 215 soll zwischen der Zustellung der Ladung zur Hauptverhandlung und dem Stattfinden derselben in Sachen, die vor dem Amtsgericht ohne Schöffen zu verhandeln sind, nur drei Tage Frist zu liegen brauchen. Ein sozialdemokratischer Antrag forderte acht Tage Frist, die nur im Einverständnis mit dem Angeklagten verkürzt werden kann, während ein Antrag Gröber nur in Uebertretungssachen drei Tage Frist geben lassen will, die mit ausdrücklicher Zustimmung des Angeklagten abgekürzt werden darf. — Der sozialdemokratische Antrag wurde angenommen; damit ist der Antrag Gröber erledigt.

Auf Grund des § 217 soll der Vorsitzende des Gerichts nach freiem Ermessen bestimmen können, welchen begründeten Anträgen des Angeklagten auf die Beschaffung weiterer Beweismittel stattzugeben ist. Unsere Genossen und Abg. Gröber beantragten, diese Entscheidung dem freien Ermessen des Vorsitzenden zu entziehen und dafür zu sorgen, daß „dem Antrage stattzugeben ist, falls derselbe für die Schuldfrage oder für das Strafmaß erheblich erscheint“. Unter Ablehnung dieser Anträge wurde insofern eine Verbesserung beschlossen, als die Worte „dem freien Ermessen“ gestrichen wurden.

Nach dem § 21 können vor dem Gericht mehrere Sachen gleichzeitig verhandelt werden. Abg. Gröber beantragte, die Zusammenlegung mehrerer Sachen von der Zustimmung der Beschuldigten abhängig zu machen. Dieser Antrag, für den auch unsere Genossen eintraten, wurde abgelehnt.

Vom 6. Abschnitt „Hauptverhandlung“ wurden die §§ 22 bis 224 erledigt.

Fortsetzung am Donnerstag.

Geheimbundprozeß Erich Mühsam und Genossen.

München, 22. Juni 1910.

(Telegraphischer Bericht.)

Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts nahm heute ein umfangreicher Geheimbundprozeß seinen Anfang, der sich gegen den bekannten Bohemien und Schriftsteller Erich Mühsam aus Berlin, den Klavierspieler Karl Schulze, genannt Notag, aus München, den Hilfsarbeiter Sebastian Ertl und den Buchhandlungsreisenden Otto Kändler, gleichfalls aus München, richtet. Es handelt sich hierbei um ein Nachspiel zu der „Sprengstoffaffäre“ in der Wurgstraße, um derenwegen bereits zwei junge Leute vor dem Münchener Jugendgerichtshof abgeurteilt worden sind, die eine Dynamitpatrone dort zur Explosion gebracht hatten, ohne daß Menschenleben zu Schaden gekommen waren. Zugleich wurde auch ermittelt, daß die beiden auch mit Erich Mühsam und dem inzwischen nach der Schweiz geflüchteten Studenten der Theologie Noel verkehrt hatten. Die Anklage wirft nun den obengenannten Angeklagten vor, daß sie in München eine anarchistische Gruppe „Zat“ gegründet haben. Deren Zweck gehe dahin: Der Staat solle gestürzt werden. Am meisten wurde der Kampf gegen den Militarismus gepredigt. Man erörterte auch Bombentatete. Einmal soll sogar wirklich eine Bombe aus der Schweiz hierher gebracht worden sein. Die Gesellschaft beschäftigte sich auch mit dem Sacharinschmuggel, das Sacharin wurde von der Schweiz nach München gebracht und dann nach Oesterreich hinüberschmuggelt. Das aus diesem Schmuggel erzielte Geld wurde teilweise zur Unterstützung von Anarchisten verwendet. Ein Einbruch in ein hiesiges Juweliergeschäft und in der Deutschen Bank war geplant. Nach Umsturz der gegenwärtigen Staatsordnung sollte Gütergemeinschaft und freie Liebe allgemein eingeführt werden. Zur Ausführung all dieser Dinge soll eine Organisation des Proletariats ins Auge gefaßt worden sein.

Die Anklage lautet auf Vergehen gegen die §§ 128 und 129 St.G.B. Es sind über 40 Zeugen geladen. Die Verhandlung wird sich auf mehrere Tage erstrecken. Die Leitung liegt in den Händen des Landgerichtsdirektors Lindner.

In die Verhandlung ist als weiterer Angeklagter der Emigrant Hans Wittich aus München einbezogen worden. Als erster Angeklagter wurde heute Erich Mühsam vernommen. Er erklärt, daß die Behauptungen der Anklage unrichtig seien. Der Angeklagte ist der Sohn eines begüterten früheren Apothekenbesizers und literarisch tätig. Seit einem Jahrzehnt ist er mit dem Schriftsteller Landauer in Berlin bekannt. Eine Verbindung mit dem geflüchteten Mitangeklagten Noel stellt der Angeklagte Mühsam in Abrede. Die Behauptungen der Anklage in bezug auf die Bombentatete, die Eindrucksbildhähle usw. beruhen auf Angaben des gänzlich ungläubwürdigen Zeugen Bichelmeier. Er wisse von all diesen Plänen nichts. Es sei möglich, daß ein in anarchistischen Kreisen verkehrender Dr. Groß solches oder ähnliches gesprochen habe. Dieser Dr. Groß sei aber ein ausgesprochener Phantast. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob es wohl richtig sei, daß eine Bombe aus der Schweiz nach München gebracht worden sei, die man dann in einem Hause verlegt habe, antwortet der Angeklagte Mühsam mit geringschätzigem Lächeln: Da weiß ich nicht, was ich sagen soll, und meint dann, das wäre nur Landubergerebe. Es sei in der Organisation viel von der russischen Revolution gesprochen worden, und da sei es wohl möglich, daß man davon gesprochen habe, dies auf deutsche Verhältnisse zu übertragen. Der Angeklagte Mühsam gibt zu, die Gruppe „Anarchist“ und später die Gruppe „Zat“ gegründet zu haben. Diese Gruppen seien aber keine Organisationen nach dem Beispiel von Vereinen, es gebe keinen Vorstand, auch würden in diesen Gruppen keine Mitgliederbeiträge erhoben.

Weiter legt der Angeklagte dar, wie er vorbezeichnete Menschen, Landstreicher, Diebe usw., das „Lumpenproletariat“, für seine Idee zu gewinnen gesucht hat. Er glaube, das Lumpenproletariat werde ihrem Führer blindlings folgen. Die Zusammenkünfte der Gruppe waren keineswegs geheim. Die staatlichen Einrichtungen habe er stark kritisiert, denn er sei ja Anarchist.

Ueber den Ausgang dieser eigenartigen Anklage werden wir berichten.

Gewerkchaftliches.

Ein „freudiges Ereignis“!

Im Zentralorga der Gewerkschaften wird im Stille der Geburtsanzeigen „allen unseren Verbänden eine erfreuliche Mitteilung“ gemacht. Der Verband württembergischer Eisenbahn- und Dampfschiffahrts-Unterbeamten und der Arbeiter in Staatsbetrieben hat sich auf seiner Generalversammlung dem Verbandsverband der Gewerkschaften angeschlossen. Der neue württembergische Verbandsverein soll (offizielle Zahl) zurzeit circa 8000 Mitglieder haben. Darob kann sich die Gewerkschaftsleitung nicht genug tun. Ob sie auch in Zukunft immer so zufrieden sein wird, wenn sie von der neuangeschlossenen Organisation spricht, wollen wir einstweilen dahingestellt sein lassen.

Die folgende Stelle aus dem Berichte gibt ein eigenartliches Bild:

„Es waren 188 Delegierte anwesend. Vertreter der königlichen Generaldirektion der Staatseisenbahnen, der städtischen Verwaltung und der verschiedenen württembergischen Parlamentsfraktionen waren erschienen, begrüßten die Generalversammlung und wünschten ihr guten Verlauf. An den König von Württemberg, der, wie einst Graf Eberhard im Barte, sein Haupt ruhig in jedes Bürgeres Schoß legen kann, wurden Glückwünsche telegraphisch gerichtet, die ebenfalls liebenswürdige Beantwortung erfuhren.“

Die „Gewerkschaften“-Redaktion scheint sich bei aller politischen Neutralität in Patriotismus etwas übergeben zu haben. Die Freude über den Übertritt der Organisation erklärt aber wohl vieles. Man beschloß auf der Generalversammlung, weil „die Erfahrungen des letzten Jahres ganz besonders deutlich gezeigt haben, daß auf die Dauer eine wirksame Abwehr der Zersplitterungsversuche der christlichen Gewerkschaften nur möglich ist, wenn wir einen starken Rückhalt haben, den Anschluß an den Gesamtverband der württembergischen Gewerkschaften, unter Wahrung der vollen Selbstständigkeit des Verbandes und unter ausdrücklicher Anerkennung seiner religiösen Neutralität und parteipolitischen Unabhängigkeit zu vollziehen.“

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik in der Neuen Automobil-Gesellschaft, Ober-Schöneweide, ist beendet. Die Sperre ist hiermit aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Maßregelungen in den Englischen Gaswerken.

Eine Versammlung der Arbeiter der Englischen Gasanstalten tagte in den Arminhallen. Wie der Referent W. G. H. ausführte, hat man wiederum zwei Vertrauensleute entlassen, welche zehn resp. sieben Jahre in den Betrieben der I. C. G. A. beschäftigt waren. Als Grund der Entlassung ist Arbeitsmangel angegeben. Das ist aber nur ein Vorwand, denn die meisten Beschäftigten der in Frage kommenden Betriebe arbeiten erst kürzere Zeit dort; selbst in den letzten Wochen sind noch Arbeiter eingestellt worden. Der Grund der Entlassung ist wohl der, daß man eine Wiedermahl der Entlassenen als Arbeiter-Ausgleichsmittel befürchtete. Das wollte man verhindern; denn auch der schnarrende Rejerbeoffizier des Oberingenieurs Kemper zeigte nicht an, um diese beiden Kollegen bei Verhandlungen im Auschuß einzuschüchtern. Im Gegenteil, auch dieser Herr mußte sich ein wenig Vernunft im Umgang mit den Arbeiter-Ausgleichsmitteln angewöhnen. Wie immer in solchen Fällen, hat die Direktion schleunigst Veranlassung genommen, die durch feste und bestimmte Vertretung der Arbeiterinteressen unbedeutend gewordenen Arbeiter abzuschieben; trotz langjähriger einwandfreier Dienstzeit erhielten sie die Entlassung. In der Diskussion sprachen mehrere Arbeiter und rügten die Rauberei und indifferente Haltung der Kollegen in gewerkschaftlicher Beziehung. Wenn wir in den Englischen Gasanstalten eine starke gewerkschaftliche Organisation hätten, würde sich die Direktion hüten, in solcher Weise gegen die Vertreter der Arbeiter vorzugehen, wie im vorliegenden Falle. Um weitere Maßregelungen zu verhindern, muß man sich Mann für Mann der Organisation anschließen. Lange genug, sagte einer der Entlassenen, laßt Ihr uns für Euch kämpfen lassen, kämpft nun endlich selber! Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die in den Arminhallen versammelten Arbeiter der Englischen Gasanstalten geben ihrer tiefsten Empörung Ausdruck über die gänzlich unmotivierte Entlassung der viele Jahre bereits beschäftigten Kollegen Stengel und Prenslow.“

Die Versammelten kennzeichneten das Vorgehen der Direktion als einen Gewaltakt, der diktiert ist von dem Bestreben, die beiden Genannten los zu werden, weil sie als Arbeiter-Ausgleichsmittel mannhaft die Interessen der Arbeiter vertreten haben. Gegen eine derartige brutale Maßregelung ihrer Vertrauensmänner protestierten die Versammelten ganz energisch und erwarten von der Direktion mit aller Bestimmtheit die Wiedereinstellung der gemachten Kollegen.

Mit Entschiedenheit vermahnen sich die Versammelten gegen die in der Maßregelung liegende Verkümmern ihres Koalitionsrechts und rufen die Kollegenschaft auf, sich dagegen zur Wehr zu setzen und erst recht in der gewerkschaftlichen Organisation mit allen Mitteln für ihre Rechte zu kämpfen. Der Anschluß an den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist deshalb Ehrenpflicht jedes Arbeiters der I. C. G. A.“

Ein Streik des Steinbrucker-Hilfspersonals war am 10. d. M. in der bekannten Chromolithographischen Kunstanstalt von Albrecht u. Meißner, A.-G., Berlin-Heinoldsdorf, wegen Lohnforderungen ausgebrochen. Derselbe ist nunmehr nach Verhandlungen mit der Verbandsleitung beendet. Den männlichen Hilfsarbeitern wurde eine Lohnzulage von 1 M., den weiblichen eine solche von 75 Pf. pro Woche bewilligt. Die von der Firma angelegte Klage auf Verurteilung wegen Kontraktbruchs sowie die Klage der Streikenden gegen die Firma auf Auszahlung des rückständigen Lohnes wurde zurückgezogen. Die Ausständigen nehmen die Arbeit wieder auf; die von der Firma dadurch ausgesprochenen Kündigungen der Lithographen und Steinbrucker wurden zurückgezogen, und ist dadurch der Friede wiederhergestellt.

Die Fensterputzer der Firma Rodewald sind, wie wir gestern bereits gemeldet haben, ausgesperrt. Die Ursache der Aussperrung ist folgende: Rodewald ist einer der Unternehmer, der seine Arbeiter völlig unzureichend entlohnt. Der Höchstlohn betrug 23 M. Die Fensterputzer, die sämtlich im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisiert sind, hatten durch ihre Organisation der Firma Rodewald Forderungen in Bezug auf Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unterbreitet, die in der Hauptsache einen Lohn von 24 M. pro Woche garantieren sollten. Herr Rodewald, oder besser gesagt, der Gehilfen Emil Veltter, reuete Königstraße 60, hielt eine Antwort auf das durchaus höflich gehaltene Schreiben nicht für erforderlich, sondern er sperrte seine Arbeiter kurzerhand aus. Die Situation ist durchaus günstig. Es war möglich, die Arbeitswilligen gestern sämtlich aus dem Betriebe zu entfernen dank der Einigkeit der Aussperrten. Am Freitag abend 6 Uhr findet in Feuerwerksbesitz, Alte Jakobstr. 75, eine öffentliche Versammlung der Fensterputzer Berlins statt, die sich mit der Aussperrung bei der Firma Rodewald beschäftigt. Zu übrigen bitten wir um Fernhaltung des Zugangs. Hoch die Solidarität!

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin.

Der Mühlenarbeiterstreik in der Salomon-Mühle.

Eine Versammlung der Zahlstelle Berlin des Mühlenarbeiter-Verbandes beschäftigte sich dieser Tage eingehend mit dem Streik. Verärgert wurde, daß sich eine Kündigung nicht vollzogen hat. Die Firma setzt alles daran, um die Abteilung der Roggenmühle in Betrieb zu erhalten. Sie behauptet auch, daß der Betrieb regelmäßig im Gange sei. Das ist nicht der Fall. 5-6 Stunden ununterbrochene Schanzerei ist gang und gäbe. Obgleich die Posten reichlich besetzt sein sollen, gelingt es nicht, auch nur den fünften Teil an Mehl fertig zu stellen. Vom welchem Schläge die Arbeitswilligen sind, zeigt die Schlägerei, die sich am Donnerstag unter den Arbeitswilligen abgespielt haben soll. Der Firma scheint es bei 80 Pf. Stundenlohn doch zu kostspielig geworden zu sein. Den Arbeitswilligen wurde am Sonnabend bekannt gegeben, daß in Zukunft nur 42 Pf. bezahlt würden. Ein Teil der Arbeitswilligen hat es vorgezogen, den Betrieb zu verlassen und ist abgereist. Die Streikenden versicherten, einmütig auszuhalten im Kampfe: verlieren können sie nichts, nur gewinnen. Geschlossen wurde, die Streikunterstützung um den Betrag des Krankengeldes zu erhöhen, sowie einen Mietszuschuß von 15 Mark zu leisten. Die Kommission richtete am 16. d. Mts. folgendes Schreiben an die Firma:

„Wir wiederholen unser Anerbieten zu Verhandlungen. Vielleicht lassen sich die ausgebrochenen Differenzen beilegen.“

Mit aller Hochachtung Die Kommission.“

Am 17. d. Mts. erhielt die Kommission folgende Antwort:

„Wir haben Ihre w. Schreiben unserem Arbeitgeberverband unterbreitet und erhalten Sie morgen Bescheid.“

Hochachtung usw.“

Die Antwort vom Unternehmerverband ist bis heute ausgeblieben. Dafür hat aber die Kommission folgendes Schreiben der Firma erhalten:

Berlin, den 18. Juni.

Herrn Sauer.

Wir bestätigen unser gestriges Schreiben und bedauern Ihnen mitteilen zu müssen, daß wir nicht in der Lage sind, jetzt noch auf Verhandlungen einzugehen, da es dazu zu spät ist. Unsere früheren Arbeiter haben uns durch ihre Arbeitsniederlegung gezwungen, andere Arbeiter einzustellen, die wir nicht entlassen können.

Wir sind jedoch nicht abgeneigt, sobald sich Balancen bilden, Ihren guten Willen vorausgesetzt, Punkte aus Ihren Reihen einzustellen, vielleicht einige wenige schon bald. Bedingung wäre allerdings, daß Sie sich von jetzt ab jeder feindseligen Handlung gegen die Firma, deren Angestellte und Arbeitspersonal enthalten.

Hochachtung usw.“

Auf dieses Angebot der Firma kann und wird die Arbeiterschaft natürlich unter keinen Umständen eingehen. Sie haben keine Veranlassung, der Firma einige Kollegen als Klausurier zur Verfügung zu stellen. Ein solches Ansuchen mußten die Streikenden einmütig ablehnen.

Deutsches Reich.

Achtung, Töpfer! Der Streik im Innungsgebiet Alt-Landsberg geht ununterbrochen weiter. Folgende Firmen haben nachträglich noch bewilligt: Jebod, Mispel und Böhm in Wiesdorf, Kupfer-Mahlsdorf und Leuzner-Madebrück. Kein Kollege darf, ohne sich vorher im Berliner Filialbureau (Engelstr. 15, Zimmer 50, Telefon Amt IV 9807) Auskunft geholt zu haben, im Innungsgebiet Alt-Landsberg in Arbeit treten.

Die Verbandsleitung.

Die Holzarbeiter in Schlawe (Pommern) haben die Arbeit niedergelegt. Befordert wird an Stelle der bisherigen elfständigen Arbeitszeit die zehntägige und eine entsprechende Lohnerhöhung. Da die Meister kein annehmbares Entgegenkommen zeigten, auch die Verhandlungen mit dem Vertreter des Holzarbeiterverbandes ablehnten, so erfolgte die Arbeitsniederlegung. Um Fernhaltung des Zugangs wird ersucht.

Lohnbewegung der Hafnarbeiter.

Bremen, 22. Juni 1910. (Eigener Bericht.) Die Hafnarbeiter stehen zur Zeit mit den Arbeitgebern in Verhandlung über Abschluß eines Tarifs bis zum 1. Juli 1911. Die Arbeitnehmerkommission hatte anfänglich eine Verlängerung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde und eine Lohnerrhöhung dahingehend beantragt, daß für alle Arbeiter ein Einheitslohn von 5 M. gezahlt wird. Um einen Tarifabschluss auf friedlichem Wege zu erreichen, haben die Arbeiter die Forderung der Arbeitszeitverlängerung fallen lassen und außerdem eine stufenweise Lohnerrhöhung vorgeschlagen. Trotz dieses Bemühens seitens der Arbeiter, die Sache friedlich zu erledigen, scheinen die Hafnengewaltigen einen Streik provozieren zu wollen, denn wie bürgerliche Blätter melden, wird der Dampfer „Darmstadt“, zurzeit in Bremerhaven, als Quartier für die Arbeiter, um dann den sich hier einfindenden Streikbrechern später als Wohnung zu dienen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Die angeordnete Aussperrung in der Frankfurt-Offenbacher Schuhindustrie wurde im letzten Moment verhütet. Der Konflikt war dadurch entstanden, daß die Firma Heroung in Offenbach einem Vertrauensmann während seiner zehntägigen Krankheit kündigte. Als Vorwand nahm die Firma, daß der Vertrauensmann sich in einer Wirtshaus in der Nähe aufgehalten und es nicht für nötig befunden habe, bei der Firma vorstellig zu werden. Die in der Fabrik beschäftigten Arbeiter erklärten sich mit dem Gemachten solidarisch und traten nach Ablauf der Kündigungsfrist in den Streik, worauf familiäre Verbandsarbeiten ihren Personalien kündigten. Dieser Vorwand war von den Fabrikanten geradezu an den Haaren herbeigezogen worden. Auf die Wiedereinstellung des einen Kollegen wurde verzichtet, und so die eigentliche Ursache des Differenzes beseitigt. Die bei der Firma Heroung in den Streik getretenen, mit Ausnahme des einen, nahmen die Arbeit wieder auf, und zwar zu denselben Bedingungen wie vorher. Die übrigen Fabrikanten zogen ihre Kündigung zurück.

Der Streik der Lithographen und Steinbrucker bei der Chromolithographischen Kunstanstalt von Hermann Schött, A.-G. in Rhendi, ist beilegt worden. Es wurden Lohnzulagen bewilligt, Strafen wurden nicht mehr verhängt, Hilfsarbeiter, die mehr als vier Jahre an der Steinbruckerhandpresse stehen, werden als Drauder betrachtet und dementsprechend entlohnt usw. Sämtliche Ausständigen haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Christliche „Ehrlichkeit“.

Wie oft sind nicht die christlichen Gewerkschaften schon in der Öffentlichkeit gebrandmarkt worden, wenn sie die Wahrheitsliebe in einer Weise betätigen, die schlecht zu ihrem christlichen Glauben paßt. Gestern da jüngst am 12. Juni ein Wackerbündend christlich organisierter Tapezierer in Düsseldorf eine Konferenz ab. Um nach außen hin recht anzutreten, hatten sie allein aus Köln 6 Delegierte geschickt, drei stellten Düsseldorf, je zwei Duisburg und Essen, je einen Wiersen, Reuß und Eibersfeld.

Die Zahl der im christlichen Holzarbeiterverband organisierten Tapezierer anzugeben hüteten sie sich, jedenfalls sieht es da recht mau aus. Dafür nahmen sie den Mund um so voller und prahlten damit, daß im Tapezierergewerbe 51 Tarifverträge, im Sattlergewerbe 29 im Jahre 1908 abgeschlossen werden konnten. Auch im letzten Frühjahr wären die Bewegungen erfolgreich gewesen. Es wird zwar nicht gesagt, daß der christliche Verband diese Tarife abgeschlossen hat, aber es wird auch geflüstert, daß die Deutschen Tapezierer-Verband war, der diese Erfolge zu erringen wußte. Der Zweck dieser unrichtigen Darstellung ist klar: man will die Öffentlichkeit täuschen und dem christlichen Holzarbeiterverband diese Erfolge zuschreiben.

Zu dem paßt ferner die Behauptung vorzüglich, daß der christliche Holzarbeiterverband auch nach der materiellen Seite hin leistungsfähiger sei als der sozialdemokratische Tapeziererverband.

Um diese Leistung im Ausschneiden zu krönen, wird noch der interkonfessionelle und parteipolitisch neutrale Charakter des christlichen Verbandes betont. Solche Unverfrorenheit steht einzig da.

Diese christlichen Illusionäre können nicht kopieren, daß sie durch ihre Verdrehungen und Phrasereien bei denkenden Arbeitern keinen Eindruck machen können.

Der Streik in der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik Otto Schmidt in Rathenow ist beendet. Das einmütige geschlossene Vorgehen der Arbeiter hatte seine Wirkung nicht verfehlt. Bereits am dritten Streiktag kam es zu Verhandlungen und folgendem Abschluß: Die Erhöhung des Stundenlohnes beträgt für diejenigen Arbeiter, die bereits in der Zeit vom 1. April d. J. bis jetzt eine Lohnzulage erhalten haben, einen Pfennig für alle übrigen Arbeiter zwei Pfennig. Am Sonnabend tritt der Arbeitsstillstand eine Stunde früher ein bei voller Lohnzahlung. Der Vertrag gilt bis zum 31. Mai 1912.

Ausland.

Achtung, bei Arbeitsangeboten nach Italien!

Die Landeszentrale der italienischen Gewerkschaften berichtet, daß die Spiegelpolierer in Brescia (Italien) im Streik stehen. Da die Unternehmer besonders in Wien, Prag, Paris und Berlin Streikbrecher suchen, so bittet sie, solche Arbeitsangebote abzulehnen.

Die Vereinigung amerikanischer Steinbrucker „National Association of Employing Lithographers“ beschloß auf einem kürzlich in New-York stattgefundenen Kongreß die Einführung eines achtstündigen Arbeitstages, auch für Steinbrucker. Vor zwei Jahren war noch eine große Majorität gegen einen dahingehenden Antrag vorhanden, jetzt kam ein einstimmiger Beschluß zustande, da man ein sah, daß man den Arbeitern etwas bieten müsse, wenn man nicht zu viel loitergehenden Zugeständnissen gezwungen werden wolle. Auch eine Krankenliste und eine Unfallversicherung soll eingerichtet werden. In den Anstalten der oben genannten Vereinigung organisierter Unternehmer sollen 20 000 bis 30 000 Gehilfen und Hilfsarbeiter beschäftigt sein.

Aus der Frauenbewegung.

Feinde des Frauenwahlrechts.

Ueber die Stellungnahme des Brandenburgischen Städtetages zum Frauenwahlrecht sprach kürzlich Herr Rechtsanwalt Gottschalk in einer von der Ortsgruppe Berlin für Frauenstimmrecht einberufenen Versammlung. Nach den Erfahrungen, die der Referent auf dem Städtetage gemacht hat, scheint er mit der Einschätzung dieser stöckerischen Körperschaft mit Hausnechtsmanieren auf dem Kulpunkt angelangt zu sein. Wüßte er sich doch sogar darüber beklagen, daß für die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nicht einmal die „liberalen“ Vertreter Charlottenburgs zu haben waren und der Stadtverordnetenvorsteher Kaufmann sei sogar Gegner der Forderung, das Hausbesitzerprivileg aufzugeben. Was will man da von den Unteroffizieren der Junker, den Bürgermeistern und Stadtverordneten vorsetzern der ländlichen Städte verlangen? Die Forderung der Übertragung des Reichswahlrechts auf die Kommunen würdigen die Stadthäupter als freche Annäherung der Verfolgten, für die Forderung des Frauenwahlrechts hatten sie nur Spott und — faule Witze. Der Referent gab der Ansicht Ausdruck, daß — trotz der groben, lärmenden Demonstration der Junker-Bürgermeister — die Entwicklung den Frauen zunächst das kommunale, dann erst das Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften bringen werde. Es sei daher taktisch klug, alle Kräfte auf die Agitation für die Erringung des kommunalen Wahlrechts zu konzentrieren. — Jedenfalls erkennen die Frauen aus den Vorgängen, auf welche Hilfe sie für die Wahlrechtsforderung aus dem bürgerlichen Lager zu rechnen haben. Außer den paar weichen Raben ist der Liberalismus in dieser Beziehung stramm reaktionär.

Ein Unternehmer für die Fortbildung seiner Arbeiterinnen.

In Wien gibt es einen Fabrikanten, der auf eine wohl seltene Art das Bildungsniveau der Arbeiterinnen zu heben versucht. Es ist eine Firma der Blumen- und Federbranche, bei der die vornehmen Kundinnen in Equipagen und Autos vorfahren, um ihre Einkäufe zu beden. Der Unternehmer ist der Ansicht, daß auch der Fabrikant gewinnt, wenn seine Arbeiterinnen intelligent ist. So unterhält dieser Unternehmer, Heiner sein Name, eine Fortbildungsschule für seine zahlreichen Arbeiterinnen. Der Lehrkörper dieser Schule besteht aus den freistimmigsten Lehrpersonen Wiens. Unter anderem wirkt auch die Frau des sozialdemokratischen Abgeordneten Göckl als Lehrerin. Der Unterricht wird während der Arbeitszeit erteilt, so daß die Mädchen nichts von ihrer freien Zeit einzubüßen haben. Der Unterricht dauert für jede Arbeiterin zwei Jahre. Die Lehrkräfte werden natürlich vom Unternehmer honoriert, sowie er auch die Unterrichtsmaterialien zur Verfügung stellt. Da sich Herr Heiner bei der Errichtung und Ausgestaltung seiner Schule von dem Verein „Freie Schule“, dessen Zentralauschussmitglied er ist, beraten läßt, so ist alles nach wirklich freibürgerlichen Grundsätzen eingerichtet. Die Lehrmittelsammlung, sowie die gut gewählte Bibliothek, die den Arbeiterinnen kostenlos zur Verfügung steht, erfreut sich allgemeiner Anerkennung. Jedes Jahr wird eine Schulfeier der Schule veranstaltet, die einen reinen, besonders schönen Charakter trägt.

In den Reden, die gehalten werden, vom Lehrkörper und vom Vorstand der „Freien Schule“ wird der Hauptwert auf die Bildung des Charakters, auf die Entwicklung zu tüchtigen aufrechten Menschen gelegt. So sehr wir den guten Zweck anerkennen, der hier verfolgt wird, so wissen wir aber nur zu wohl, daß dieser Fall als eine Einzelercheinung für die Gesamtheit der Arbeiterklasse nichts bedeutet.

Dieses System hat auch in der ganzen Unternehmerrchaft noch keine Nachahmung gefunden. Auch hier bestätigt die Ausnahme die Regel: daß die Arbeiterinnen aus eigener Kraft nach Bildung und Wissen streben müssen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Jugendliche Verbrecher.

Hamburg, 22. Juni. (W. T. B.) Das Schwurgericht hat heute den 20jährigen Gastwirtsgehilfen Magnus und den 21jährigen Arbeiter Burghard, die am 3. April d. J. den 77jährigen Wirtmacher Lessau gemeinschaftlich getötet und beraubt haben, zu je 14 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Wiederaufnahme der Arbeit.

Strasbourg i. E., 22. Juni. (W. T. B.) Eine heute abend abgehaltene von über 1000 Bauarbeitern besuchte Versammlung faßte den endgültig bindenden Beschluß, daß von morgen ab auf allen Plätzen die Arbeit wieder aufgenommen werden soll.

Lohnbewegung im Holzgewerbe.

Wrag, 22. Juni. (W. T. B.) Hier sind sämtliche Tischlergehilfen wegen Lohnhöhen in den Ausstand getreten.

Die 10. Generalversammlung des Verbandes deutscher Textilarbeiter.

Dritter Verhandlungstag.

Vom Verbandsvorstand, Ausschuss und den Gauleitern wird folgende Resolution, von Krätzig am Dienstag eingehend begründet, zur Annahme empfohlen:

In der Erkenntnis, daß die gewerkschaftlichen Kämpfe zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Textilarbeiter Deutschlands nur dann Aussicht auf Erfolg bieten, wenn sie zu Beginn der guten Konjunkturperioden geführt werden, beschließt die Generalversammlung:

Es ist im Vorstände eine Beobachtungsstelle zu schaffen, welche die Vorgänge auf dem Wirtschaftsmarkt unausgesetzt zu beobachten und den Kollegen im Lande über die Ergebnisse ihrer Arbeit ständig zu berichten hat, damit sie bei Lohnbewegungen ihre Taktik den jeweiligen Konjunkturverhältnissen gut anzupassen vermögen.

Bei der großen Wichtigkeit der Sache ist es notwendig, ein besoldetes Vorstandsmitglied mit der Lösung dieser Aufgabe zu betrauen.

Des ferneren erklärt die Generalversammlung: Bei der wachsenden Bedeutung des Tarifwesens für die Gewerkschaften und also auch für den Textilarbeiterverband, ist dieser Zweig der Gewerkschaftstätigkeit mehr als bisher zu pflegen und deshalb ein Mitarbeiter einzustellen, der dem Vorstände mit beratender Stimme anzugliedern ist.

Als Leiter der einzurichtenden Informationsstelle wird der Generalversammlung der bisherige Leiter im Tarifamt, Jäckel, empfohlen, an dessen Stelle Reichelt treten soll. Als Mitarbeiter im Tarifamt wird Kreuzer von der Kommission vorgeschlagen.

Zur Diskussion meldet sich nur Vetterlein-Gera, der beantragt, daß der Inhaber der neuen Informationsstelle zugleich Vorstandsmitglied werden soll. Die Versammlung ist damit einverstanden und nimmt die vorgeschlagene Resolution an.

Der Verbandstag tritt dann in eine Beratung über zahlreich eingelaufene Anträge betreffend

Unterstützungsvereinigungen

der Organisation.

Eine Vorlage des Zentralvorstandes zu den Unterstützungen wird von Grillwig-Berlin begründet, der ausführt, daß die Verbandsleitung die Reformbedürftigkeit der bisherigen Einrichtungen erkannt und sich bemüht habe, in dieser Vorlage den berechtigten Ansprüchen der Mitglieder entgegenzukommen, wobei besonders auf die länger organisierten mehr Rücksicht genommen worden sei. Weiter aber, wie hier festgelegt, könne man nicht gehen, wenn für die Kampfmittel des Verbandes das Pulver trocken gehalten werden sollte. Der Redner bekämpft die vorkommenden Anträge und empfiehlt die Vorlage des Zentralvorstandes anzunehmen.

In der Diskussion wird die Wichtigkeit einer Erhöhung der Unterstützungen für Kampfmittel vielfach hervorgehoben. Es sollte darauf eingewirkt werden, daß die Mitglieder des Verbandes zu höheren Beitragsleistungen herangezogen oder doch betwogen werden, die Beiträge der höheren Beitragsklassen zu leisten. Einige Redner warnen davor, daß die Unterstützungen für die weiblichen Mitglieder herabgesetzt würden. Es sollte mehr Wert auf eine Arbeitslosenunterstützung als auf die Krankenunterstützung gelegt werden, die allein in den letzten zwei Jahren über 700 000 M. gekostet hat.

Die Diskussion wird zur Mittagszeit abgebrochen, da für den Nachmittag ein Ausflug der Delegierten geplant ist.

Bozgerd, der Vertreter der holländischen Organisation verabschiedet sich vom Verbandstage, da er noch Entschädigung gefordert wird, wo die Fabrikanten eine große Ausperrung inszeniert haben. Bozgerd dankt für die empfangenen Anregungen und betont den Wert der internationalen Verbrüderung der Arbeiter.

Ueber die steigende Mitgliederzahl in den 12 Gauen des Verbandes ging der Generalversammlung eine Aufstellung zu. Das Gesamtergebnis im ersten Quartal d. J. zeigt sich in den folgenden Zahlen:

Table with 4 columns: Am 1. Januar 1910, Am 1. April 1910, Also mehr, and sub-columns for männl., weibl., and ges. Mitglieder.

2. Internationale Buchbinder-Konferenz.

Erfurt, 20. Juni 1910.

Am Montag trat in Erfurt, anschließend an die Generalversammlung der Buchbinder, die Internationale Buchbinderkonferenz zusammen.

Beschäftigt ist die Tagung von Rajosfalvi als Vertreter der Bruderorganisation in Ungarn, Grünwald für Oester-

Kleines Feuilleton.

Die Ergebnisse der Kometenbeobachtung. Auf seinem rasenden Lauf durch den Weltraum ist der Halleysche Komet nun den Augen entwichen, und in kurzer Zeit wird er auch mit den mächtigen Riesenteleskopen nicht mehr zu erreichen sein. Weit über den Erdbreis hin haben alle Forscher mit den besten Hilfsmitteln moderner Wissenschaft den flüchtigen Himmelswanderer beobachtet: nun ist es an der Zeit, die wissenschaftlichen Beobachtungsergebnisse zusammenzufassen. Für Mitteleuropa ist der „Halley“ wohl eine Enttäuschung gewesen; doch in anderen Erdteilen, in Indien, in Südamerika und in Teilen Amerikas hat er seinen Lauf gerechtfertigt; als eine einzigartige, produktive Beobachtung ist er vorübergezogen. Der Leiter des Robitalanal-Observatoriums in Südbindien, der Astronom Coersbed, berichtet, daß der Komet am Morgenhimmel im Mai „wie ein gewaltiger Scheinwerfer“ zu sehen war, die Berichte der Forscher aus Ägypten, aus Transvaal und aus Amerika sprechen von einem großartigen Schauspiel, ja in Amerika konnte man den Schweif bisweilen in so gewaltiger Ausdehnung beobachten, daß er drei Viertel des Himmelsraumes in Anspruch nahm. Aber das außerordentliche der Erscheinung war nicht das Endziel der wissenschaftlichen Beobachtungen, die ein astronomischer Mitarbeiter eines Londoner Blattes zusammenfaßt. Die Zusammenfassung des Kometen und seine Dichtigkeit ist nun festgesetzt. Man nahm bisher an, daß der Kern des Kometen aus meteoritischen Körpern besteht, die durch eine lockere Anziehungskraft beisammen gehalten würden. Das legt eine gewisse Dichtigkeit voraus; aber als der Komet an der Sonne vorüberging, wurden auf den australischen Sternwarten, die unter sehr günstigen Umständen beobachteten, keinerlei Merkmale wahrgenommen, die das bestätigen. Zweifellos also ist der Halley von viel geringerer Dichtigkeit, als man bisher annahm. Zugleich sind neue Feststellungen über die physikalische Zusammensetzung des Schweifes gelungen. Man nahm bisher an, daß der Schweif aus elektrischen Strahlen bestehe, und um diese Hypothese zu prüfen, errichtete Prof. Virelland in der Polarzone seine Beobachtungsstation. Wenn der Schweif elektrischer Natur wäre, so hätten mit der Annäherung an die Erde elektrische und magnetische Störungen wahrgenommen werden müssen. Prof. Virelland und auch die spanische Ebro-Sternwarte konnten elektrische Störungen feststellen. Aber diese Veränderungen waren so unbedeutend, daß sie auch ohne den Einfluß des Halleyschen Kometen entstanden sein können. Die von der Universität Manchester am 18. und 19. Mai aufgelassenen Regalierballons, die Höhen von 9 1/2 und 12 1/2 englische Meilen erreichten, verzeichneten keine bemerkenswerten Dichtungen in der Atmosphäre, während dies bei elektrischen Ein-

wirkungen des Kometenschweifs eingetreten wäre. Es kann also als feststehend gelten, daß der Schweif nicht elektrischer Natur ist. Die Spektralanalyse hat ergeben, daß der Schweif aus Kohlenoxyd besteht. Der gleiche Stoff bildet den Kern, doch tritt hier eine leichte Vermischung von Stickstoff hinzu. Merkwürdig bleibt die Tatsache, daß der Kometenschweif am Morgen noch im Osten beobachtet wurde, während der Komet am Abend bereits am Westhimmel stand. Man hat die Theorie aufgestellt, daß die Kurve des Schweifes so gewaltig sei, daß er sowohl am Morgen wie am Abendhimmel sichtbar werden konnte; größere Wahrscheinlichkeit hat aber eine andere Annahme, nach der der Schweif eine Spaltung erlitten hat.

Geschäftsbericht des Sekretärs

erstattet Klotz. Einladungen habe ich an alle Verbände ergehen lassen, auch an die, welche der Föderation nicht angeschlossen sind. Mehrere haben auch zugesagt, es ist aber doch niemand erschienen von diesen. In der Geschäftsperiode von der Nürnberger Konferenz an sind die Organisationen von Frankreich, Kroatien und Sofia (Bulgarien) beigetreten. Es besteht auch die Hoffnung, daß sich England bald anschließen wird. Es muß dort allerdings erst zu einem Zusammenschluß zwischen dem englischen Buchbinder- und Linierverband und der Londoner Lokalorganisation kommen, der bis jetzt gescheitert ist, aber doch bald zustande kommen wird. Gerade im Interesse unserer Verbandsgenossen ist es von Bedeutung, daß wir in ein festes Verhältnis zu der englischen Organisation kommen. Dem englischen Verband kann man nämlich nur beitreten, wenn man in Arbeit steht, man kann aber kaum Arbeit erhalten, solange man nicht organisiert ist. Dieser Zustand muß beseitigt werden. Mit dem amerikanischen Verband habe ich durch die Vermittlung von Compers eine nähere Verbindung zu erreichen gesucht, es ist mir aber nicht gelungen. Nun wird Legien eine dreimonatige Tour nach Amerika machen und dort über die deutsche Sozialdemokratie sprechen. Ich werde versuchen, durch ihn etwas zu erreichen. Italien und Finnland wünschen den Anschluß. Sie haben sich aber noch nicht erklärt, welche Unterstützungen sie fremden Kollegen zahlen würden.

Der Mitgliederbestand der angeschlossenen Verbände stieg 1909 gegen das Jahr 1908 von 19 610 männlichen und 15 558 weiblichen, insgesamt 34 168 Mitgliedern, auf 22 129 männliche, 15 741 weibliche, insgesamt 37 870 Mitglieder, was ein Mehr von 2519 männlichen und 1185 weiblichen = 3704 Mitgliedern bedeutet. In dieses Mehr ist aber der neu hinzugewonnene französische Verband mit 1787 männlichen und 228 weiblichen = 2015 Mitgliedern eingeschlossen, so daß ein Reingewinn der alten Verbände in 1909 von 1588 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Eine Mitgliederzunahme verzeichneten der deutsche mit 1507, der österreichische mit 325 und der schwedische Verband mit 146 Mitgliedern, während als Verlust der belgische 14, der dänische 26, der norwegische 23, der schwedische 208 und der ungarische 197 Mitglieder zu buchen hatten.

Die gesamten Einnahmen der angeschlossenen Verbände fielen von 690 222 M. in 1908 auf 900 612 M. in 1909, während die Ausgaben sich von 790 019 M. auf 687 083 M. minderten. In die Zahlen für 1909 ist Einnahme und Ausgabe des französischen Verbandes mit inbegriffen. Die höheren Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1908 sind auf die 18wöchige Aussperrung unserer schwedischen Kollegen zurückzuführen, wobei zu den Kosten von 182 257,55 M. andere Gewerkschaftsorganisationen 119 865,91 M. beisteuerten.

Der Kassenbestand in den Hauptkassen der Verbände stieg von 373 128 M. am 31. Dezember 1908 auf 505 217 M. am 31. Dezember 1909, und im gleichen Zeitraum in den Lokalkassen von 202 684 Mark auf 211 003 M.

Die Mitgliederzahl der nichtangeschlossenen Verbände beträgt jetzt zusammen etwa 14 851.

Für das Sekretariat sind von 1907 bis 1909 1065,55 M. ausgegeben worden.

Durch Vermittlung des internationalen Sekretariats konnten die ausgesperrten schwedischen Kollegen im Jahre 1908 mit etwa 18 000 M. unterstützt werden. Auch bei dem schwedischen Generalsekretär haben die angeschlossenen Verbände erhebliche Summen beigesteuert.

Wenn wir den einzelnen Verbänden bei Streiks Unterstützung leisten sollen, so liegt uns auch die Pflicht ob, dafür zu sorgen, daß die Art der Organisation die richtige ist. Das Sekretariat hat versucht, darauf hinzuwirken, daß die deutsche Zentralorganisation, die auch in der Schweiz und in Oesterreich und bis zu einem gewissen Grade auch in den nordischen Ländern herrscht, als Typ betrachtet wird. In den nordischen Ländern hat die Landeszentrale noch eine größere Bedeutung. Sie kann die einzelnen Organisationen zu Beiträgen für Gewerkschaften, die in Kämpfen stehen, heranziehen. Wir sind dafür, daß jede Organisation auch umfassende Kämpfe selbst führen kann. In Belgien und Frankreich ruft das Schwergewicht der Organisation noch immer in den lokalen Vereinen. Die Zentralen haben nur geringe Bedeutung.

In der nun folgenden Debatte wird die Tätigkeit des Sekretariats allgemein als zufriedenstellend anerkannt, bebauert wird nur, daß die fremden Verbandstage nicht vom Sekretär besucht worden sind. Zeitmangel und verschiedene andere Umstände haben das verhindert.

wirkungen des Kometenschweifs eingetreten wäre. Es kann also als feststehend gelten, daß der Schweif nicht elektrischer Natur ist. Die Spektralanalyse hat ergeben, daß der Schweif aus Kohlenoxyd besteht. Der gleiche Stoff bildet den Kern, doch tritt hier eine leichte Vermischung von Stickstoff hinzu. Merkwürdig bleibt die Tatsache, daß der Kometenschweif am Morgen noch im Osten beobachtet wurde, während der Komet am Abend bereits am Westhimmel stand. Man hat die Theorie aufgestellt, daß die Kurve des Schweifes so gewaltig sei, daß er sowohl am Morgen wie am Abendhimmel sichtbar werden konnte; größere Wahrscheinlichkeit hat aber eine andere Annahme, nach der der Schweif eine Spaltung erlitten hat.

Das stille Zimmer zu Utrecht. Den Anhängern der Antikambewegung ist Heil widerfahren; endlich ist es gelungen, ein völlig geräuschloses Zimmer herzustellen. Versuche dazu hat es schon gerade genug gegeben; sie alle mißlungen, darunter auch der, den Wilhelm Wundt im psychologischen Laboratorium zu Leipzig angestellt hatte: eine Füllung der Wände mit Wausdutt sollte jedes Geräusch abhalten. Nunmehr hat in einer der letzten Sitzungen der Antikambewegung der Wissenschaftler Professor Dr. Zwaardemaker von der Universität zu Utrecht über seine erfolgreiche Konstruktion eines völlig geräuschlosen Zimmers berichtet. In der absoluten Geräuschlosigkeit gebürt nicht nur die Tatsache, daß keinerlei Schall von außen eindringen kann, sondern auch die andere, daß kein Schall im Innern zurückgeworfen wird. Das geräuschlose Zimmer ist eine Art „Doppeldose“. Seine Wände bestehen aus sechs Schichten, zwischen deren zweiter und vierter ein drei Zentimeter luftleerer Raum liegt. Mit Holz, Korkstein und Sand sind die anderen Schichten ausgefüllt. Die Innenwände, die aus porösen Steinen bestehen, sind mit gekochtem Pferdehaar, der sogenannten Trichoptilide bekleidet, einem Material, das schon auf der Römischen Naturforscherversammlung von 1902 durch Professor R. G. Wiltz (Gen) als akustisch undurchlässig empfohlen worden war und das in Belgien längst zur Bekleidung von Telefonzellen verwendet wird. Im Dach des Zimmers befinden sich Schichten aus Blei, Holz, Asphaltpapier, Seegras und Kork. Der Boden, der aus Warmor besteht, ist isoliert und von einem dicht gewebten Smyrnareppich bedeckt. Die Seitenwände sind von akustisch isolierten Bleistangen durchbohrt. Hinreichende Proben haben ergeben, daß der Raum absolut resonanzlos ist. Er wird zu klinischen Untersuchungen benutzt werden.

Humor und Satire.

Dienstbotenwechsel.

Küchertisch, wenn die Kräfte schwellen und manche faul zur Erde schlägt,

Pladet wies darauf hin, daß der belgische Verband im Besonderen ein deutsches Muster einer Reorganisation vorzunehmen. Er sei sehr schwach, werde aber spätestens in einem Jahre durchgeführt sein.

Zu einer entschiedenen Aussprache kommt es dann gegen die tschechische Buchbinderorganisation. Der Sekretär wird beauftragt, zu versuchen, ob eine Einigung mit dem österreichischen Verbande herzustellen ist.

Darauf wird die Sitzung verlagert.

Achter Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

München, 21. Juni.

Die Diskussion über den Vorstands- und Kassenbericht füllte fast den ganzen zweiten Verhandlungstag aus. Die Debatte bewegte sich abschnittsweise und immer nur über bestimmte Fragen. Einen breiten Raum nahmen dabei die Streikstreitigkeiten mit anderen Verbänden, besonders der Metall- und Fabrikarbeiter, ein. Einzelne Redner verlangten dabei vom Vorstand, daß er in diesem Punkte die Rechte der Holzarbeiter mehr als bisher wahren solle.

Poppe-Berlin gibt den Kollegen den Rat, besser auf dem Posten zu sein; es sei falsch, die ungelernen Arbeiter dem Fabrikarbeiter-Verband zu überlassen. Der Holzarbeiter, ob gelernt oder ungelern, gehöre in den Holzarbeiterverband.

Robert Schmidt-Berlin bebauert, daß diese Streitigkeiten auf dem Verbandstag erörtert werden, bevor sie die zuständigen Instanzen erledigt haben. Wir müssen nicht nur unsere engen Berufsinteressen, sondern die Interessen der ganzen Gewerkschaftsbewegung im Auge haben.

Demgegenüber meinte Seipart, man müsse den Delegierten schon Gelegenheit lassen, ihrem Dergen Luft zu machen. Man dürfe die Organisationen als Ganzes nicht verantwortlich machen, was von einzelnen Funktionären getan wurde. Der Vorstand sei bestrebt, mit anderen Verbänden lokal und friedlich zusammenzuarbeiten.

Ueber die

Kaisfeier

schle ebenfalls eine lebhafte Debatte ein. Betanlagt wurde die Diskussion durch einen von Leopold-Berlin gestellten und von ihm begründeten Antrag, daß durch die Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission die Unterstützung der Kaisereausgesperrten nicht geändert wird, sondern wie bisher nach dem Beschluß des Kölner Verbandstages erfolgt. (Demnach wird Unterstützung vom Verbande gewährt bei Maßregelungen, wenn ein gewisser Prozentsatz der Beschäftigten sich für die Arbeitsruhe erklärte.) Eine Reihe von Rednern treten dem Leopoldischen Antrag entgegen. Nach den Vereinbarungen dürften Unterstützungen aus der Zentralkasse nicht mehr gewährt werden, deshalb könnten auch keine entgegen-gesetzten Beschlüsse gefaßt werden. — Büschmann-Bogetad meinte, die Vereinbarungen zwischen Partei und Generalkommission bedeuten eine Abwägung der Kaisfeier. In kleinen Orten sei es unmöglich, einen eigenen Fonds zu schaffen. An der Kaisfeier sollte auch in Zukunft festgehalten und die Konsequenzen getragen werden. Redner ersucht um Annahme des Antrags Berlin. Glocke-Berlin ist der Ansicht, daß der Antrag Berlin keinen Gegenstand zu den Abmachungen schaffe. Die Unterstützung durch die Zentralkasse sei auch durch die Vereinbarungen nicht ausgeschlossen.

Das Vorstandsmitglied Becker-Berlin beleuchtete sie von der prinzipiellen Seite. Es müsse einmal gesagt werden, daß die Kollegen im Lande von der Kaisfeier nichts mehr wissen wollen. Es könnten Fälle angeführt werden, wo die Freigabe des 1. Mai tariflich festgelegt ist, die Kollegen doch arbeiten. Dieses Jahr fiel der 1. Mai auf einen Sonntag, und selbst da wurde festgestellt, daß Kollegen sogar an diesem Sonntag in die Fabrik gingen. Aus der Kaisfeier sei nicht mehr das zu machen, was einzelne glauben. Wir müssen unseren Delegierten zum internationalen Kongress mit auf den Weg geben, wie sie sich zur Kaiserefrage zu verhalten haben. Am besten wäre es, wenn die Kaisfeier auf den ersten Sonntag im Mai verlegt würde. Was die Unterstützungsfrage anbelangt, so könne man nicht anders, als die Vereinbarungen zwischen Partei und Generalkommission anzuerkennen und danach zu handeln. — Geiger-München glaubt, daß die Mittel, die für Kaisere-Maßregelungen ausgegeben werden, viel nützlicher angewandt werden können. Es erwecke den Anschein, daß man in Parteitreffen bemüht sei, möglichst um die Kaiserefrage herumzukommen und sie den Gewerkschaften aufzuhalsen. Es sei am besten, die Kaisfeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen.

da werden an gewissen Stellen gereifte Diener abgefaßt.

Wird doch beim Reifen, Unterschreiben, kurz beim Regierungsdemerkel all denen, die dergleichen treiben, gewöhnlich mandmal zweierlei.

Umringt stets von denselben Schafen, dieselben Kieferklappen sehn, die nach demselben Rinde schwagen, — das kann kein Fürst nicht übersehen.

Und tauscht die Gnädige Lokalen und Mäde alle vierzehn Tag, so können sich Minister freuen, die man ein Jahr lang dulden mag.

Auch ist dies Hin- und Hergerudel belanglos für das Publikum: ob Hundeschweif, ob Katzenbuckel — sie sind ja schließlich beide krumm.

Frang

Notizen.

— Eine deutsche Aufführung in der Pariser Oper. Bei einer Galaveranstaltung zugunsten der Opfer der Katastrophe des „Plubio“ in der Pariser Großen Oper wurde am Sonntag u. a. der zweite Akt von „Tristan und Isolde“ in deutscher Sprache aufgeführt. Die Aufzuführenden, die dem Ensemble der New Yorker Oper angehören, boten allerdings ein ziemlich internationales Gemisch dar. Burian sang den Tristan, die Schwedin Fremstad die Isolde, ein Armenier den Marko, ein Italiener dirigierte — sogar etwas zu italienisch. Der Eindruck war tief, der Beifall stark. Jedenfalls bezeugte die Aufnahme das Schwimmen des Chauvinismus, der noch vor wenigen Jahren einer solchen Rundgebung der Weltbürgerlichkeit in Sachen der Kunst entgegen-gestanden hätte.

— Ein neues Schutzmittel gegen Typhus? In der Sitzung der Pariser Akademie der Wissenschaften teilte Prof. Vincent mit, daß es ihm gelungen sei, durch Auslaugung von Typhusbazillen einen Impfstoff gegen Typhus herzustellen, den er zunächst an Tieren, sodann an Menschen mit Erfolg versucht habe. Ob die Schutzimpfung, die mit getötenen Typhusbazillen erfolgt, dauernd gegen Typhus immun macht (schützt), kann natürlich noch nicht gesagt werden. Uebrigens sind Schutzimpfungen gegen den Typhus schon öfter ausprobiert worden — ohne allzu große Erfolge.

Der Vertreter der Generalkommission, Robert Schmidt, führte aus, daß man sich den Beschlüssen des internationalen Kongresses zu fügen habe; es besäße keine Aussicht, daß der diesjährige internationale Kongress sich mit der Waise befassen würde und eine Aenderung des früheren Beschlusses vornehme. In die Vereinbarungen zwischen Partei und Generalkommission sei man gebunden. — Bezüglich der Errichtung von Bezirksfonds soll die Verantwortung auf die lokalen Instanzen gelegt und damit verhindert werden, daß Ziel- und planlos vorgegangen wird. Wenn in einzelnen Orten keine Beiträge für diesen Fonds bezahlt würden, dann sei dies ein Beweis, wie wenig dies dort den betreffenden Genossen und Gewerkschaftlern am Herzen liegt. Von einer Abwägung der Waise durch die Vereinbarungen könne keine Rede sein. Den Zentralvorständen stehe es frei, durch besondere Beschlüsse den Waise einen Rückschlag zu geben. — Der Antrag Berlin wird mit einem milderen Zusatzantrag, wonach Bezirksstellen mit 1000 und mehr Mitgliedern die Unterstützung aus der Lokalkasse zahlen sollen, in namentlicher Abstimmung mit 43 gegen 116 Stimmen abgelehnt.

Die Delegierten von Berlin, Leipzig und Nürnberg stimmten geschlossen für den Antrag. Ebenfalls abgelehnt — mit 63 gegen 63 Stimmen — wird ein Antrag, der die Vertreter des Verbandes auf dem internationalen Kongress in Kopenhagen beauftragt, dahin zu wirken, die Waise endgültig auf einen Sonntag zu verlegen.

Damit ist der Vorstandsbericht erledigt. Der Vertreter des Ausschusses erklärt, daß er seinem schriftlichen Bericht nichts mehr hinzuzufügen habe. In der Debatte gehen einzelne Redner auf Beschwerdefälle ein, die kein allgemeines Interesse haben.

Redakteur Kasper gibt hierauf den Bericht der Redaktion. Einleitend erfüllt er eine Pflicht der Pietät und hob in warmen Worten die Verdienste seines verstorbenen Kollegen Deinhart hervor. Er, Redner, habe versucht, das Verbandsorgan auf der Höhe zu halten, auf das es Deinhart gebracht habe. Die Redaktion verfolge den Zweck, die Mitglieder durch die Zeitung zu zielbewußten Kampfschritten zu erziehen. Redner besprach zum Schluß die zum Punkt „Presse“ gestellten Anträge und präzisierete seine Stellung hierzu. An den Bericht der Redaktion und der Reformkommission knüpfte sich eine längere Debatte, in der verschiedene Wünsche vorgebracht wurden.

Die Verhandlungen wurden auf Mittwoch vertagt.

Frau von Schönebeck vor den Geschworenen.

14. Verhandlungstag.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung kam zur Sprache, daß die Angeklagte in der Nacht wieder einen mit Schreitkämpfen verbundenen Krampf- und Ohnmachtsanfall gehabt hat.

Die Verteidigung teilt mit, daß sie auf Ladung der Zeugin Knegebauer bestehen müsse. Die Polizei hatte der Zeugin nicht rechtzeitig Mitteilung davon gemacht, daß das Reisebüro für sie bereit liege. Sie soll Dinge geschlechtlicher Natur gefunden, die zwischen Göben und ihr sich zugetragen haben. 1899 habe sie das Esterhaus verlassen. Auf einem Ausflug nach Biele habe Göben mit der damals Siebzehnjährigen ein Verhältnis angeknüpft. Das habe bis zur Ueberführung Göbens nach Sibakira gedauert. Im März 1904 sei es wieder ausgenommen und habe bis November 1907 gedauert. Von Wenstein aus sei Göben wiederholt in Berlin gewesen. Er sei Dürren auf der Straße bekannt gewesen. Eine habe ihn einmal mit den Worten „Na, Du Wusch“ angesprochen.

In der Zeugenvernehmung lassen sich Hauptmann Brüggemann und Hauptmann Deutelmöser darüber aus, daß Göben allgemeine Sympathien genossen habe. Im Einzelnen bezeugt noch Brüggemann: Im November 1907 hat mich Göben schriftlich, ihm 1000 Mark zu einem Pferdkauf zu borgen. Das Geld schickte ich ab. Deutelmöser bezeugt: Er habe bei Hauptmann von Doerfen und bei Hauptmann Müller telegraphisch angefragt, ob die Schilderung über das Geschehen am Spionstab von Göben herühre. Sie hätten bejahend geantwortet, aber gesagt, genau können sie das erst sagen, wenn sie die Akten einsehen. Die Ladung der beiden Hauptzeugen wurde befriedigt. Auf die Frage, wie es komme, daß die Angaben über die Verunreinigungen Göbens in der Schicht am Gahnsau, an der er gar nicht teilnahm, in den Personalbogen sich befinden, erwidert der Zeuge, es handelt sich wohl um einen Personalbericht. Das Gericht beschließt, den Personalbogen einzufordern. Der Zeuge bezeugt weiter: Im Oktober habe ich Göben brieflich gebeten, Kesenil zu beschaffen, weil die Hunde der Umgebung seiner kleinen Jagd viel Schaden zufügten. Es war mir zu umständlich, den Wülfchen zu besorgen. Ich schickte es auf die lange Bank, dann kam die Sache in Vergessenheit. Bedenken, die Bitte Göbens zu erfüllen, hatte ich nicht. In einem Brief vom 5. Januar, den Göben an mich schrieb — der Brief kam zur Verlesung — deutete ich den Widerspruch — die Leute sagen, es sei um nichts“ dahin, daß die Frau von ihrem Mann nicht schlecht behandelt sei.

Der Tag zuvor vernommene Divisionspfarrer Wernick gibt auf Befragen noch an, daß der Kriminalkommissar Wonnowski gemeint hat, die Angeklagte sei in juristischem Sinne, also nicht nur in moralischem Sinne schuldig, kann ich nicht behaupten. Ich möchte noch zu meiner gestrigen Auslassung bemerken, daß ich zu der Ueberzeugung gekommen bin, die Bemerkung Göbens, „er hat mich immer mit dem Namen ihres Mannes angesprochen“, bezog sich nur auf den Morgen nach der Tat. Der Oberförster Adlner bezeugt u. a.: Ein Waldwärter hat mir mitgeteilt, er habe die Angeklagte in der Nähe des Jagdhauses mit einem Herrn beobachtet. Der Vorlesende hält diese Angabe für wichtig, weil die Angeklagte mit aller Entschiedenheit betont, daß sie während des Verzehrs mit Göben mit keinem anderen Mann verkehrt habe. Die Angeklagte bleibt hierbei und erklärt auf die Vorhaltung eines Geschworenen, doch eventuell das zugeben zu wollen, mit aller Bestimmtheit: Ich kann das nicht zugeben, weil das nicht wahr ist. Die Ladung des Waldwärters wird angeordnet.

Chemische Untersuchung der Strümpfe.

Der Gerichtschemiker Dr. Braun erklärt: In den mir übergebenen Strümpfen, die von Göben bei der Tat getragen haben soll, habe ich keine Spur von Menschenblut gefunden, ebensowenig in dem Hock. In den Wäschen des Strümpfes fand ich ein einzelnes Haar. Dies habe ich vergroßert, fotografiert und untersucht, ob es ein Menschenhaar, ein Hundehaar oder ein Nagelhhaar ist. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß es ein Wollhaar ist. An den Strümpfen befanden sich verschiedene Erdteilchen und auch kleine Partikelchen von Strich. In der Mitte des Strümpfes befanden sich einige Schmutzstellen, die wahrscheinlich von Schmutz herühren. An den Röhren der Strümpfe zeigten sich einige Durchlöcherungen, die darauf schließen lassen, daß die Strümpfe über einen harten Gegenstand gezogen sind. Möglich ist es, daß die schwarzen Flecke, die bei beiden Strümpfen in gleicher Höhe sich zeigen, durch Abwischen von den Händen schwarzer Schuhe entstanden sind. Ob die Strümpfe dem Major gehörten, kann auch der Oberförster Adlner nicht bezeugen.

Berechnung des Stuhlers Freiherrn von Scharn-Körning über die Erzählungen Göbens von dem Liebesverhältnis Göbens mit der Angeklagten, von der Entwidlung desselben, von der Beisehung des Planes und der Ausführung der Tat. Der Zeuge bezeugt: Ich beobachtete Hauptmann von Göben nach dem Studium der kriegsgerichtlichen Akten in seiner Zelle am 26. 27. und 28. Februar. Er erzählte mir: Frau von Schönebeck habe er auf einem Maskenball bei Erzengel Scotti kennen gelernt. Sie sei zu ihm getreten und habe ihn gefragt: Wer bist Du? Weich bei mir! Tausche mit mir! Das habe ihn ruhig gemacht, wiewohl ihn Kantzen schon darauf aufmerksam gemacht hätten, daß diese Dame schon vorher Beziehungen gehabt habe und jeden neuen Star, der nach Allenstein komme, mit Beschlag besetze. Ein Bekannter der

Frau von Schönebeck bekam auf dem Ball durch die folgende Unterhaltung mit v. Göben einen Eifersuchtsanfall. Den Tanz habe er mit Rücksicht auf Familienzwecke abgelehnt. Er sei wiederholt vom Ehegatten eingeladen, Besuch zu machen. Zu der Dame führte er sich hingezogen, wiewohl er sofort bemerkte, daß sie leichte Grundzüge habe. Er habe sich namentlich durch ihre weiche Attitüde beeinflussen lassen, habe sie sehr schön gefunden und ganz unter ihrem Reiz gestanden. Eines Tages habe er einen Brief von der Angeklagten bekommen, in dem sie ihn um Besuch zur Besprechung einer persönlichen Angelegenheit bat. Sie erzählte, sie sei verleumdet worden, Göben solle ihr Renommee wiederherstellen. — Die Angeklagte erklärt auf Befragen: Das ist richtig. Das war wohl vor der Kuffzene, die sich nach dem zweiten Besuch Göbens ereignete. Göben erzählte mir ferner, fuhr der Zeuge fort, die Angeklagte sei ihm bei dem Versuch, eine Waffe zu prüfen, in die Arme gefallen, dabei habe er sie geküßt. — Angeklagte: Das ist nicht richtig. Mein Mann sah mit anderen Offizieren in einem Zimmer. Göben und ich tanzten an einer Säule herum. Blödsinn nahm er meine Hände und küßte mich. Wir kam das so überraschend, daß ich sofort das Gefühl hatte: er ist auch nicht anders wie die anderen. — Göben erzählte dem Zeugen ferner, die Angeklagte habe häufig darüber geklagt, daß ihr Mann sich nur um seine Jagd kümmere. Anfang 1907 war Frau von Schönebeck sechs Wochen allein gewesen. Ihr Mann habe sich im Bade befunden. In dieser Zeit habe Göben die Ehe-scheidung vorgeschlagen. Bei dem Vorschlag sei nach der Erzählung Göbens Frau von Schönebeck in Ohnmacht gefallen und habe gesagt: So ein Glück sei ihr nie in den Sinn gekommen. Sie schien überwältigt vor Glück. — Angekl.: Es wird richtig sein, daß Göben zuerst den Vorschlag von der Ehe-scheidung gemacht hat. Von einer Ohnmacht weiß ich aber nichts. — Zeuge: Schon damals kam sie zu ihm im Realgymnasium, während die Dienerschaft schon schlief. — Vorl.: Ist das richtig? — Angekl.: Es mag sein, daß mich einmal meine Sachen bedrückt haben und daß Hauptmann von Göben gesagt hat, ich solle es mir leichter machen. — Vorl.: In einem Morgentrotz ist doch eigentlich nichts zu finden. — Angekl.: Sicher nicht. Das ist noch keine Abance. — Zeuge: Unter einem vierzehntägigen Aufenthalt der Angeklagten in Schwarzort haben beide sehr gelitten. Die Angeklagte hatte Ohnmachtsanfälle und er selbst litt unter der großen Sehnsucht nach ihr. Es traten bei ihm förmliche Tränenströme ein. Er hatte ihr vorgeschlagen, den Verkehr bis zur Ehe zu verschieben. Seine Weigerung führte zu wahn-sinnigen Eifersuchtszügen. Sie machte ihn eifersüchtig mit dem Hinweis auf einen anderen Liebhaber, den sie seit vier Jahren kenne. — Die Angeklagte schüttelt mehrfach während dieser Darlegungen mit dem Kopf. — Da der Vorsitzende Geheimer Justizrat Landgerichtsdirektor Broese beobachtet, daß die Angeklagte sehr erschöpft und ermattet ist, läßt er eine kurze Pause eintreten.

Nach der Pause erklärt die Verteidigung: Die Angeklagte ist gewillt, sich der ganzen Schilderung des intimen Verkehrs mit Göben zu entziehen. Sie bittet, ihr zu gestatten, der Verhandlung fernzubleiben, so lange die sexuellen Dinge besprochen werden, da es ihr peinlich, eine Lektüre ist, das vor so vielen Männern anzuhören. Es wird noch betont, daß die Verhandlungsfähigkeit möglicherweise leiden könnte. Der Staatsanwalt ist mit dem Vorschlag einverstanden. Der Vorsitzende äußert aber prozessuale Bedenken. Ein Fernbleiben sei unzulässig. Nach längeren Verhandlungen wird auf Bitte der Angeklagten die Öffentlichkeit über den sexuellen Punkt völlig, auch für die Presse, ausgeschlossen.

Nach Schilderung der Intimitäten des Verkehrs der Angeklagten mit Göben wird die Presse wieder im bisherigen Umfange zugelassen. Der Zeuge Dr. Freiherr v. Scharn-Körning bezeugt: Der erste Gedanke, habe Göben ihm gesagt, sei auf die Scheidung gerichtet gewesen. Er habe versucht, der Angeklagten bessere Lektüre zu geben, sie habe aber „Casanova“ und ähnliche Bücher vorgezogen. Kesenil habe er auf Veranlassung der Angeklagten ihr verschafft, als er fragte, warum sie die Tat nicht ausgeführt habe, habe sie erklärt, sie sei dazu zu schwach; ein leises „Danke“ aus dem Munde ihres Mannes werfe alle ihre Vorsätze über den Haufen. Göben habe erzählt, daß er dann auf die Idee des jugenlosen Duells gekommen sei. Zeuge habe ihn als eine halbpathologische Erscheinung betrachtet und auch diese Idee als einen Ausfluß seiner abnormen Beschaffenheit angesehen. Ueber die Tat erzählte Göben: Bis 12 Uhr nachts sei er zu Hause geblieben, dann habe er einen grauen Biblanzug angezogen, eine blaue Sportmütze aufgesetzt und sich die Strümpfe über die Stiefel gezogen. Es habe ihn immer zurückge-zogen, aber er habe unter der suggestiven Vorstellung gestanden: „Du hast es unter dem Tannenbaum beschworen und mußt es ausführen.“ Die Angeklagte habe ihm erklärt, sie gebe ins Wasser, wenn es nicht bald gefäche. Die Wäsche habe er in der Tasche gehalten, die Strümpfe habe er schon im November bekommen, um bei dem Duell im Walde für die Hunde die Spur zu verwischen. Er habe den Hauptmann mit der Waffe in der Hand zur Scheidung zwingen wollen und wollte, wenn das nicht gelänge, ein zeugenloses Duell erzwingen. Ich hielt das für den Ausdruck der Idee eines halbkrankhaften Menschen. Göben erzählte, er habe den Major anrufen wollen. Der Major hatte aber angelegt, und da habe er automatisch losgedrückt. Göben meinte, wenn die erste Kugel nicht getroffen hätte, dann hätte ich ihm den Hengstfuß gegeben. Ich habe diesen Ausdruck als ein Zeichen besonders großer Rohheit empfunden. Göben erzählte dann, sein Verhalten nach der Tat habe auf der vorherigen Vereinbarung mit der Angeklagten beruht. Man habe einen Selbstmord oder einen Einbruchdiebstahl vor-täuschen wollen. Die Angeklagte betont: Solche Erörterungen haben, wie ich wiederholt erkläre, niemals stattgefunden. Hätten sie stattgefunden, so hätte er mir ja nicht zu schreiben brauchen. Göben erzählte dem Zeugen weiter: Nach der Tat habe er das Gefühl der Erschütterung, nicht das der Reue gehabt und habe bis zum Morgen geschlafen. Als er Frau v. Schönebeck besucht habe, habe sie noch im Bett gelegen, geweint und gekriechen: „Mein Gustel, mein Gustel. Ach, das ist er ja, da kommt er ja.“ Sie sei dann ruhiger geworden und habe gesagt: „Es ist mir doch ein bißchen viel geworden. War er gleich tot?“ Ein warmes oder herzliches Wort sei aus ihrem Munde nicht gekommen. Als Göben ihr die Hand küssen wollte, habe sie ihm diese entzogen. Der Zeuge erklärt auf Befragen: Ich habe bei der Schilderung des Lebensganges Göbens gesagt, er leide an Pseudologia phantastica. Das ist eine Eigenschaft, die bei Kindern vorkommt, die Erdichtetes mit Realem verwechseln. Göben war sein ganzes Leben hindurch ein Phantast.

Am Schluß der Sitzung gab Zeuge Hauptmann a. D. Schloffer folgende eindrucksvolle Erklärung

ab: Ich habe gestern unter meinem Eide ausgesagt, daß ich über Herrn v. Göben eine sehr günstige Meinung gehabt habe, wie alle seine Freunde. Daß ich treu zu ihm gehalten habe, bis zuletzt, geht daraus hervor, daß ich noch ins Gefängnis an ihn geschrieben habe. Um aber Mißverständnissen vorzubeugen, halte ich mich verpflichtet, meine gestrige Aussage dahin zu ergänzen, daß das alle schöne Charakterbild, wie es sich in meinem Herzen von früher festgesetzt hatte, durch die späteren Ereignisse verwischt worden ist. Ich denke hierbei nicht an die weniger wichtigen Tatsachen, nach denen ich gestern gefragt worden bin, nach dem geheimnisvollen Duell und danach, ob Göben mit oder ohne Urlaub nach Afrika abreist ist. Ich denke an das Grobe und Schwere, was sich später hier in Allenstein ereignet hat. An diesen Tatsachen kann ich keinen Augenblick zurückgehen. Da ich nach meinem Eide nichts verschweigen darf, halte ich mich verpflichtet, auf etwas hinzuweisen, was bisher weniger beachtet worden ist. Es hat auf mich einen geradezu niederschmetternden Eindruck gemacht, als nach alledem, was wir damals zu hören bekamen, die Nachricht kam, daß Hauptmann v. Göben für die Tat, die nach unserer Auffassung in seinem Gehirn geboren war und von ihm ausgeführt wurde, nachträglich die Frau belastet hat, die er heiß und lange geliebt hat. Das ist mir und meinen Freunden, mit denen ich darüber gesprochen habe, fast noch unverständlicher gewesen an Göben, wie die Tat selbst. Nach unserer Auffassung hätte er das nicht tun dürfen, weder um sich zu entlasten, noch aus Wut und Rache darüber, daß ihm gesagt wurde, die betreffende Dame sei ihm nicht treu gewesen. Wir haben keine Sekunde daran gezweifelt, daß Hauptmann v. Göben die Tat, nachdem er sie einmal begangen

hatte, auch sühnen würde. Das ist uns allen so unverständlich, daß wir geradezu vor einem Rätsel stehen. Für mich gibt es nur zwei Möglichkeiten, zwischen denen eine goldene Mittelstraße nicht vorhanden ist: Entweder haben wir und alle von Anfang an in Hauptmann v. Göben getäuscht, und er ist nicht derjenige gewesen, für den wir ihn gehalten haben, oder er war geisteskrank oder doch geistes-gelähmt und wußte nicht, was er tat. Nur dann könnten wir ihn verstehen und entschuldigen. Und ich glaube, daß ich jetzt im Namen aller alten Freunde des Hauptmanns v. Göben spreche und auch im Namen der Jungen, mit denen ich heute früh hier zusammengetroffen bin, daß wir ohne Ausnahme noch heute hoffen und zuver-lässig glauben, daß das letztere der Fall gewesen ist. Die Verhandlung wurde auf heute früh vertagt.

Aus der Partei.

Die Opfer des Klassenkampfes.

Gegen in der modernen Arbeiterbewegung tätige Genossen wurden von deutschen Gerichten in den letzten Monaten folgende Strafen erkannt:

	Jahre	Gefängnis	— Tage	Geldstrafe
Dez. 1908:	—	3 Mon. 3 Woch.	—	2 025 M.
Jan. 1910:	4	8	6	1 699
Febr. 1910:	7	10	1	745
März 1910:	6	4	1	1 774
April 1910:	2	8	2	5 525
Mai 1910:	9	10	2	2 892
In 6 Mon.:	31 Jahre	9 Mon.	12 Tage	14 660 M.

Das gewaltige Ansteigen der Strafsomme in den letzten Monaten zeigt, mit welchen Mitteln sich die Herrschenden der Wählerrechtsforderung des Proletariats zu erwehren versuchen.

Parteiliteratur.

Im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co. zu Wien erschien soeben: Dr. Robert Danneberg: Das sozialdemokratische Programm. Eine gemeinverständliche Erläuterung seiner Grundsätze. Preis 40 Pf.

Das Buch gibt die Erläuterung des theoretischen Teils des Programms unserer österreichischen Wählerpartei. Da es im Inhalt mit dem des deutschen Programms übereinstimmt, so werden auch die reichsdeutschen Genossen die Arbeit mit Gewinn lesen.

Reichstagskandidaturen.

In mehreren zum Agitationsbezirk Cassel gehörigen Wahlkreisen hat ein Wechsel in der Kandidatur zum Reichstagswahlkreise gefunden. An Stelle des Genossen Gardtjen, der krankheits-halber eine weitere Kandidatur ablehnte, wurde in dem aussichts-reichen Kreise Schwewe-Wienhausen-Schmalkalde in der Genosse Thöne, Parteisekretär in Cassel, aufgestellt. Für Minteln-Dofelsmar-Wolfhagen kandidiert in Zukunft Genosse Brzinski, der Sekretär des Metallarbeiterverbandes in Cassel. Im Kreise Herzfeld-Hünfeld-Rosenburg wurde der Genosse Schnaderich-Frankfurt a. M., Angestellter der Schuhmacher, nominiert und schließlich trat an Stelle des noch Eiberfeld verzogenen Genossen Müller im Kreise Waldeck-Pyrmont der Genosse Weddig-Cassel, Konsumvereins-angestellter.

Reichstagskandidatur für Magdeburg.

Wie unser Magdeburger Parteiblatt meldet, beschlossen die Parteifunktionäre des Magdeburger Wahlkreises in ihrer letzten Sitzung, den Genossen Rechtsanwalt Otto Landsberg auf-zufordern, seinen ablebenden Standpunkt aufzugeben und die Reichstagskandidatur für Magdeburg zu übernehmen. Genosse Land-berg hat daraufhin eine zusage Antwort gegeben.

Zum internationalen Kongress.

Als Delegierte zum internationalen Sozialistenkongress wurden für den Agitationsbezirk Frankfurt a. M. durch Kräftstimmung ge-wählt die Parteisekretäre Robert Dymann-Hanau und Albert Rudolph-Frankfurt.

Sachsen ist noch einmal gerettet.

Die Expedition der „Dressener Volkszeitung“ erhielt vom Dresdener Hauptpostamt folgendes Schreiben: „Es ist beobachtet worden, daß der Vort, der die Postauslage der „Dressener Volkszeitung“ im Laufe jedes Nachmittags hier einliefert, eine Anzahl Stücke Ihrer Zeitung bei dieser Gelegen-heit an die Unterbeamten abgibt, oder unauffällig hier zurückläßt, damit sie von den hiesigen Unterbeamten gelesen werden sollen. Das kann das Postamt nicht dulden, da den Beamten und Unterbeamten der Reichspostverwaltung jede Beteiligung an sozialdemokratischen Ver-brechungen, als mit den durch den Dienstfeld gelobten Amtspflichten unvereinbar, grund-sätzlich verboten ist. Sie wollen deshalb Ihren Leuten die Abgabe von Frei-exemplaren an das hiesige Personal oder deren Zurücklassung für die Zukunft untersagen.“ Zwölfmeyer, Postdirektor.*

Reichsverbandsrecht.

Der Generalsekretär Michaelis vom Reichsverbandsbureau in Halle schickte sich durch einige im provinziellen Teil des Halleischen „Volksblatts“ veröffentlichte Artikel schwer in seiner Ehre gekränkt und lief zum Rad. Vom Schöffengericht wurde der Redakteur Genosse Kaspary hierauf zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen Zahlung einer Buße von tausend Mark in die Kasse des Reichsverbandes wollte der Sekretär den Klageantrag zurücknehmen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Polizeidemonstration am Königsplatz in Oreslau vom 20. Februar war am Dienstag Gegenstand einer Gerichtsverhandlung gegen Genossen Albert vor der ersten Strafkammer des Land-gerichts Oreslau. Weil Albert in einem Artikel vom 17. April jene polizeilichen Abwehrungen kritisiert hatte, schickte sich Herr v. Lypen beleidigt. Das Gericht verurteilte unseren Genossen zu 150 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt, der im übrigen wenig geschickt operiert hatte, hatte „nur“ zwei Monate Gefängnis beantragt.

Aus Industrie und Handel.

Banken und Warenhaus.

Gleichzeitig mit der Umwandlung in eine Kommanditgesellschaft plant das Warenhaus H. Althoff in Dortmund, das schon in ver-schiedenen Städten Filialen besitzt, diese zu Warenhäusern auszu-bauen, ferner noch in anderen Städten Warenhäuser zu errichten und das Stammkapital der Dortmund beabsichtigt zu erweitern. Das ver-antwortliche Kapital der Gesellschaft soll 6 1/2 Millionen Mark betragen. Die deutsche Treuhändergesellschaft, die ein interessiertes Konsortium vertritt, das 4 Millionen Mark einzahlt, hat in ihrem Aufsichtsrat einen Direktor der Deutschen Bank. An dem Unternehmen sind ferner die Nationalbank für Deutschland, sowie der Barmer Bank-verein Ginsberg, Fischer u. Co. beteiligt. Die Deutsche Bank ist auch bei dem Warenhaus B. Wertheim, das kürzlich sein Kapital von 2 auf 4 Millionen Mark erhöhte, finanziell interessiert. Hinter der Aktiengesellschaft Leonard Tief steht der Barmer Bankverein und die

Bankfirma Gorbh u. Co. Das Warenhaus A. Wertheim steht mit der Diskonto-Gesellschaft und mit der Deutschen Bank in Verbindung.

Steigerung der Grundstückspreise. Nach dem soeben erschienenen Verwaltungsbericht der Stadt Schöneberg betrug der festgestellte gemeine Wert der Grundstücke im Jahre 1895 rund 208 Mill. Mark.

Weil Dernburg ging. Welch große Hoffnungen die Spekulanten auf Dernburgs Kolonialpolitik setzten, kann man ersehen nach den seit seinem Abgange eingetretenen Ausbrechungen für Kolonialpapiere.

Geschäftsergebnisse in der chemischen Industrie.

Von den 155 Aktiengesellschaften, die im Jahre 1909 ihre Geschäftsberichte veröffentlicht hatten und über ein gesamtes Aktienkapital von 446,56 Millionen Mark verfügten, haben in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres bereits 86 mit einem Kapital von 357,33 Millionen Mark ihre Bilanzen für 1909 bekanntgemacht.

Table with 4 columns: Aktienkapital in 1000 M., Dividende in Proz., 1908, 1909. Rows include A.-G. f. Chem. Prod. Schiedemantel, Dynamit-A.G. etc.

Mit Verlust arbeitete keine der ganz großen Gesellschaften. Von den Gesellschaften, die ein Aktienkapital von 1 Million bis 5 Millionen repräsentieren, verteilten 1909 84 auf das Gesamtkapital von 70,75 Millionen Mark durchschnittlich 9,1 Proz. Dividende gegen 8,5 Proz. im Jahre 1908.

Ein Elektrizitätsmonopol.

Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk in Essen hat die 176 Gemeinden in den fünf niederrheinischen Kreisen fast vollständig seinem Reg. angeschlossen.

Von den fünf Kreisen selbst haben die Kreise Rees, Cleve, Geldern und Mönch inzwischen beschlossen, von dem ihnen eingeräumten Bezugsrecht auf 500.000 M. Aktien des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks Gebrauch zu machen.

Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk wird in den nächsten Tagen bereits ein Baubüro in Wesel bilden, dem weitere Büros in Cleve und für den Kreis Kempen in Kürze folgen dürften.

Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion.

Das Verfahren, das von zwei Russen, N. A. und V. A. Demitschinski, in einer kürzlich auch in deutscher Sprache erschienenen Schrift: „Die Bewässerung und Sicherstellung der Ernteerträge“ (W. Bared, Berlin 1909) empfohlen wird, ist eigentlich keine neue Entdeckung, sondern bedeutet nur die Übertragung einer in China, dem uralten Agrarland, schon seit Jahrtausenden geübten Methode nach Europa.

Der durch die Umpflanzung entstehende Mehrbedarf an Arbeitskräften beträgt etwa 40 bis 50 Arbeitstage pro Hektar. Für den meist unter Mangel an Arbeitskräften leidenden Großbetrieb soll sich daher mehr die Methode der Beschäftigung eignen, während der über die Arbeitskräfte der Familie verfügbare Kleinbetrieb besser beim Umpflanzungsverfahren bleibt.

Table comparing 'umgepflanzt' and 'nicht umgepflanzt' across metrics like 'Höhe der Pflanze', 'Gewicht der ganzen Pflanze', 'Gewicht der Wurzel bis zum 1. Knoten', 'Gewicht der Palme', 'Gewicht der Keimlinge'.

Die Unterschiede sind, wie man sieht, ganz kolossale. Der umgepflanzte Roggen bildete Stengel mit 20 und 30 Halmen, der nicht umgepflanzte gewöhnlich nur solche mit 1, 2 oder 3, im Ragimum mit 8 Halmen.

Auch in Deutschland hat man sich schon mit den Demitschinski'schen Ideen beschäftigt, wobei festgestellt wurde, daß diese Kulturmethode sich in erster Linie für den Kleinbetrieb mit seiner intensiven Bewässerung eignet.

Soziales.

An die Gewerbegerichtsbeisitzer Deutschlands (Arbeiterbeisitzer).

Die Verhandlungsversammlung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte findet in diesem Jahre in Köln a. Rh. am 15., 16. und 17. September im großen Saale der Bürgergesellschaft statt.

Dem früheren Gebäude gemäß findet im Zusammenhang mit der Verhandlungsversammlung eine Konferenz der Arbeiterbeisitzer vorher statt, welche den 13. und 14. September tagen wird.

1. Bericht der Zentralkommission. 2. Bericht des Ausschusses mit Liebes des Verbandes. 3. Beratung eines Musterstatuts. 4. Stellungnahme zur Tagesordnung des Verbandstages.

Die Gewerbegerichtsbeisitzer werden ersucht, hierzu Stellung zu nehmen und etwaige Thesen oder Anträge, welche noch auf die Tagesordnung gestellt werden sollen, bis spätestens den 20. Juli an den Unterzeichneten schriftlich einzureichen.

Im Falle der Ablehnung des Besuchs wird es notwendig sein, mit dem Gewerkschaftsartikel in Verbindung zu treten, um Bewilligung der Mittel zum Besuche der Konferenz und der Verhandlungsversammlung, wo die von den Gemeinden gewährten Mittel auch zur Teilnahme an der Konferenz nicht ausreichen, wird es sich nur um eine Beihilfe der Kartelle handeln.

Um für eine etwaige neue Auflage die Zahl der gewünschten Protokolle der Konferenz in Köln feststellen zu können, werden die Beisitzer ersucht, in ihren demnächstigen Versammlungen dazu Stellung zu nehmen und zu beschließen, wieviel Protokolle beansprucht werden.

Von den an die Obmänner oder Gewerkschaftskartelle vor mehreren Monaten versendeten Fragebogen steht noch eine große Anzahl aus. Wir ersuchen deshalb wiederholt um Einfindung der ausgefüllten Zirkulare, damit deren Bearbeitung erfolgen kann.

Von vielen Orten sind uns die Namen und Adressen der Obmänner noch nicht bekannt. Es wird deshalb notwendig sein, das Versäumte nachzuholen.

Der Aufforderung, von allen Gewerbegerichten ein Ortsstatut einzusenden, ist nur mangelhaft entsprochen worden.

Die Namen der gewählten Delegierten sowie deren Adressen mit Angabe, ob die Besichtigung von der Gemeinde oder dem Kartell bezogen, mit Beihilfe von letzteren erfolgt, und womöglich, welche Mittel den Beisitzern von der einen oder anderen Seite bewilligt werden, sind an den Unterzeichneten zu melden.

Die Meldung zur Teilnahme an der Konferenz wegen Beschaffung von Logis und Veranschlagung der damit verbundenen Wünsche sind zu richten an den Vorsitzenden des Ortsausschusses: Dreher Franz Schildgen in Köln a. Rh., Brüsseler Straße 65.

Alle Partei-, Gewerkschafts- und arbeiterfreundlichen Zeitungen werden um Abdruck dieser Bekanntmachung gebeten.

Die Zentralkommission der Gewerbegerichtsbeisitzer Deutschlands (Arbeiterbeisitzer).

J. A.: Richard Holz, Dresden-A., Am See 33.

Berichtsnacht.

Dem streitbaren „philosophischen“ Rundhauer der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ machen die Berichte der Fabrikinspektoren neuerdings wieder Sorge. Und zwar knüpft die Unternehmerversammlung an eine Untersuchung in den Fabrikinspektorenberichten an, die dahin geht, ob die Arbeiter frühmorgens vor Beginn der Beschäftigung bereits gestöhnt haben oder nicht.

Felix Kub verknüpft sich aber da. Denn bekanntlich ist doch nach einem einmal gefallenen Wort „die Kompottkaffee“ für die Arbeiter schon heute voll und der Arbeiter soll „gesichert“ sein „bis ins hohe Alter“.

Gerichts-Zeitung.

Eines Unternehmers Ehrenwort

stand im Mittelpunkt einer Bescheidungsfrage, die am Mittwoch vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (129. Abteilung unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Fiedler) gegen den „Vorwärts“-Redakteur Ge-

nossen Richard Barth verhandelt wurde. Das Ehrenwort war gegeben worden von einem Herrn Franz Krüger, und für ihn als Beisitzender hatte die Staatsanwaltschaft die Anklage erhoben.

Ueber den Stand der Bewegung und den Erfolg der Verhandlungen mit den einzelnen Firmen bezw. der notwendig gewordenen Streiks erschien im „Vorwärts“ (Nr. 78 vom 2. April) ein Artikel, der aus einer Versammlung die dort vorgelegten Mitteilungen wiedergab.

In diesen Ausführungen sah Krüger und mit ihm die Staatsanwaltschaft eine verkommenen Bescheidigung, weil darin die Behauptung der nicht erweislich wahren Tatsache enthalten sei, daß er sein Ehrenwort gebrochen habe.

In der Beweiserhebung befandete Proturist Franz Krüger, er habe zunächst überhaupt nicht mit dem Metallarbeiterverband verhandelt wollen, doch habe er hinterher sich „breitschlagen“ lassen.

Auf die andere Frage des Angeklagten, warum denn bei Krüger u. Runge kein Arbeiter in den Metallarbeiterverband habe ein-treten sollen, erwiderte Herr Krüger mit einer langen Erklärung über das gute Einvernehmen, das zwischen der Firma und ihren Arbeitern bisher immer bestanden habe.

Ueber die Entstehung des Streiks wurde der Schlosser Jeller, einer der ältesten Arbeiter der Firma, vernommen. Der Vorsitzende gab sich alle Mühe, zu ermitteln, wie der Metallarbeiterverband diesen Streik trotz des „guten Einvernehmens“ zustande gebracht habe.

Schon nach 14 Tagen seien Beschwerden an den Metallarbeiterverband gelangt, daß Wiederbeschäftigte wie Neueingestellte behandelt würden, und erst nach nochmaliger Rücksprache sei Krüger hierin der Auffassung des Verbandes beigetreten.

Ans dieser Beweisaufnahme zog der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Affessor Langefeld, den Schluss, der Angeklagte sei schuldig der verkommenen Bescheidigung, die er mit einer Geldstrafe von 150 M. zu sühnen habe.

Das Gericht kam aber zu einer Beurteilung und ging sogar noch weit über das von der Staatsanwaltschaft beantragte Strafmaß hinaus, indem es auf 500 M. Geldstrafe erkannte, weil für einen Offizier der Bourgeois des Vorwurfs besonders kränkend sei.

Die Begründung dieses Urteils, das durch die Berufungsinstanz schließlich korrigiert werden wird, führte aus, Krüger habe sein Ehrenwort gehalten. Die Meinungsverschiedenheit über den Tarif sei sofort durch ihn beseitigt worden, die Organisierung einer Arbeitsmilitärgruppe und die gegen den Verband gerichtete Entlassungsbewegung verstoße nicht gegen das Ehrenwort, das keineswegs auch den Frieden mit dem Metallarbeiterverband in sich schließe.

Vermischtes.

Bombenattentat eines Einbrechers.

Wie uns ein Telegramm aus Friedberg in Hessen meldet, erfolgte am Mittwochmorgen im dortigen Rathaus eine heftige Explosion. Zu derselben Zeit drang ein Mann in die in der Rathausstraße gelegene Reichsbanknebenstelle ein. Da infolge der Explosion alle Bewohner auf die Straßen und nach dem Rathaus gerollt waren, war nur der Vorsteher der Reichsbanknebenstelle Meier in seinem Bureau anwesend. Der eingedrungene Verbrecher feuerte auf den Reichsbankvorsteher einen Revolver schuss ab, durch den dieser am Kopf schwer verwundet wurde. Als infolge des Schusses Leute herbeieilten, floh der Täter auf einem Rade in der Richtung nach Bad Nauheim. Seine Verfolgung wurde von zwei Herren in einem Automobil aufgenommen; ein Schüler, der sich dem Fliehenden entgegenstellte, erhielt einen Schuß in den Unterleib; auch zwei auf dem Rade arbeitende Bauern, die den Verbrecher anzuhalten versuchten, wurden verwundet. Kurz vor Bad Nauheim stürzte sich der Täter selbst durch einen Schuß. Bei der Leiche fand man 4700 M. und eine Chausseurkarte.

Vor acht Tagen hatte sich im „Burghotel“ in Friedberg ein junger Mann, unter der Angabe Reisender für Glaswaren zu sein, eingemietet, der einen Koffer bei sich hatte, den er vorsichtig zu behandeln ersuchte. In dem Koffer sind Bomben gefunden worden. Der Mann ist seit heute verschwunden und man vermutet, daß er mit dem Verbrecher identisch ist. Durch die Explosion im Rathaus wurden die Treppen zerstört, mehrere Wände fielen ein, die Türen wurden mit großer Gewalt auf die Straße geschleudert. Die Beamten waren in ihren Büros vollständig abgeschlossen und mußten von der Feuerwehre mit Leitern ins Freie befördert werden. Soweit bis jetzt festgestellt wurde, ist durch die Explosion niemand verletzt worden.

Das Passagierluftschiff Z. VII auf der Fahrt.

Der neue für den Personentransport eingerichtete Luftballon Z. VII hat am Mittwochmorgen 8 Uhr von Friedrichshafen aus eine Fahrt nach Düsseldorf, wo er stationiert werden soll, unternommen. Das Luftschiff, das von dem Grafen Zeppelin gesteuert wurde, schlug nach dem Aufsteige die Richtung über Ulm, Stuttgart, Mannheim ein. Ueber Stuttgart wurde es um 6 Uhr morgens gestoppt. Auch der weitere Verlauf der Fahrt ging programmäßig von statten, der Luftballon ist um 12 Uhr 10 Minuten in Düsseldorf vor der Halle glatt gelandet.

Das Luftschiff soll in den nächsten Tagen regelmäßige Passagierfahrten unternehmen. Es ist für den Verkehr in komfortabelster Weise eingerichtet. Der Laufgang, der die beiden Gondeln des Luftballons miteinander verbindet, ist mit breiten

Banken versehen und bietet den Luftreisenden einen höchst bequemen Aufenthaltsort. Allzu billig ist jedoch das Vergnügen, mit dem Z. VII eine Passagierfahrt zu machen, nicht, denn der Preis für eine Fahrt beträgt 300 Mark. Für Fahrten über 2 Stunden werden 300 Mark verlangt.

Wilhelm II. auf Reisen.

Wilhelm II. scheint sich von seinem Blutergeruch ins Knie wieder erholen zu haben, denn ein Telegramm aus Hamburg meldet, daß er dort den Generaldirektor Vallin besucht hat. Gelegentlich des Besuchs erhielt Vallin von Wilhelm II. seine Hüfte in Bronze auf einem prächtigen Sockel geschenkt. Von Hamburg soll es nach Kiel gehen und von dort aus unternimmt Wilhelm II. seine Nordlandreise.

Und da bezweifeln Köpfer noch immer, daß die Erhöhung der Krondotation um 8 1/2 Millionen eine dringende Notwendigkeit war.

Schweres Grubenunglück.

Wie ein Telegramm aus Madrid meldet, wurden durch vorzeitige Explosion einer Dynamitpatrone in den Kohlenbergwerken von Pena de Hierro fünf Arbeiter getötet und zehn schwer verletzt. An dem Aufkommen der verletzten Arbeiter wird gezweifelt.

Ein Kuß in Ehren...

Die Verechtigung des alten Sprichwortes, daß einen Kuß in Ehren niemand verweigert, hat die Polizeidirektion des Dorfes Oberkirchen im Kreise St. Wendel zuschanden gemacht. In einer amtlichen Bekanntmachung heißt es:

„In einigen Orten wird gelegentlich der Abhaltung von Tanzveranstaltungen der sogenannte Küßentanz abgehalten. Es ist dies ein Tanz, wo sich Frauen und Mädchen öffentlich ablassen lassen müssen. Da dieses gegen die guten Sitten verstößt, erlaube ich, den Tanz nicht mehr zuzulassen. Die Ausführung wird polizeilich überwacht.“

Polizeiverwaltung Oberkirchen-St. Wendel. Hartung. Sonderbar berührt an der Bekanntmachung, daß erst das Küßen verboten wird, und dann die Ausführung polizeilich überwacht werden soll. Ob es weniger unsittlich wirkt, wenn die Frauen und Mädchen sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit ablassen lassen? Hoffentlich holt die Polizeidirektion diesen Mangel noch nach.

Der verrückte Antijemitenheros.

Der sattem bekannte Graf Pädler-Klein-Eschirne, der wegen Geisteskrankheit in dem Sanatorium Friedenhausen bei Wünnen weilt, ist nach einer bei seinem Vormunde in Glogau eingetroffenen Nachricht aus der Anstalt entwichen.

Ob unsere Antijemiten mit ihm ihr Repertoire um eine Nummer bereichern werden, steht noch nicht fest.

Paull auf einem Dampfer.

Auf dem russischen Dampfer „Russ“, der den Verkehr auf der Wolga vermittelt, wurde durch die Explosion eines Dampfrohres eine schwere Katastrophe herbeigeführt. Unter den zahlreichen Passagieren entstand eine Paull, so daß sie den Befehlen des Kapitäns nicht Folge

leisteten. Bei dem Versuch, sich eines Rettungsbootes zu bemächtigen, brach das Gestell und das vollbesetzte Boot fiel ins Wasser. Die Insassen sprangen in den Fluß. Eine ganze Anzahl von ihnen ertrank. Bisher hat man sechs Leichen geborgen. Infolge der Explosion wurde ein Heizer getötet.

Kleine Notizen.

Graf-Fener entstand am Montag vormittag in den Trockensälen der Strohhutfabrik von Friedmann u. Kiegel in Heidenau i. S. Durch die sehr schnell um sich greifenden Flammen wurden neun Arbeiterinnen zum Teil schwer verletzt. Die Fabrik brannte vollständig nieder.

Den Tod im Wasser suchte eine 20jährige Frau mit ihrem dreijährigen Kinde in Höfingen i. Württemberg. Die Unglückliche hatte wegen eines Vergebens eine gerichtliche Verurteilung erlitten und glaubte die Schmach nicht überleben zu können.

Gefrandeter Dampfer. Der der Hamburg-Amerika-Linie gehörende Dampfer „Prinz Oskar“ ist bei Velle Isle gestrandet. Die auf dem Dampfer befindlichen Passagiere wurden von einem holländischen Dampfer übernommen.

Es ist eine alte Geschichte... In Jalaegerczeg in Ungarn hat ein 18jähriger Student seine Geliebte, die Tochter eines Advokaten, durch vier Revolverkugeln tödlich verwundet und sich dann selbst eine Kugel durch den Kopf gejagt.

Ein deutscher Professor abgestürzt. In den französischen Alpen ist bei der Besteigung des Gletschers Lamage der Professor für Architektur Rudu aus Elberfeld abgestürzt. Zu der Besteigung hatte er den 15jährigen Sohn eines Führers mitgenommen. Jetzt hat man die Leichen der beiden Personen aufgefunden.

Wettersturz in Ungarn. Aus verschiedenen Landesteilen Ungarns wird heftiger Schneefall mit starker Temperatur bis auf 2 Grad gemeldet. In anderen Landesteilen wurden neuerlich durch Wellenbrüche große Verwüstungen angerichtet.

Einen Sündenbock gefunden. Zu dem Eisenbahnunglück in Villepreux wird gemeldet, daß der Lokomotivführer Leduc unter der Auflage verhaftet worden ist, durch seine Unvorsichtigkeit den Tod zahlreicher Menschen verursacht zu haben. Verbrechen war es vielmehr von der Direktion, Lokomotiven zu verwenden, die ins alte Eisen gehören.

Eingegangene Druckschriften.

Reformblätter. Nr. 6. Illustriertes Monatsblatt für alle hygienischen Reformen. Herausgeber: Dr. König, 30 W. D. Roter, Leipzig.

Das Schulzimmer. Vierteljahrsblatt. Herausgegeben von Dr. Th. M. Meyer, 1 R. P. J. Müller, Charlottenburg.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1909. 3 M. Verlagsanstalt H. Kaufmann u. Co., Hamburg.

9. Geschäftsbericht des Arbeitersekretariats Gera und Umgebung. 1909. 60 Seiten. Selbstverlag.

Kalender-Reform-Vorschlag von Dr. Reimlinghaus, Jülich. Verlag: Art. Institut Orell Gösli, 50 W.

Diskussion Nr. 3. Herausgeber Dr. Ostwald, 50 W. E. Fromm, Berlin W. 15.

Der Töbcher und andere geheimnisvolle Geschichten, von E. Willmann, 4 M. Geb. 5,50 M. H. Bartsch, Berlin W. 30.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Jahrbuch 1909. 315 Seiten. „Courier“, Berlin, Engelauer 21.

Die Gehaltsfrage, von P. Lange. 22 Seiten. — Die praktische und theoretische Ausbildung der Handlungsgehilfen, von P. Lange. 19 Seiten. R. Jolephohn, Hamburg.

Die Bank. Heft 6. Herausgeber A. Landsburgh, 1,50 M. Bank-Verlag, Charlottenburg 4.

Hierdurch zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Zimmermann **Hermann Bardeleben** am 21. Juni verstorben ist. Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme trauernd an **Mutter und Kinder.** Die Beerdigung findet Freitag, den 24. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt. 26385

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. **Todes-Anzeige.** Am 21. Juni verstarb unser Mitglied, der Zimmerer **Hermann Bardeleben** (Mägdenstraße 27). **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Juni, nachmittags 3 Uhr, auf dem hiesigen Friedhofe, Müllerstraße, Ecke Seestraße, statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 228/2

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer Deutschlands. (E. D. Nr. 2, Hamburg). Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zimmerer **Hermann Bardeleben** (Mägdenstraße 27) wohnhaft, am 21. Juni verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes in der Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand, Bezirk II.** Ehr. Wagnfeld, 253/6

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands. Zahlstelle Berlin und Umgegend, Bezirk 14. Den Versicherten zur Nachricht, daß unser Mitglied **Hermann Bardeleben** am 21. d. M. verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes in der Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 264/16

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. **Todes-Anzeige.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Werkzeugmacher **Paul Pohland** am 20. Juni an Lungenleiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Kummelsburg aus statt. 117/14

Meiner starb unser Mitglied, der Friseur **Gusta Kolbe** am 21. Juni am Gehirnschlag. Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes in der Müllerstraße, aus statt. **Ehre ihrem Andenken!** Rege Beteiligung erwartet **Die Ordoverwaltung.**

Dankjagung. Für die herzliche Teilnahme und reichen Kranzsenden sowie den erhabenden Wobengang bei der Bestattung meines lieben unversehrlichen Mannes, Vaters und Bruders lagen seinen Kollegen, Sangesbrüdern und Parteigenossen ihren herzlichsten Dank. **Famille Renner, Kramer.**

Orts-Krankenkasse der Steindruckerei und Lithographen. Zu der am Donnerstag, den 30. Juni 1910, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftsbauvereins, Engelauer 15, stattfindenden **Wahlversammlung** werden sämtliche Mitglieder, welche nach § 49 Abs 3 des Statuts wahlberechtigt sind, hiermit ergebenst eingeladen. 26395

Tages-Ordnung: Wahl von 600 Vertretern der Kassennmitglieder für die Wahlperiode 1910-1912. Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassennmitglieder, welche großjährig sind. — Der Wahlakt beginnt um 8 1/2 Uhr und wird um 11 Uhr geschlossen. Das Eintrittsbuch legitimiert. **Der Vorstand.** H. A. M. Suhlmann, Vorsitzender. **Dr. Simmel** Spezial-Arzt für Haut- und Halsleiden. **Prinzenstr. 41.** **Am 11. d. M. verstorben ist.** **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes in der Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 264/16

Wir fahren alle nach der Reform Zahnpraxis



Schmerzlose Behandlung

Da erhalten Sie unter Garantie für absoluten Sitz und Brauchbarkeit nur echte Zähne. Keine hohlen Zähne oder mit eisernen Stützen versehenen Zahnersatz. Ueberzeugung macht wahr!

Reform Zahn-Praxis
Carl Rudolph.

1. Praxis: Friedrichstr. 35.
2. Praxis: Elsasser Str. 14.
3. Praxis: Oranienstr. 61.
4. Praxis: Palisadenstr. 106
5. Praxis: Mosabit, Huttenstraße 63.
6. Praxis: Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 117.
7. Praxis: Lichtenberg, Frankfurter Allee 169.
8. Praxis: Spandau, Neuenendorfer Straße 106.

Mietergenossenschaft.

Auf die unlängst an dieser Stelle veröffentlichte Anfrage, wer geneigt sei, eventuell einer Mietergenossenschaft zwecks Benutzung von Genossenschaftshäusern beizutreten, ist eine größere Anzahl von Meldungen eingegangen, von denen sich aber die meisten über den zu wählenden Ort — zunächst war Seefeld vorgeschlagen worden — nicht äußern. Die Adressen sind vorgemerkt worden; die Einsender werden in kurzer Frist nähere Mitteilung erhalten.

Wie in der ersten Annahme schon mitgeteilt wurde, steht indessen der Wahl für die Erbauung der Genossenschaftshäuser noch nicht endgültig fest. Die sämtlichen Terrain außer in Seefeld noch in anderen Orten angeboten worden ist. Es ist deshalb notwendig, zunächst noch festzustellen, ob nicht die Errichtung der Häuser in Grünau bevorzugt wird.

Wir ersuchen alle diejenigen (auch von den bereits Borgemerkten), die geneigt wären, eventuell einer Mietergenossenschaft in Grünau zwecks Benutzung von genossenschaftlichen Arbeiterhäusern (nicht Mietskasernen!) unter noch näher zu erklärenden Bedingungen beizutreten, ihre Adresse unter N. 3 an die Expedition einzulegen. Die Meldung desjenigen selbstverständlich die Einsender in keiner Weise.

Achtung! Vereine! Achtung!

Für Sommer- und Kinderfeste empfohlen!

Stadtkarten, Fadeln, Schärpen, Dekorations-Girlanden, Verlosungsgartikel, Karten, Sensen, Reglerpreise, Zug- und Scherzartikel, Feuerwerk, Festabzeichen.

— Gr. Auswahl. — Billige Preise. — Kulante Bedienung. —

Pohl & Weber Nachf.

Am Spittelmarkt 4/5 I **BERLIN** Alexanderstraße 51/52
Zuh.: Otto Defer. **Berlin**
— Kataloge gratis und franko sowie Versand nach außerhalb. —

Unserntentel veranlagt: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Neue Armin-Hallen
Kommandanten-Straße 58/59.
Hoch-frst-Säle (auch mit Bühne u. Galerien) von 50-1000 Personen fassend. Sonnabends und Sonntags frei. 8 Kegelbahnen. Rezipier. Amt IV. 10 155. 6 Vereinszimmer.

Arbeiter-Wanderbund Wer-Stoff-hat!!
„Die Naturfreunde“.

Wanderfahrten
am Sonntag, den 26. Juni 1910:
Sonnenwohlfahrt am Teupitzer See.
1. Abf. Sonnabend Götlicher Bahnhof 7 1/2 Uhr nachm. Johannissthal 7 1/2 Uhr nachm. nach Gr. Besten.
2. Abf. Sonnabend Götlicher Bahnhof 9 1/2 Uhr nachm. Johannissthal 9 1/2 Uhr nachm. nach Gr. Adria.
3. Halb-Röhren-Brand. Abf. Götlicher Bahnhof 6 1/2 Uhr vorm. Johannissthal 7 1/2 Uhr vorm.
4. Bus. Abf. Stettiner Vorortbahnhof 1 1/2 Uhr nachm.
1/20 Gäste willkommen.

Damen-Mäntel-Konfektion.
Bei dobem Gehalt suchen wir einen erstklassigen Zuschneider, welcher selbstständig Schnitt machen kann.
Reibungen 12-1. 26406
Graumann & Stern,
Röhrenstraße 35.

Hygienische
Bodentherapeut. Neueste Kataloge. Empfehlung viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. H. Dinger, Gummiwarenfabrik Berlin NW. Friedrichsstraße 61/9

J. Baer
Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung. Eig. Paletots. Großes Stofflager zur Anfertigung n. Maß. Allerbilligste, streng feste Preise.

Trebschen (Kr. Züllichau)
Lungenheilstätte für den Mittelstand. Heilung der Tuberkulose ohne Tuberkulin. Pensionpreis einw. nur 5 M. täglich.
Dr. Diesing.
leitender Arzt.

Parzelle M. 1100,
Hsg. 100 M. a. verl. Kolonie Dabem Giesdorf, Marzahn Str. 5, part. Tel. 2g. 676.

Sofastoffe
Rosenauswahl aller Qualitäten!
Wolle-Reste! Moquetts
Plüsch-Reste! Satteltaschen
Zimmer- und Treppen-Läuferstoffe
Kokos, Haargarn, Velour etc.
Muster bei näherer Angabe franko.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Craniensstr. 158

Eine Flugblattverbreitung für Groß-Berlin

findet morgen Freitag, den 24. Juni, abends 8 Uhr, von den bekannten Stellen aus statt.

Partei-Angelegenheiten.

Die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Wahlvereine findet am Sonntag, den 3. Juli 1910, mittags 12 Uhr, in Kellers Festhallen (Jnh. Freyer), Kopenstr. 29, statt.

Tagesordnung:

1. Der internationale Kongress in Kopenhagen. Referent: Genosse Fritz Ebert. 2. Diskussion. 3. Anträge der Kreiswahlvereine zum Kongress und Diskussion darüber. 4. Partei- und Verbandsangelegenheiten.

Anträge zum internationalen Kongress.

6. Kreis. Der internationale sozialistische Kongress wolle beschließen: Zur Vertiefung der sozialistischen Friedensbestrebungen sind die parlamentarischen Vertretungen der sozialistischen Parteien aller Länder aufzufordern, in den parlamentarischen Körperschaften Anträge einzubringen und zu befürworten, die auf eine internationale Vereinbarung aller Staaten zur gleichzeitigen Einschränkung der Seerüstungen und zur Beseitigung des Seebeuterechts abzielen.

Schöneberg. Am Sonntag, den 26. d. M., feiert in den Neuen Rathauskellern, Weiningerstr. 8, der sozialdemokratische Wahlverein das 21. Stiftungsfest. Konzert, Gesang, humoristische Vorträge und Tanz bieten dem Besucher ein wechselndes Programm. Konzert beginnt um 4 Uhr, während die Kaffeestunde bereits von 2 Uhr ab geöffnet ist. Eintritt 25 Pf. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. Jedes Kind erhält eine Stodlaternen gratis. Der Vorstand.

Steglitz. Freitag, den 24. Juni, abends 8 Uhr, Flugblattverbreitung in allen Bezirken. Material bei Clement.

Tempelhof. Freitagabend 7 1/2 Uhr Flugblattverbreitung von den Bezirkslokale aus.

Schönendorf bei Königs-Wusterhausen. Am Sonntag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, findet die Wahlvereinsversammlung im Lokale des Herrn Otto Pätzsch statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Wilhelm Ilm über: „Die gegenwärtige politische Lage“. Aufführen der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. Unser diesjähriges Sommerfest und Verschiedenes. Der Vorstand.

Weißensee. Morgen, Freitagabend, Flugblattverbreitung. Treffpunkt in den bekannten Bahnhofslokale.

Pankow. Morgen Freitagabend: Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkslokale aus.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Freitag, den 24. Juni, 7 Uhr abends, Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Wilhelmsruh. Die morgen, Freitag, stattfindende Flugblattverbreitung findet von den Bezirkslokale aus statt.

Vorgraben-Tegeel. Am Sonntag, den 26. Juni, von nachmittags 2 Uhr ab, halten die Arbeitergesangsvereine „Immergrün“ und „Freiheitssänger“ im Vergnügungspark, Waldmannslust, ihr Sommerfest ab. Da die genannten Gesangsvereine bei jeder Festlichkeit der Wahlvereine mitwirken, so ersuchen wir die Genossen, sich rege an dem Fest zu beteiligen. Die Bezirksleitung.

Tegeel. Morgen Freitag, den 24. Juni, abends von 7 Uhr ab von den bekannten Bezirkslokale aus Flugblattverbreitung. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Der Grunewald im Juni.

Der Flor der Weiden, Erdbeerblüten und anderer Kleinkräuter des Waldbodens ist verschwunden, und zwischen Gras und Kraut tauchen reife Erdbeeren auf. Und doch steht der Grunewald gerade jetzt in vollster Blüte, sofern man eben diesen Ausdruck braucht und nicht von Blumen spricht. Denn wir meinen die Gräser, die in einer Anzahl von Arten, aber in unzählbarer Menge den Waldboden überziehen und ihre schmußigen Blüten jetzt geöffnet haben. Der Juni ist nicht nur der Blumen-, sondern auch der Gräsermonat. Aus den Rippen und Ähren hängen zahllose gelbe Staubbeutel herab. Leicht bewegt sie der Wind, denn sie schaukeln an dünnen langen Stielen und so ist alles getan, um den Pollen von Blüte zu Blüte zu führen.

Die andauernde Vor sommerhitze hat auch im Moor zwischen Gundeleshe und dem Grunewaldsee ihre Wirkung geübt. Man kann überall ziemlich trockenen Fußes hindurchgehen, und da auch ein Regenguß daran nichts ändert, so ist es jetzt leicht, die eigenartige Flora dieses Moores zu besichtigen, die mit der des angrenzenden Waldes gar keine Ähnlichkeit besitzt. Zwar die Kiefer geht ins Moor, aber sie bleibt hier niedrig und als verküppelte Moorkiefer bestiebt sie die nassen Stellen. Am Rande des Moores gedeiht noch die Brombeere. Dieser hinein bilden kleine Moorbirnen, kenntlich am dreieckigen Laube, und Grauwiden mit filzigen Blättern eine Art Unterholz. Das Torfmoos, das überall den Boden wie ein Schwamm bedeckt, wird von den zierlichen Stengelchen der Moosbeere überponnen, die mit reizvollen rötlichen Blüthen jetzt voll entwickelt ist. Dreizählige Blätter, wie Kleeblätter, nur viel größer, verraten den Bitterklee. Sehr leicht kenntlich sind auch zwei Arten des Bollgrases mit weißvioletten Schöpfen auf fuhhohen Stielen; die Wolle beflügelt die Samen und entleert mit ihrer Reife. Ein starker, aber aromatischer Geruch macht uns auf das Mottenkraut oder den „falschen Rosmarin“ aufmerksam, den einzigen heimischen Vertreter jenes Pflanzengeschlechts, dem auch die Alpenrosen und Azaleen angehören. Der fuhhohle Strauch ist mit schmalen Blättern besetzt und die weißen Blüten sind in talergroße Scheiben zusammengedrängt. Durch die Mitte des Moores zieht sich der Länge nach ein Graben, ganz mit Torfmoosen bewachsen, aus denen niedrige Weiden herausragen. Hier fallen die eigenartig trüb braunroten Blüten des Blutauges auf, einer der Erdbeere verwandten Pflanze. Gegen den See hin wird das Moor feuchter und seine Pflanzenwelt üppiger und formenreicher. Mit roten, braunen, gelben und grünen Tönen treten die Torfmoose stärker hervor und auf ihren Polstern zeigen

sich die zierlichen Rosetten des Sonnentaus. So oft diese insektenfressende Pflanze nun auch schon beschrieben worden ist, so erregt sie doch immer wieder von neuem die Anteilnahme des Beobachters. Sie läßt sich leicht mit dem Moospolster herausheben und zu Hause auf einem Teller kultivieren. Dabei braucht sie nichts als reines Wasser zum „Trinken“, für das Uebrigte sorgt sie mit ihren bekannten „Leimruten“ selbst.

Um die Erhaltung dieses Grunewaldmoores wird seit Jahren gekämpft. Wie der eigentliche Grunewald eine unentbehrliche Lunge der Großstadt bildet, so ist das Moor zwischen Gundeleshe und Paulsborn unerlässlich für den Naturfreund und den Forscher. Der Wald, den früher Eichen bildeten, hat schon viele Wandlungen durchgemacht und der Mensch fast allein bestimmt jetzt sein Gesicht. Darunter hat wohl auch das Moor gelitten, aber im wesentlichen zeigt es noch heute die Flüge, die ihm zweifellos schon in vorgeschichtlichen Zeiten eigen waren. Darin liegt ein weiterer Reiz. Wird die Vernichtung des Waldes Halt machen vor diesem historischen Denkmal der Natur?

Die Freie Jugendorganisation Berlin und Umgegend bittet und mitzuteilen, daß der am Sonntag stattgefundene Massenauszug der Jugendlichen nach Friedrichshagen nicht vom Jugendausflug, sondern von ihr ausgegangen ist.

An den Paradedagen wollen die Droschkenführer nicht von einer Stelle zur anderen „gejagt“ werden, sondern berechtigt sein, in den Nebenstraßen auf Fahrgäste warten zu können. Auf eine Beschwerde hat der Polizeipräsident — wie die Fachzeitschrift „Der Fuhrhalter“ berichtet — folgendes geantwortet:

„Auf die Eingabe vom 20. Mai d. J. erwidere ich dem Vorstand ergebenst, daß dem dortigen Wünsche auf Aufstellung von leeren Droschken in den Seitenstraßen der Friedrich- und Velle-Alleestraße an Paradedagen bereits bei der letzten Parade in größerem Umfange als bisher Folge gegeben ist. Diese Aufstellung kann jedoch immer nur nach Maßgabe der jeweiligen Verkehrsverhältnisse erfolgen.“

Bei der letzten Parade hat sich aber der Uebelstand gezeigt, daß die in den Seitenstraßen zugelassenen Droschken an Fahrgäste nicht zur Beförderung, sondern als Standplatz für die Besichtigung der vorübergehenden Truppen vergeben wurden, wodurch in mehrfacher Beziehung der Verkehr behindert worden ist.

Bei zukünftigen Paraden kann ich daher eine derartige Aufstellung leerer Droschken in größerem Umfange nur in Aussicht stellen, wenn die Droschkenführer die geringste Verletzung ihrer Bogen nicht zulassen.“

Landtagskandidatur in Berlin 4.

Den Fortschrittlichen liegt sehr viel daran, den Verbandswahl der Dirsch-Dunderschen Gewerksvereine, Stadtverordneten Karl Goldschmidt, wieder in den Landtag zu bekommen. Er gehörte dem Landtage mehrere Jahre hindurch an, unterlag aber bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1908 und auch bei der Reichswahl im vergangenen Jahre gegenüber unserem Genossen Vorgraben. Jetzt soll er im 4. Berliner Landtagswahlbezirk, der durch die Mandatenerledigung des Abgeordneten Dr. Müller-Sogon freigeworden ist, als Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei aufgestellt werden.

Beschwerden über hygienische Zustände in Fabriken.

Zu den unter obiger Spitzmarke in unserer Sonntagsnummer mitgeteilten Missetaten in einer Schuhfabrik in der Dirschstraße (Klosettverhältnisse und Wassermangel betreffend) schreibt uns die Hausverwaltung:

Der gerügte Uebelstand im Hause Dirschstr. 47 erwuchs aus der Inbetriebnahme einer neuangelegten Kunststoffsabrik, die durch einen unvorhergesehenen übermäßigen Wasseranlauf den übrigen im Hause befindlichen Betrieben das Wasser entzog. Es wurden auch sofort, als die Sache bemerkt wurde, die nötigen Schritte getan, um bei der städtischen Wasserleitungsinspektion einen verstärkten Anschluß an die Hauptleitung zu erlangen, was bei der starken Beschäftigung der Wasserleitung und bei dem etwas langsamen Geschäftsgange bei solchen Behörden erst jetzt möglich war. Es haben sowohl Wasserleitungsinspektion als Polizei von der Sache Kenntnis genommen und der unterzeichneten Hausverwaltung die Abstellung des bewügten Uebelstandes aufgetragen, haben aber auch in Anbetracht der obwaltenden Umstände derselben eine Frist zur Ausführung der Arbeiten gestellt (an welchen bereits eifrig gearbeitet wird), in welcher diese auch gewiß fertig sein werden. Es ist noch zu erwähnen, daß die gerügte Skandalität sich nur auf wenige (3-4) Stunden des Tages beschränkt.

Mit einem waffen Erzech eines Angeklagten endete gestern eine Verhandlung vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I. Aus der Unterbringungshaft wurden der Malergehilfe Carl Hägen, der Arbeiter Richard Jahn und der Arbeiter Eugen Oppermann vorgeführt, um sich wegen wiederholten gemeinschaftlichen, jäweren und einfachen Diebstahls zu verantworten. Die Strafkammer erkannte gegen Hägen auf 9 Monate, gegen Jahn auf 2 Jahre Gefängnis und gegen den Anführer Oppermann auf 3 Jahre Zuchthaus. Während der Urteilsverkündung versuchte Oppermann, der schon in der Verhandlung ein unerschämtes Benehmen zur Schau getragen hatte, über die Barriere hinwegzuzuklettern und sich auf das Richterstegium zu stürzen. Als er hieran von dem Gerichtsdienner gehindert wurde, kam es in der Anklagebank zu einem wilden Handgemenge, bei welchem der Gerichtsdienner Dubinski durch Stichwunden an den Händen und an den Beinen verletzt wurde. Erst von vier Beamten konnte der Tobende überwältigt und abgeführt werden.

Ein schwerer Strohfabrikunfall ereignete sich gestern nachmittags gegen 5 Uhr in der Straße Al-Moabit. Dort verfuhrte vor dem Hause 134 der 33jährige Arbeiter Wilhelm Gabenne, Zeugmeisterstr. 8 wohnhaft, unmittelbar vor einem herannahenden Strohfabrikunwagen der Linie 9 das Gleis zu überschreiten. Er wurde jedoch von dem Waggon erfasst und geriet unter den Vorderperron. Er erlitt eine Gehirnerschütterung, eine Wunde am Kopf und erhebliche Hautabschürfungen, und wurde nach dem Kronenhause Moabit übergeführt.

Aus einem Zigeunerlager. An der Grenze von Weißensee schlief vor einigen Tagen eine Zigeunerbande ihr Lager auf und zogte ab. Bald schwärmten die Weiber aus und suchten die benachbarten Geschäfte mit dem alten Wechseltrieb heim. Sie gaben eine größere Anzahl in Zahlung und erbateten sich als Wechselgeld Münzen vom Jahre 1874. Beim Ausfinden halfen sie fleißig mit und zahlten dabei, sobald sie nur bekommen konnten. Ein Kaufmann, der ihnen auch einen erheblichen Betrag geopfert hatte, zog mit einem Gendarm nach dem Lager, um die Diebin herauszuholen.

Er erkannte sie in einem jungen Weibe, das mit einem Kind auf dem Arme dahinfuhr. Als die Zigeunerin merkte was vorging, warf sie das Kind in den Bogen und lief in ein Haferfeld. Jetzt nahm die Polizei die ganze Bande in Gewahrsam und suchte dann mit einem Hunde das Haferfeld ab. Man entdeckte aber kein Weib, sondern einen Zigeunerknaben, der sich ganz harmlos herumzutreiben pflegte. Als man ihn sich jedoch genauer ansah, erkannte man, daß man die Diebin doch gefangen hatte. Man hatte ihr heimlich Anabenkleider zugetragen und ihre Frauenkleider weggeschafft. Die Verhaftete nannte sich Anna Winter, wurde aber von dem Erkennungsdiener der Kriminalpolizei erkannt als eine Anna Unger, die von der Kriminalpolizei bereits photographiert und gemessen war. Sie wurde in Untersuchungshaft genommen.

Ein falscher Magistratsbeamter wurde gestern von der Kriminalpolizei festgenommen. Ein Kaufmann Hugo Grünwald aus Lichtenberg besuchte dort und im Osten Berlins Geschäftsleute, besonders Drogenhändler, stellte sich ihnen als Magistratssekretär, Vorenborsitzer oder dergleichen vor und teilte mit, daß er als Lagerverwalter beauftragt sei, größere Einläufe zu machen. Mit einer deutlichen Nennenbewegung erklärte er, daß er geneigt sei, mit dem Geschäftsmann, den er gerade besuchte, abzuschließen, wenn auch für ihn dabei etwas abfalle. Einen Lieferungsvertrag setzte er sofort auf. Weil er stets von größeren Lieferungen sprach, die bis zu 3000 M. und mehr gingen, so waren die Leute gern bereit, eine Provision oder ein Geschenk zu bewilligen. Auch andere, die hierauf nicht eingehen wollten, wußte Grünwald zu schröpfen. Er schloß nur unter dem Vorbehalt ab, daß seine Vorgesetzten den Vertrag genehmigten. Zu diesem Zweck sagte er, müsse er den Vertrag mitnehmen und bei der Genehmigung gleich stempeln lassen. Die „Stempellosten“ nun ließ er, sich von den Leuten, die die Provision erst bei Ausführung der Lieferung zahlen wollten, gleich mitgeben. Mehrere Anzeigen veranlaßten die Kriminalpolizei, die Geschäftsleute zu warnen. Als der Schwindler nun gestern wieder bei einem Drogenhändler erschien, ließ man ihn festnehmen. Grünwald hat bis jetzt 8 solche Schwindelacten eingeräumt, ohne Zweifel aber noch viel mehr verübt. Geschädigte, die noch keine Anzeige gemacht haben, können sich bei der Kriminalpolizei im Zimmer 177 melden.

Choleraverdacht. Ein Choleraverdächtiger Fall wird vom Auswandererbahnhof Aufheben bei Spandau gemeldet. Der aufsichtführende Arzt hatte zunächst Darmkatarrh diagnostiziert, doch sind vorläufiger die Exkremente zur Untersuchung an das Institut für Infektionskrankheiten in Berlin gesandt worden. Das Ergebnis der Untersuchung soll sofort bekannt gegeben werden. Es handelt sich um einen russischen Auswanderer, der infolge der verdächtigen Erkrankung hier zurückgehalten worden ist. Zur Beunruhigung des Publikums liegt kein Grund vor, da sofort die strengste Absperrung des Auswandererbahnhofs erfolgt ist.

Warnung für Fabriken der Konfektionsbranche. Kürzlich mietete sich in Regensburg ein Mann unter dem Namen Albert Pfeleiderer aus Königsberg eine Privatwohnung und gab sich als Vertreter eines Import-Exportkommissions- und Agentengeschäftes aus. In einem Schreiben an verschiedene deutsche Fabriken ersuchte er um umgehende äußerste Extraoefferte in ff. Anberodchen mit Spitzen und Stidereien nur besseren Genres gegen sofortige Kasse. Da der „Einläufer aus Spanien“ jedoch nur einige Tage auf der Ausstellung in Regensburg weile, so sollten die Fabriken gleichzeitig einige Ausführungsmuster franco gegen franco per Post ihm zusenden. Mit den so erhaltenen wertvollen Mustern ist der Schwindler dann verschwunden. Fabrikanten seien vor seinem Trick gewarnt.

Auf dem Wege zur Arbeit tödlich verunglückt ist der 60 Jahre alte Schmiedegeselle Gustav Tieg aus der Schönleinstr. 24. Der Mann war in der Hafenheide beschäftigt. Als er zur Arbeit gehen wollte, überfah er am Dermamploß, daß ein Omnibus um die Ecke bog. Der Wagen ging ihm über den Leib und verletzte ihn so schwer, daß er nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte. Dort starb er bald nach der Aufnahme.

Eine Benzinexplosion ereignete sich gestern vormittag in der Automobilwerkstatt auf dem Grundstück Hannoverstr. 5. Der Hilfsmonteur Franz Jumbrowski hatte den Benzindämpfer eines Kraftwagens auszubehern und ging dabei unvorsichtig mit einer Zündlampe um. Es entstand eine Explosion, bei der Jumbrowski durch Stichflammen am Gesicht, an der Brust und an den Armen so schwer verletzt wurde, daß er nach der Charité gebracht werden mußte.

Ein tödlicher Baunfall ereignete sich gestern in der Großgörschenstr. 29. Dort waren Bauarbeiter gerade mit der Aufstellung eines Gerüstes beschäftigt, als plötzlich einer der Arbeiter vom vierten Stock in die Tiefe stürzte. Der Verunglückte war sofort tot.

Wer ist der Tote? Am 18. Juni 1910 wurde am Adnigsplatz ein zirka 35 Jahre alter, unbekannter, dem Arbeiterhande angehöriger Mann überfahren und getötet. Er ist zirka 1,70 Meter groß, hat schwarze Haare, schwarzen Schnurrbart und Augenbrauen, spitzes Kinn, längliches Gesicht und gebürnte Gesichtsfarbe. Auf dem linken Arm befindet sich eine Tätowierung, einen nach oben offenen Kranz mit einer Krone darstellend, darin J. 64 R. 1897 bis 1899, auf dem rechten Arm ein Herz, darin B. 1875 L., einen Winkel, einen Firkel und eine Axt. Der Unbekannte hat also wahrscheinlich 1897-1899 bei dem 64. Infanterieregiment gedient, ist 1875 geboren und gelehrter Zimmermann. Vesteidet war er mit steifem schwarzen Hut, schwarz gestreiftem Kammgarnrock, grauwelber Weste mit roten Punkten, schwarzer Hose, gestickten Gummizugstiefeln, blauegestreiftem Hemd, Korbhemd und graublauem Vorhemd mit weißen Streifen und blauen Punkten. Er hatte eine alte silberne Zylinder-Remontoiruhr Nr. 18 247 mit mattblauem Zifferblatt, ein Portemonnaie mit 33,12 M., ein Taschmesser, 2 Schlüssel am Ringe und eine schwarze Wachsstocktasche mit blauer Emaillekanne bei sich. Die Leiche befindet sich im Schauhaufe. Nachricht über die Persönlichkeit und über etwaige Angehörige erteilt die Kriminalpolizei zur Nr. 2546 IV 66 10 und wird auch in jedem Polizeirevier entgegengenommen.

Bier große volkstümliche Turnfeste feiert der Arbeiter-Turnverein „Fichte“ am Sonntag, den 26. Juni, auf seinen vier Vereinsturnplätzen in Treptow, Lichtenberg, Pankow und Jungfernheide. Zur Vorkführung gelangt nicht das sonst bei Turnfesten übliche Geräterturnen, sondern es soll ein volkstümliches Turnen: Springen, Wettkäufen, Stafettenläufen, Spiele uim. gezeigt werden. Um auch den Gästen aktiven Anteil an den Festen zu gewähren, werden während des Aberturnens Spiele mit den Gästen abgehalten.

Für die Kinder werden am ganzen Nachmittage Spiele stattfinden, die von den Turnerinnen geleitet werden. Im übrigen verweisen wir auf das heutige Infemat. Da alle Vorkehrungen getroffen sind, kann den Besuchern ein interessanter Nachmittage versprochen werden.

Reigen gesucht. Die beiden Herren, welche am Dienstag, den 17. Mai, abends 10 1/2 Uhr im Droppfen-Automobil vom Lokal Fritz Bod. Landsberger Allee 188, Ecke Elbinger Straße, nach dem Lokal Friedrich Schulze, Prenzlauer Allee 6, und von dort im selben Auto zu Schipponowstr., Spandauer Brücke, fuhren, werden dringend um Angabe ihrer Adresse gebeten an A. Niesel, Berlin N., Liebenwalder-Straße 59.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Das 550 jährige Jubiläum Rixdorfs.

Am Sonntag, den 28. Juni kann Rixdorf das 550 jährige Jubiläum seines Bestehens als Gemeinde feiern, wenngleich es schon längst aufgehört hat, eine Gemeinde im landläufigen Sinne des Wortes zu sein. Die älteste Urkunde, die über den Ort besteht, datiert vom 28. Juni 1360. Durch diese Urkunde spricht der Johanniterorden die Umwandlung seines Hofes „Rixhardsdorf“ in ein Dorf mit 25 Hufen aus.

In der Urkunde heißt es unter anderem:

Wir, Bruder Hermann von Werberge, ein Statthalter der Mark zu Brandenburg und Wendenlande, und ich, Bruder Dietrich von Soster, Komthur, und wir alle gemeine Brüder des Hauses Tempelhof bekennen und bezeugen offenbar in diesem Briefe vor allen Christenleuten, daß wir mit Vollmacht unserer Obersten und mit beratendem, vordachten und rechten Räte und Willen und Räte unserer aller, auch nach Räte des ehrlichen Priesters Herrn Jacobs von Doh, haben unsern Hof, genant Rixhardsdorf, verwandelt und mit diesem Briefe zu einem Dorfe mit 25 Hufen, je zu der Hufe zehn Morgen Landes, in der Weise gelegt, daß der Schulze, der das Schulzenamt hat, eine Hufe und seinen Hof frei, ohne vom dreihigsten haben soll, welche zum Hause Tempelhof gehört. Und von den anderen 24 Hufen soll man von jeder Hufe geben eine halbe Mark zu Nacht und einen Schilling brandenburgischer Pfennige zu Jins jährlich zu St. Martinstag, und dem Pfarrer von Tempelhof von jeder Hufe einen halben Scheffel Roggen, und dem Schulzen von Tempelhof ein Viertel Scheffel von der Hufe und dazu seine Gebühr, als dies üblich ist in andern Dörfern. Und der Pfarrer und Schulze sollen den Bauern von Rixhardsdorf um Gottesrecht, wann es ihnen not ist, und die Bauern sollen zur Tempelhofischen Kirche gehen. Ferner, so soll der Komthur von Tempelhof den Jehnten haben im Fleißgehnten und in den Rauchhühnern, ohne vom Schulzen, wie vorher geschrieben steht, über das ganze Dorf. Ferner so sollen die Hufner dienen mit ihren Pfählen drei Tage und die Kossäten drei Tage jährlich arbeiten zu unsern Hufen zu Tempelhof. Ferner sollen die Kossäten, die im Dorfe wohnen, dem vorhergenannten Komthur 18 Pfennige und der Dahnergemeine 6 Pfennige entrichten, ohne einen Kossäten, welcher an den Schulzen 2 Schillinge zu geben hat. Ferner sollen die Hufner alle die Wiesen haben, welche zu Rixhardsdorf gehören, ohne die Lange Wiese, welche unserm Hause zu Tempelhof verbleiben soll. Ferner sollen die Bauern sich des Mohrwuchses bedienen zu ihren Dächern, jedoch sollen sie daselbe ohne unsern Willen nicht verkaufen dürfen, und auch das Kuh- und Bauholz und Gegercis sollen sie gebrauchen zu ihrer Not und Lagerholz, wenn es vorhanden, sollen sie frei haben. — Ferner soll der Komthur von Tempelhof zu jedem Hause und jedem Kossäten alle Jahr eine Kamel Holz geben, wofür sie 1 Schilling brandenburgischer Pfennige zahlen müssen. — Damit wir diese Dinge ganz und stets halten wollen, haben wir diesen Brief besiegeln lassen mit unserm Insignel, der gegeben ist nach Gottes Geburt dreizehnhundert Jahre in dem sechsigsten Jahre des Freitags vor Monat Thoma des heiligen Apostels (Translatio). Der Dinge Zeugen sind Herr Jacob von Doh, dessen Insignel an diesem Brief, Hans Schuler und sein Sohn Heming, Wtl. Malow und Hans, sein Bruder, Hans und Arndt Gebrüder Maslow und viel mehr gute Leute.

Als ein altes Kulturdokument führt uns die vorliegende Urkunde zurück in die Zeit mittelalterlicher Fröigkeit. 500 Jahre später wurde das 500 jährige Jubiläum des damals noch in Deutsch- und Wärsch-Rixdorf getrennten Ortes begangen. Noch vor 50 Jahren hatte der Ort insgesamt 8887 Einwohner. In diesen fünf Jahrzehnten kapitalistischer Entwicklung ist aus dem kleinen Dorf eine Großstadt mit circa 230 000 Einwohner geworden.

Der Magistrat beschloß in seiner letzten Sitzung die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts um einen zu vermindern. Die Gerichtsassessoren Gense und Tommer werden zu stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts gewählt. Auf Eruchen des Polizeipräsidenten sollen die zunächst nach der Unfallstation oder der Feuerwache Erstkreuz geschickten hilflos aufgefundenen Personen dort den Begleitern des städtischen Krankenwagens zum Weitertransport nach dem Krankenhaus Budow übergeben werden. — In Gemäßheit des Beschlusses vom 26. Mai d. J. soll die Kalenfläche des Bergberglafes für die Zeit der Schulspiele durch Ketten abgesperrt und nur an zwei Wochentagen dem Kaiser-Friedrich-Realschulmannum zur Abhaltung von Turnspielen zur Verfügung gestellt werden. Der Spielplatz in der Leffingstraße soll während der großen Ferien dem Jugendausschuß der Arbeiterkass Rixdorfs an vier Nachmittagen zu Spielwecken kostenlos überlassen werden. — In der Angelegenheit betreffend die Errichtung eines bakteriologischen Untersuchungsamtes im städtischen Krankenhaus soll in erneute Verhandlungen mit dem Herrn Minister getreten werden. — Der Magistrat erklärte sich ferner damit einverstanden, daß die Eintrittspreise im Rixdorfer Theater wie folgt erhöht werden: Operette von 1.50 M. auf 1.60 M., I. Parterre von 1 M. auf 1.10 M., II. Parterre, Seitenparterre, I. Rang von 0.75 M. auf 0.85 M. Jedem Besucher muß dafür ein Programm kostenlos geliefert werden.

Ein Familien drama hat sich in der gestrigen Nacht in dem Hause Wilmannstr. 4 abgepielt. Dort versuchte die Ehefrau Martha des Kleiners R. sich und ihre drei Kinder durch Leuchtgas zu vergiften. Alle vier Personen konnten am Leben erhalten werden. Frau R. soll die Tat deswegen verübt haben, weil ihr Mann schon seit längerer Zeit stellunglos ist. In der gestrigen Nacht, als der Obemann nicht daheim war, legte Frau R. die Kinder zu Bett und wartete, bis sie alle eingeschlafen waren. Sodann öffnete sie sämtliche Gasähne in der Wohnung und legte sich selbst nieder. Nach einiger Zeit fiel Nachbarleuten ein verdächtiger Gasgeruch, der sich auf dem Korridor verbreitete, auf; sie öffneten die Tür zu der R. sehen Wohnung. Die drei Kinder fand man bereits in bewußtlosem Zustande auf, während die Mutter noch bei Besinnung war. Ein hinzugerufener Arzt rief die Kleinen nach langen Bemühungen wieder ins Leben zurück. Frau R. wurde, da der Arzt hochgradige Resipitanz bei ihr feststellte, einer Heilanstalt zugeführt.

Die Gesundheitsberichter, die vor einigen Tagen der Witwe Auguste Jöhl am Mariendorfer Weg die Kleidungsstücke und das Geld abschwindelte, um heides zu beschreiben, ist jetzt ermittelte. Es ist eine 87 Jahre alte Aigennerfrau Marie Woppler aus der Wilmannstr. 6. Frau Woppler behauptet, daß Frau Jöhl bei einem zufälligen Zusammentreffen sie selbst veranlaßt habe, an ihr ihre Heilung auszusprechen.

Repton.

Am Montag, den 13. Juni, abends zwischen 10 und 11 Uhr ist vor dem Lokal des Herrn Holz, Köpenicker Landstraße, Ecke Part-

straße, eine Einradfahrerin entwendet worden. Personen, die über den Verbleib derselben Angaben machen können, werden gebeten, Nachricht an Herrn Arndt, Kolonie Moorrede, oder an Herrn Gastwirt Holz, Köpenicker Landstraße, gelangen zu lassen.

Reinickendorf.

Die Wahlen der Arbeitnehmerbeisitzer zum hiesigen Gewerbegericht finden heute Donnerstag, den 23. Juni, nachmittags 5-7 Uhr statt. Als Kandidaten der freien Gewerkschaften sind aufgestellt die Genossen: Dreher Fritz Henschel, Widler Reinhold Lorenz, Einseher Wilhelm Fey und Dreher Franz Labner. Wahlberechtigt sind nur Arbeiter, die das 25. Jahr vollendet, im letzten Jahre keine Armenunterstützung aus Gemeindegeldern erhalten haben und zur Zeit der Wahl am Orte entweder wohnen oder beschäftigt sind.

Da die amtlichen Legitimationsformulare in ungenügender Zahl zur Verfügung gestellt werden, möge sich jeder ordnungsgemäße Wähler mit Mietkontrakt oder Steuerzettel legitimieren. Ferner können die Arbeitgeber für die im Betriebe beschäftigten über 25 Jahre alten Arbeiter Formulare, auf denen bis zu 30 Namen verzeichnet sind, ausstellen. Die betreffenden Arbeiter müssen dann möglichst geschlossen zur Wahl erscheinen. Die Gewerkschaftskommission.

Wärschenbeck.

Die politische Lage im Reich und in Preußen lautete das Thema, mit dem sich eine Volksversammlung am letzten Sonntag in Wärschenbeck (Gasthof zur Sonne) beschäftigte. Der Referent, Reichstagsabgeordneter Genosse Eichhorn, kennzeichnete die für die Arbeiterklasse so verderbliche Steuerpolitik der Regierung und unterzog das Verhalten der bürgerlichen Parteien in derselben einer scharfen Kritik. Reichler Weisall lobnte dem Redner für seinen Vortrag. Nachdem noch um Abonnieren der Parteipresse und zum Eintritt in die Organisation aufgefordert wurde, schloß der Vortrag mit begeistertem Hoch auf die Sozialdemokratie die Versammlung.

Wannsee.

In der Generalversammlung des Wahlvereins wurde an Stelle des bisherigen ersten Vorsitzenden Genossen Karl Schulze, der seine Wiederwahl ablehnte, Genosse Hirtze gewählt. Genosse Schulze nahm das Amt als Schriftführer an. Auch die übrigen Ämter wurden neu besetzt. Am Schlusse der Wahl wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Mitglieder den Vorstand durch rege Teilnahme an den Parteiarbeiten unterstützen mögen.

Wossen.

Dreizehn neue Genossinnen meldeten sich am Schlusse einer am Freitag stattgefundenen Frauenversammlung, in der die Genossin Vohm-Schud (Rixdorf) über „Wie verständigt sich die heutige Gesellschaftsordnung an Frauen und Kindern?“ referierte, zur Aufnahme in den Wahlverein.

Potsdam.

Der schlichte Mann aus der Werkstatt, der Abg. Pauli soll nach einer Erklärung des dortigen konservativen Führers mandatsunwürdig sein. In den nächsten Wochen wird sich eine besondere Vertrauensmännerversammlung mit der Kandidatenfrage beschäftigen; vielleicht ist bis dahin Herr Pauli schon wieder anderen Sinnes geworden. In konservativen Kreisen befürchtet man allerdings, daß Herr Pauli nach seiner bisherigen Tätigkeit und dem Verhalten der konservativen Partei immer weniger Anhänger finden wird. Mit einem politischen unbelasteten Reuling von der Marke „national, aber parteilos“ glaubt man wieder den Kreis zu erobern. Denn nach dem Verzicht der konservativen Vertrauensmänner geben sie selbst zu, daß wegen Ablehnung der Erbschaftsteuer eine große Mehrheit in der gegen die Konservativen im Wahlkreis bestanden habe, die jetzt aber wieder vollständig verschwunden sei. Jedenfalls entfallen aber die Konservativen jetzt schon eine sehr wichtige Propaganda zur Reichstagswahl.

Im Gefängnis erhängt. In einer Zelle des neuen Potsdamer Gerichtsgefängnisses hat sich gestern ein Unterungengefangener, ein Biergelieferer aus Stindow, der wegen Sittlichkeitsverbrechens verhaftet worden war, mit seinem Halsstuch erhängt. Es ist dies der zweite Fall in diesem Jahre.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Freitag, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Pöschmann, Borsbergstr. 8, ein Vortragabend statt. Genosse Schenl referiert über die Entstehung der Handwerkszunge.

Der Jugendausschuß.

Gerichts-Zeitung.

Abermals ein verständiges Urteil.

Der Arbeiterssekretär Richard Schmidt hatte am 7. März d. J. in der Linienstraße in Linden in einem Demonstrationszuge, der einer vorausgegangenen Protestversammlung gegen das bestehende Landtagswahlrecht folgte, Hochrufe auf das allgemeine direkte und geheime Wahlrecht ausgebracht. Nach der Befundung des Schuhmanns Wöhler ist bei Ausbringung der Hochrufe das Publikum unruhig geworden; aus den Häusern sind auch Enttäuschungsrufe laut geworden. Der Beamte konnte aber nicht bekunden, daß die Hochrufe eine Störung des Verkehrs herbeigeführt haben. Das Schöffengericht zu Hannover folgte am Sonnabend den Ausführungen des Verteidigers, Justizrat Lenzberg, und erkaunte auf kostenlose Freisprechung des Angeklagten, der beschuldigt war, sich des groben Unfugs nach 260 II Str.-G.-V. schuldig gemacht zu haben. Er führte u. a. aus: Bei Verurteilung der zur Anklage stehenden Straftat habe auscheiden müssen, was das Publikum nach Ausbringung der Hochrufe getan habe. Man könne zweifellos sagen, die moralische Verantwortung dafür habe der Angeklagte zu tragen, aber eine strafrechtliche Verantwortung sei ihm nicht zur Last zu legen. Durch die Hochrufe sei der äußere Bestand der öffentlichen Ordnung an und für sich nicht zu gefährden, es sei denn, daß in der Menge dadurch eine Störung des ruhigen Abflusses des Verkehrs hervorgerufen würde. Das Geruch der Hochrufe habe aber eine solche Störung nicht hervorgebracht.

Wahlhunde.

Den Aufruf „Wahlhunde“ will der Schuhmann Reftin in Beziehung auf Schulente in der Nacht vom 16. März gehört haben. Den Auf soll der Klempner Carl Arnold aus Siedende gebraucht haben. Der Angeklagte bestritt, den Aufruf gebraucht zu haben. Das Schöffengericht (Abteilung 129, Amtsgerichtsrat Fiedler) verurteilte den unbescholtenen Mann jedoch zu einer Woche Gefängnis. Weitem stand vor der 8. Strafkammer Berufungsstermin an. Der Rechtsanwält Dr. Heinemann plädierte auf Freisprechung, da die Belastung des einzigen Belastungszeugen zur Unterjuchung nicht ausreichte, eventuell sei eine geringe Geldstrafe am Platz. Die Strafkammer erkannte auf 30 M. Geldstrafe.

Ein an Nord grenzender Totschlag.

Der 23jährige Schlächtergeselle Paul Widler hatte sich gestern wegen Totschlags vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Godes zu verantworten. Das Verfahren war ursprünglich auf Mord gerichtet, die Anklage lautete aber nur auf Totschlag. Der Angeklagte unterhielt seit mehreren Monaten ein Liebesverhältnis mit dem 18jährigen Dienstmädchen Frieda Goese. Im August hatten sie sich bräutig verlobt, anfangs dieses Jahres aber wurde das gegenseitige Verlöbniß getrübt, nach-

dem das Mädchen erfahren hatte, daß der Angeklagte wegen Teilnahme an einer Schlägerei von dem Gericht zu Glogau zu 6 Monaten und 1 Woche Gefängnis verurteilt worden war. Zu Opfern hatten beide die letzte Zusammenkunft. Am 2. April schied das Mädchen, welches in der Kolonie Grunewald in der Dubertusallee bei der Familie eines Rentiers in Stellung war, dem Angeklagten den Ring und seine Geschenke zurück und ersuchte ihn um Aufkündigung ihrer Ehe und Verzeihe. Am 5. April abends erschien der Angeklagte im Grunewald vor der Wohnung der Goese, die sich allein zu Hause befand, da ihre Herrschaft zur Verhöhnung eines Vortrages ausgegangen war. In der Wohnung lehnte die Goese eine Werbung des Angeklagten um Wiederannahme des Verkehrs mit ihm ab. Der Angeklagte hatte plötzlich ein Messer, einen sogenannten Räder, in der Hand und verzehte dem Mädchen einen Stich in die Schultergegend. Als die Goese zur Abwehr den Arm hob und entseht ausdrück: „Paul, was machst Du denn?“ rief der Angeklagte in blinder Wut weiter auf sie ein und brachte ihr acht Stiche in die Brust, darunter eine sehr gefährliche unterhalb der linken Brust. Während sich das Mädchen in die Wohnung schleppte, ergriff Widler die Flucht. Die Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhaus Westend gebracht. Dort ist sie nach wenigen Tagen ihren Verletzungen erlegen. Der Angeklagte ist nach der Tat einen ganzen Tag ruhelos im Grunewald umhergeirrt und hat sich am 6. April nachmittags der Polizei selbst gestellt. — Die Geschworenen sprachen dem Angeklagten des Totschlags schuldig und verurteilten ihn mildebrnde Umstände. Das Urteil des Gerichts lautete, entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts, auf 6 Jahre Zuchthaus.

Unzüchtige Postkarten, die eigentlich nicht unzüchtig sind.

Ein bemerkenswertes Urteil hat am 11. Februar das Landgericht Hamburg gegen den Bazarhändler R. und den Ansichtskartenhändler N. gefällt. N. hat an R. Ansichtskarten geliefert und dieser hat sie feilgehalten und verkauft. Die Karten enthielten nackte Körper, sind aber mit einem roten Streifen umklebt, auf welchem folgender Text zu lesen ist: „Der rote Streifen so manches verhüllt. — Entferne ihn, so siehst Du das ganze Bild!“ und: „Nach die Augen zu, mach die Augen zu. Du bist noch viel zu jung dazu!“ Entfernt man dann den roten Streifen, so sieht man ein durchaus harmloses Bild, und es zeigt sich, daß der Käufer oder Empfänger in gewissem Sinne geprellt ist. Das Landgericht hat aber die Karte mit Streifen als ein Ganzes angesehen und für unzüchtig erklärt. Nicht die bildliche Darstellung allein ist maßgebend, so heißt es in der Begründung, sondern es kommt auf den Eindruck an, den die Karten auf das Publikum machen, was sie als Sinn der Abbildung erkennen lassen. Erwecken schon die roten Streifen den Eindruck, daß unter ihnen der uneheliche Gesichtsteil zu sehen ist, so wird dieser Eindruck noch erhöht durch den Hinweis: „Nur für Damen!“, „Nur für Herren!“ und die (oben erwähnte) Aufschrift. Mit Rücksicht darauf ist das Gesamtbild als unzüchtig anzusehen. Hieran wird dadurch nichts geändert, daß es sich nur um Scherzarten handelt; es genügt, daß sie vorübergehend die Eigenschaft haben, einen Gesichtsdreiz auszulösen. — Die Revision der Angeklagten wurde am Montag vom Reichsgericht verworfen.

Das Urteil enthält, wie uns scheint, eine bedenkliche Hebungspannung des Begriffs „unzüchtig“ und eine ungerechtfertigte Voreingenommenheit gegen einen, wenn auch plumpen Scherz.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenrunde findet Ende Juni d. J. statt. Die Ehrenrunde von 6 bis 7 1/2 Uhr nachmittags statt. Jeder Auftrag ist zu begeben und eine Nacht als Briefkasten beizubehalten. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Einige Fragen möge man in der Ehrenrunde vor.

2. 21. 1. Es muß sofort reklamiert werden. Falls Ausweisung angeordnet werden sollte, kann Beschwerde bei dem Polizeipräsidenten in Berlin geltend gemacht werden. 2. Dazu können wir nicht raten. — Otto 20. Die Eltern reden allein. — S. Wunddorf. Erwähnen Sie die Veranlagungskommission an Erziehung. — S. 50. Nach Ablauf eines Jahres würde der Anspruch an die Berliner Armenverwaltung untergehen. — S. 40. Rein. Reklamieren Sie sofort. — W. S. 100. Der Vertrag ist nicht steuerpflichtig. — S. 18. Nur dann, wenn sie gekauft werden. — A. S. 52. Wärschen Sie Ihre Anfrage an G. Simanowski (Zentral-Kommission der Erdkranken), Engelstr. 15. — Anna 22. 1. Das Generede muß bei der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern angemeldet werden. 2. Bei der allgemeinen Erbschaftsteuer, Neue Friedrichstraße 9/10. — S. 2. Rein. Im Adressbuch werden Sie solche Firmen finden. — W. S. 18. 17. Oktober 1849. — N. 72. Die Aufhebung kann zum 1. Oktober, und zwar jedes Wochen vorher, erfolgen. Der Antrag ist nur dann den Betrag, wenn die Herrschaft es nicht übernehmen will, die Rollen der Minderer zu zahlen. — Für Langenfrank. Für die Verpflichtungen der Krankenkassen nach dieser Richtung sind die Bestimmungen des Statuts maßgebend. Stellen Sie einen Antrag an die Kasse. Eventuell versuchen Sie es mit einem Gesuch bei dem Volksheimverein vom Roten Kreuz, Charlottenburg, Roeschedstr. 29. — C. O. Brth. Rein.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Weich, Duch und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Überweisung von Preisexemplaren sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

Kautischer Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Futur schwach, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Futur genügend, Geschäft lebhaft, Preise gut. Wellgast: Futur in Gütern reichlich, sonst knapp, Geschäft rego, Preise befriedigend. Fisch: Futur mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Futur in Obst genügend, in Gemüse vielfach ungenügend, Geschäft schleppend, Preise fast unverändert.

Witterungsbericht vom 22. Juni 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temperatur in C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temperatur in C
Emmende	763.50	2. halb Sd.	17	17	Dachau	763.9	2. Regen	9	17
Hamburg	761.50	3. heiler	17	17	Berlin	768.9	2. halb Sd.	17	17
Berlin	762.0	2. halb Sd.	17	17	Stettin	758.5	3. wolkig	14	17
Frankfurt	760.0	1. Regen	16	16	Aberdeen	756.9	1. bedeckt	14	17
München	762.5	2. wolkig	18	18	Paris	760.50	2. bedeckt	18	17
Wien	764.0	1. halb Sd.	18	18					

Wetterprognose für Donnerstag, den 23. Juni 1910.

Wahrscheinlich, vielfach wolkig mit etwas Regen und Gewitterneigung, zunächst noch warm, später geringe Abkühlung bei mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserkrafts-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserkraft	am 21. 6.	am 20. 6.	Wasserkraft	am 21. 6.	am 20. 6.
Remel, Mühl	53	-5	Saale, Grochitz	145	-23
Bregel, Zülchberg	-40	+6	Havel, Spandau ¹⁾	32	0
Weiße, Thon	-8	+4	Havel, Rathenow ²⁾	30	-4
Oder, Rothor	142	0	Spree, Sorensberg ³⁾	88	-4
Strosen	100	+2	Beesfom	72	+2
Jeansturt	118	-4	Weser, Minden	-71	-4
Wartbe, Schramm	-34	0	Weser, Minden	14	-4
Weser, Schramm	-46	-5	Rhein, Mayillandau	710	-34
Weser, Borsama	-28	0	Raub	504	+38
Elbe, Kettmeritz	68	-36	Rhein	467	+34
Elbe, Dresden	-30	0	Redar, Teilsrom	160	-38
Elbe, Porto	180	-1	Rhein, Weisheim	161	-9
Elbe, Wogeburg	148	-8	Rhein, Trier	68	-4

1) + bedeutet Hoch, - Fall. Unterpegel.



Theater und Vergnügungen



Donnerstag, den 23. Juni.
Anfang 7 Uhr.
Neues königl. Opern-Theater.
Die Balläre.
Anfang 8 Uhr.
Deutsch. Ueber unsere Kraft.
Kamerapiele. Liebesmalzer.
Festung. Kaiserinluft.
Komische Oper. Der Regiments-
papa.
Neues Schauspielhaus. Der
Pfeiler.
Kleines. Nur ein Traum. (Anfang
7,9 Uhr.)
Berliner. Tausend.
Kleines. Die goldene Mitterzeit.
Neues Operetten. Der Graf von
Luxemburg.
Thalia. Charles Tante.
Gebel. Der fremde Bild. Kofferle.
(Anfang 8,1/2 Uhr.)
Schiller. (Schiller-Theater.)
Die Dollarprinzessin.
Schiller. Charlotteburg. Die
Katakomben.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Sherlock Holmes.
Waltzoper. Der Herr Berteliger.
(Anfang 8,1/2 Uhr.)
Neues. Bach und Schlegelgesellschaft.
Lustspielhaus. Das Leutnants-
mündel.
Metropol. Hallo!! — Die große
Revue.
Folies Caprice. Pariser Ehen.
Das Veröhnungsfest. (Anfang
8,1/2 Uhr.)
Apollo. Spezialitäten.
Vahage. Spezialitäten.
Reichshallen. Steuermann Säger.
Walhalla. Spezialitäten.
Prater. Im Reiche des Mars.
Iraisa. Tanzvorstellung 19/10.
Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.
Sternwarte. Anwaltsstr. 57-62.
Lessing-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Rajerenluft.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taifun.**
Morgen: **Taifun.**

Neues Theater.
Heute abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.
Morgen Freitag neubestudiert:
Renaissance.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Heute, den 23. Juni, abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes.
Detektivromäne in 4 Akten von
Herb. Bonn.
Morgen und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag nachmittag 3 Uhr zu er-
mäßig. Preisen: Die Dollarprinzessin.

Lustspielhaus.
Abends 9 Uhr:
Das Leutnantsmündel

ROSE-THEATER
Große Brunnstr. 132.
Wach- u. Schließgesellschaft
Schwan in 3 Akten von Wang
und Winter.
Anf. 8 Uhr. Ende 1/2 11 Uhr.
Auf der Gartenszene: Theater-
Vorstellung. Spezialitäten. Gr.
Kouzer. (Neues Bragg.) Anf. 4,1/2 Uhr.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr. Nur noch einige Tage!
Das sensationelle Juni-Programm.
Kostüm! Ernst Porzinas Dressurakt.
Gingig bestehend!
Rote, Anaricovogel und Maus.
Henry de Vry
Ideal-Schönheiten
mit dem Enten- u. Heinrich-Heine-
Denkmal. 9,1/2 Uhr: Die welt-
berühmte **Grete**
Schauspielerin
als Universal-Künstlerin
und weitere 8 große Attraktionen.

WINTERGARTEN
765

La Tortajada
in ihrer neuesten Schöpfung:
„Abenteuer eines Toreros“.
Kaufmanns Lady Cycle Troupe
Amann
Mimiker und Charakteristiker
und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte.
Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Park täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10-6 Uhr 1 Pf., 6-8 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf., Douert. 6 Pf.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstr. 48/49.
Heute Donnerstag 8 Uhr:
In den Dolomiten.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Tartakoff
Blüdel
Mika Mikun
The Kaytons
Zezelarette
und das große
Variété-Programm.

Passage-Panoptikum.
Lebend! Prinz Atom
der kleinste Mensch, der je gelebt.
Buddhas Tafel
weiß, kann, schreibt alles!
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

Castans Panoptikum
Friedrichstr. 165 (Pachorrpal.)
Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abds.
Der
Mann mit der eisernen Zunge.
× Täglich 7,1/2 Uhr abends ×
Sonntags 4 Uhr:
Heitere Vorträge.

Folies Caprice
Anfang 8,1/2 Uhr.
Pariser Ehen.
Der Athlet.
Die keusche Coinette.
Das Veröhnungsfest.

Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: **Rudolf Krüger.**
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Artist. Leitung: **Walter Gravenitz,**
Kapellmeister: **Max Wolfheim.**
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: **Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 7,1/2 Uhr.**

Schweizer-
Garten Am Königstor —
Am Friedrichshain.
Täglich: **Theater- und**
Spezialit.-Vorstellung
Jeden Abend **Prinz Pimme.**
7,10 Uhr:
Gr. Ausstattung. Oper. m. Ballett.
Jeden **Kinderfest.**
Mittwoch:
Volksbelustigungen. Tanz.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Burgtheater-Kinematograph
norm. Groterjan. Inhab.: **Rud. Merz,**
Schöndorfer Str. 129. Tel. 3, 9338.
Lebende Photographien.
Wochent. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.
Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.
Vorzugskarten nur Wochentags gültig.
25 Pf. auf allen Plätzen.
Stets wechselndes Programm.
Jeden Sonntag im Oberland:
Künstler-Konzert.
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
St. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: **Max Wendt.**
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Theat.)
Gottschald-Oper.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Eperette in 3 Akten von Schiller
u. Grünbaum. Musik von Leo Fall.
Ende 10,1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Waffenschmied.
Schiller-Theater (Charlottenburg).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.
Aufspiel in 4 Akten von Gustav Davis.
Ende 10,1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.

1890 Turnverein Fichte, Berlin 1910
Mitglied des Arb.-Turnerhundes

Zur Feier des 20jährigen Bestehens
am 26. Juni 1910
Volkstümliche Turnfeste
— auf den vier Vereins-Turnplätzen —
Treptow (hinter dem Bahnhof v. Siemens & Halske)
Lichtenberg (Dietz' Seeterrasse, Röderstr. 11/13)
:: :: **Pankow** (Mendelsstraße 11) :: ::
Moabit (Jungfernheide, Restaurant „Waldkater“)
PROGRAMM:
Konzert, Volkstüml. Turnen, Spiele, Turn. Aufführungen
Allgemeine und Kinderspiele usw.
Anfang 2 Uhr Eintritt 10 Pf.
Der Ueberschuß wird zum Besten des
Turnstättenfonds verwandt
NB. Dietz' Seeterrasse steht mit seinen sämtlichen
Spezialitäten, Feuerwerk usw. zur Verfügung und beträgt
hier der Eintritt 20 Pf. 2871

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Täglich: **Große Militär-Konzerte.**
Jeden Dienstag nachmittags 3-6 Uhr:
Frei-Vorstellung
der beliebten
Apollo-Sänger.

LUNA-PARK
Terrassen am Halensee
Größter Vergnügungspark des Kontinents.
Täglich geöffnet: Terrassen ab 1 Uhr, Lunapark ab 3 Uhr.
Neu! Schau-Tanzsaal. Neu!
Mon Pläsier-Lachhaus und viele andere
Attraktionen.

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Lichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlin.
Bei unglücklicher Witterung
Schutz für 8000 Personen. — **Täglich:**
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Aufstehen der
besten Turnseilkünstler der Welt **The Liepeltz**
sowie der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: **Die Reise**
um die Erde in **Saltomortale v. 10 Meter Höhe**
mit dem Akrobat in den See.
3 Costü. die phänomenalen **Exotico-Casacore?** **Die fünf Sinne?**
Vorzüglichster automatischer Scherz. — **Marga Garteis.** brillanter
Lustlich-Transformationsakt. — **Al. Wagnins.** hervorragende Burlesque-
Fantasie. **Quitt. Krill.** — **Leopold Rosser.** Original-Comorist
mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlägen und das
neue beste Programm Berlin.
Jeden Sonntag:
Riesen-Land- und Wasser-Feuerwerk.
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.

„Pharus-Sommer-Theater“
Besitzer: **Max Ludwig.** Art. Leitung: **Max Reinhart.**
Berlin N., Müllerstr. 142.
Täglich: Im herrlichen Naturgarten Bei Regen im Theatersaal!
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

Allgemeine Städtebau-Ausstellung
Auf vielseitigen Wunsch wird die Ausstellung verlängert.
Schluß 26. Juni.
Bisheriger Besuch: 60 000 Personen.
Abfahrtstelle
Schillingsbrücke
am Schließlichen Bahnhof.
Morgen, Freitag früh 10 Uhr mit 40 Mann Musik
nach **Neue Mühle.** Die vier größten Salon-Doppel-
Tafelst. Großes Garten-Konzert und Ball. Ein und gerad 50 Pf. Schrauben-Dampfer.
Dazu ladet ergebenst ein. (59102) **Thormann.**

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
Konzert, Theater,
Spezialitäten.
Brannenstraße 10.
Täglich:
Das vollständig neue Programm
im **großen Garten** oder
im prächtigen **Theatersaal**
je nach der Witterung.
Eintritt 30 Pf.

Puhmanns Theater
Schönb. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.
Abends 7 Uhr:
Ob schön! Täglich: **Ob Regen:**
Theater, Konzert, Spezialitäten.
1/2 9 Uhr: **Das Fest der Handwerker**
Romisches Gemälde a. d. Voltsteden.
1/2 6 Uhr: **Schneider Fips.**
Anfang 7,1/2 Uhr. Entree 20 Pf.
Freitag: 1. gr. Kinder-Freudenfest.
Sonnabend: Ein gesunder Junge.
Präsentierung der schlankest
Damenallie und des dicksten Herrn.

Sommer-Theater
Café Bellevue
am See und
Bahnhof Stralau-Rummelsburg.
Täglich:
Spezialitäten
Theater, Konzert.

Voigt-Theater
Gehmbdramen Badstr. 55.
Heute Donnerstag, abends 7,1/2 Uhr:
Uebere großen Teich.
Gr. Lebensbild mit viel und Tanz in
4 Akten von Ernst Philipp.
Das neue sensationelle Programm!
Größtartige Spezialitäten
Kaffeeöffnung 2 Uhr. Anf. 4,1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluß:
Künstler d. Landstraße.
Hof. Grotte von Mysol.
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Volksgarten-Theater
früher Weimann.
Badstr. 8, Schönb. u. Beliermannstr.
Täglich: **Konzert, Theater- und**
Spezialitäten-Vorstellung. Das neue
Hefenprog. Zur Ausführung gelangt:
Robert und Bertram.
Hoffe mit Gefang u. Tanz in 4 Akten.
Jed. Donnerst.: **Gr. Brillant-Feuerw.**

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 27, Ecke Alexanderstr.
(Inhaber: **Max Schindelhauer.**)
Im herrlichen Naturgarten täglich:
u. a.: **Eise Wulfen.** Soubrette.
Paul Mattinet. Dandyredner.
Emmy und August Clever. das
heutige Duettliedpaar der Welt.
Anf. Wochent. 7,1/2, Sonnt. 8 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Im Reiche des Mars
Spezialitäten, Konzert u. Ball.
Anfang 4,1/2 Uhr. Entree 20 Pf.

Ausstellung
Mr Bauindustrie u. Feinkeramik
unmittelbar am Bahnhof
Baumschulenweg.
Gute Fahrverbindung durch
Stadtbahn, Serranbahn.
Donnerstag, den 23. Juni:
Jubiläumfeier der Erfindung des
Porzellans. Um 6 Uhr im
großen Festsaal: Lichtbilder-
vortrag des Herrn Geheimen
Regierungsrat Prof. Heinecke,
Direktor der Königl. Porzellan-
Manufaktur, Berlin, über:
„Porzellan mit besonderer
Berücksichtigung des Er-
findungstages“.
Zur gef. Beachtung: Die
Ausstellung umfaßt u. a.:
Baustoffe, Tonziegel in ihrer
Verwendung, Baurakotten,
Verblendeziegel, Fußboden-
platten, Wandbekleidungs-
fliesen, Schamotte, feuerfeste
und säurefeste Materialien,
Kacheln und Herde, Bade-
wannen und Spülwannen,
Klosetartikel sowie sonstige
Steingut- und Steinzeugartikel,
Porzellan, Töpferwaren (die
Herstellung wird vorgeführt),
Dachbedeckungsmaterialien,
Wand- und Deckenkonstruk-
tion, Erzeugnisse der Zement-,
Beton- und Kunststein-
Industrie, Erzeugnisse der Kalk-
Industrie (Bausteine, Putz-
fliesen usw.) sowie der Kalk-
sandstein-Industrie, Erzeug-
nisse der Gips-Industrie,
Einrichtungen für Unfall-
verhütung, Gewerbehygiene
und Arbeiterwohlfahrt.

ZOO
LOUISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-
Doppel-Konzert
Eintritt 1 Mark,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.

Ausstellungshalle
am Zoo.
Täglich 7,9 Uhr:
Sumurun.

Walhalla-
Variété-Theater
Weinbergweg 18-20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Die Bestie im Menschen.
Trag. Pant. und die übrigen
Spezialitäten.

Victoria-
Brauerei, Lützowstr. 111/112
Im Garten oder Saal: **Täglich**
Gr. humorist. Soiree.
(Gesangs-vorträge, Theater und
Variété-Vorstellungen.)
Sonntags, Dienstag, Donnerstag
und Sonnabend: **Tanzkränzchen.**
Anf.: Wochentags 8, Sonntags
7 Uhr. — Alle Bands gütlich.
Im Restaurant: Mittags 75 Pf.
Gr. u. H. Säte zu Beschäftigten
aller Art. **Max Saeger.**

Gartenstadt
Hohen-Neudorf
(Nordbahn)
Wald, Wasser, Arzt, Gas,
Wasserleit., Schulen etc.
Am Schützen-
haus herrliche
Hochwald-, Land-
baustellen. **Rute**
12 Mark an! 10 Pf. An-
zahlung. Tilgung des
Restes in 10jähr. Raten.
Sommer-Ferienhäuser
300 Mark an.
Illustr. Broschüre gratis!
BERLIN
Wollenberg, NO. 43.
Neue Königstraße 71.
Fernspr. 7, 3058.

